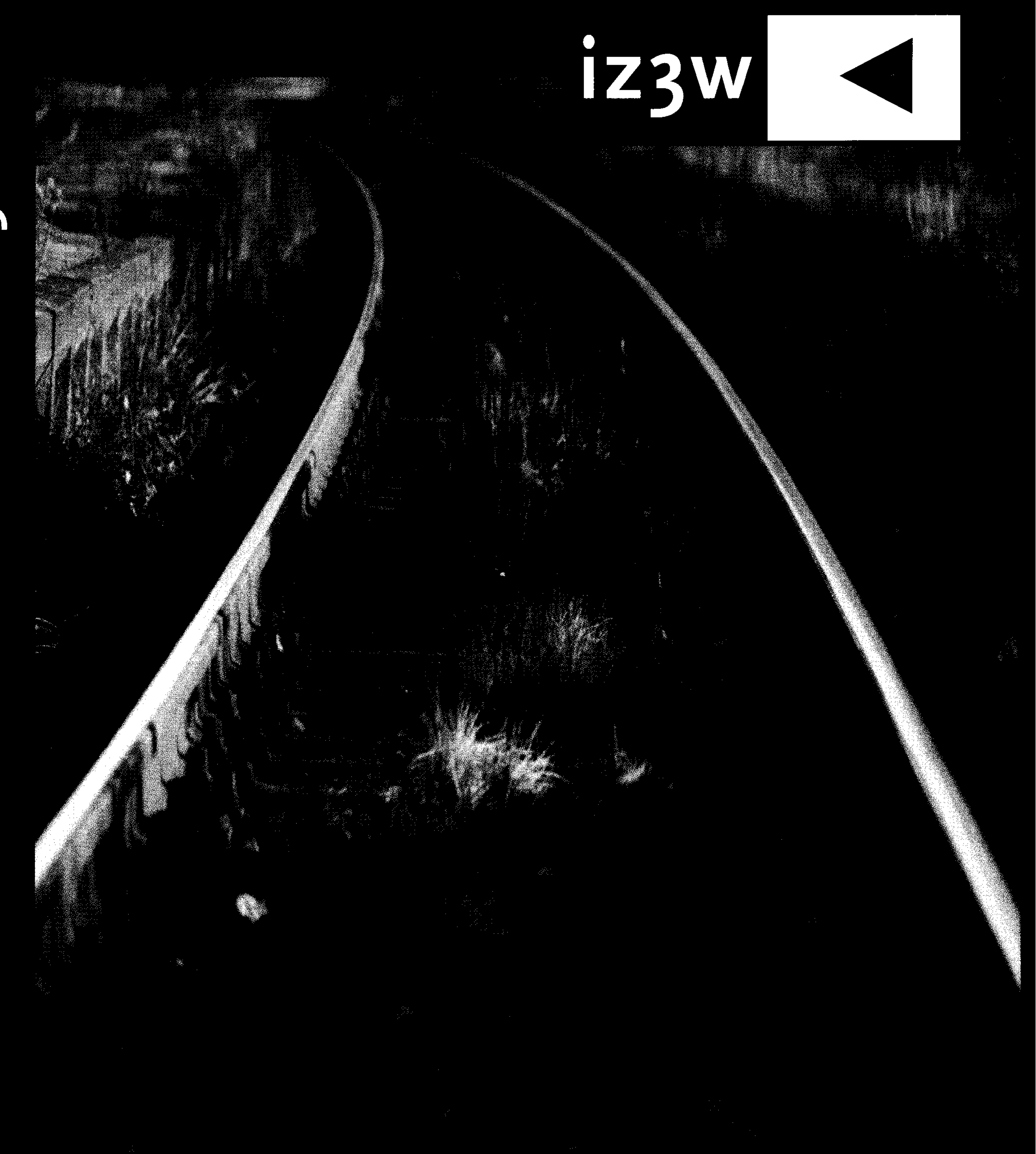
Jahrhundert der Lager? – Die Moderne und ihre Gewalt

▶ Außerdem: ▶ Linke und Krieg ▶ Gipfel und Schulden ▶ Algeriens Jugend ▶ Indonesiens Wahl ▶ Wachstum durch Tourismus ▶ Filme und Kulturen ...

iz3w



blätter des informationszentrums 3. welt



Titelbild: H. Sachs / version

In dieser Ausgabe

► 3 **Editorial**

Politik und Ökonomie

► 4 **Kommentare und Kabale**
Wo sind sie geblieben?
Interview zum Kriegskonsens mit Joachim Hirsch
Der imaginäre Dritte
Gaby Küppers zum ersten EU-Lateinamerika-Gipfel

► 6 **Kontroverse – Antinational oder antideutsch?**
Werkzeuge gegen den deutschen Krieg
von Gaston Kirsche
Deutscher Antinationalismus bedeutet Krieg
von Justus Wertmüller

► 8 **Der Kölner Doppelgipfel: Kongreß-Resumee**
Kleine Schritte in Ketten –
Die Proteste gegen EU- und G8-Gipfel
von Christian Stock und Georg Lutz
Streit um Jubilee –
Die Entschuldungskampagne im Süd-Nord-Konflikt
von Gerhard Klas
Illegitime Regimes als GmbH –
Südafrikas Apartheid-Schulden
von Amanda Weibel

► 12 **Nachhaltiger Tourismus und Wachstumsideologie**
Das Recht auf's Paradies
von Martina Backes
Nachhinkende Entwicklung
von Tina Goethe

► 16 **Algerien – Die Wut der 70 Prozent**
Interview mit Karim Yousfi
von der Jugendorganisation RAJ

► 18 **Demokratisierte Krise**
Indonesien rüstet sich für die Post-Suharto-Ära
von Rainer Werning

Schwerpunkt: Jahrhundert der Lager?

► 21 **Editorial**

► 21 **Das Jahrhundert der Lager?**
Über Stärken und Schwächen eines Begriffs
von Jörg Später

► 25 **»Ausdruck der Unbehaustheit«**
Interview mit dem Historiker Ulrich Herbert

► 28 **Neue Arbeit, neues Denken**
Das chinesische Lagersystem der Laogai
von Roland Lew

► 30 **Die Stadt am Lager**
GULag. Aufgelöst, doch nicht geschlossen
von Julia Landau

► 32 **Kategorie Mensch**
Zur Funktion der Zwangsunterbringung
von Flüchtlingen
von Tina Goethe

► 33 **Krieg der Metaphern**
Wie KZs zu Lagern werden
von Günther Jacob

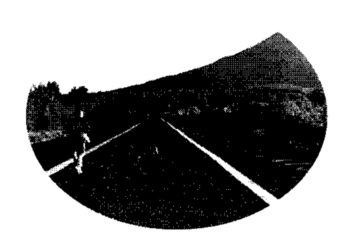
Ethnographischer Dokumentarfilm

► 35 **Einleitung**

► 36 **Dialog zwischen den (Film-)Kulturen**
Das achte freiburger filmforum
von Volker Kull

► 38 **»Der Film macht mich«**
Über den Prozeß des Filmemachens
von Dennis O'Rourke

► 41 **Identitätenschwindel**
Gespräche mit Chicano-Film-Regisseuren





► 44 **Kurz belichtet**
► 47 **Rezensionen, Bücher**
► 50 **Zeitschriften, Szene**
► 51 **Tagungen, Impressum**

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

»Wir sind das Volk« skandierte vor zehn Jahren die Bürgerrechtsbewegung im Osten. »Alle Macht dem Volke« forderten manche sozialen Bewegungen im Westen. Jetzt haben wir den Salat: Dieses bewegte Volk ist nun an der Macht. Volksnah präsentieren sich seine VertreterInnen, folkloristische Einlagen zieren nicht mehr nur die Jahrestreffen der Vertriebenenverbände, sondern auch die diverser grüner Gremien, völkisch wird weiterhin – im Zeitalter »ethnischer Konflikte« mehr denn je – die nationale Zugehörigkeit definiert. Folglich ändert sich auch nichts an der Ausländerpolitik und Abschiebepraxis der bald ein Jahr alten neuen Regierung. Jeder Minderheit wird klargemacht, daß sie aus Deutschland in ihre Heimat zurückzukehren habe, und wenn sie keine solche hat, sich tunlichst eine zu besorgen: KosovarInnen in ihr Kosovo, BosnierInnen in ihre »Teilrepublik« und TogoerInnen nach Afrika (dort kommt's nicht so drauf an). Die VertreterInnen des Völkerrechts jedenfalls sorgen für die Autonomie mancher Völker dieser Welt – zunächst für die im ehemaligen Jugoslawien.

So fand die »Internationale Kosovo-Konferenz« zwar im Berliner »Haus der Kulturen der Welt« statt, doch der Tenor einiger Vorträge ließ eher auf das »Haus der Völker der Welt« schließen. Die Heinrich-Böll-Stiftung hatte Intellektuelle aus Mitteleuropa und dem Balkan geladen. Letztere waren nicht etwa als Vertreter der ohnehin schon zahlreichen Staaten dieser Region ausgewiesen, sondern als Repräsentanten ihrer »Völker«. So hieß Nenad Çanak, Vorsitzender des Sozialdemokratischen Bundes der Vojvodina, die NATO schon einmal in seiner Heimat willkommen, weil ein Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen dort kaum mehr vorstellbar sei. Auch in Montenegro, so war zu erfahren, wolle das »Volk« mehr Autonomie. Es war also kaum verwunderlich, daß die meisten geladenen mitteleuropäischen VertreterInnen – so der französische Philosoph André Glucksmann und der deutsche Publizist Richard Herzinger – rückblickend noch einmal den NATO-Einsatz befürworteten. Der Kongreß der grünennahen Stiftung strotzte vor Selbstzufriedenheit. Es ging in erster Linie um den »Aufbau einer neuen zivilen und demokratischen Gesellschaft«, gesichert durch »eine internationale Schutztruppe unter UN-Mandat«, das heißt um Aufräumarbeiten rein praktischer Art. Die ideologischen Trümmer der Volksgruppenpolitik hingegen blieben unangetastet.

Nur wenige hundert Meter Luftlinie entfernt, in der Humboldt-Universität, trafen sich zur gleichen Zeit KriegsgegnerInnen, um über die Relativierung von Auschwitz im Jugoslawien-Krieg zu diskutieren. Anlaß für den Veranstalter, das »Bündnis gegen IG Farben«, war ein offener Brief, den Holocaust-Überlebende an Bundeskanzler und Außenminister gerichtet hatten. Sie hatten sich darin der Auschwitz vereinnahmenden und relativierenden Kriegsrhetorik verwahrt. Im Zentrum der Diskussion stand jedoch der Streit antideutscher und antinationaler VertreterInnen (vgl. hierzu die Kontroverse auf S. 4 und 5). Darf eine antideutsche Kriegskritik auch den serbischen Nationalismus kritisieren und serbische Fahnen auf Demonstrationen untersagen? Ist der republikanische Nationalismus, der sich in der Tradition der französischen Revolution sieht, grundsätzlich besser als der deutsche, völkisch begründete? Gibt es diese Varianten überhaupt in der formulierten Klarheit? Immerhin zeigten die Diskussionen um's Volk, daß – anders als bei der Kosovo-Konferenz – hier alle Beteiligten die Unsinnigkeit dieser Kategorie voraussetzen.

Anderswo werden derweil Konstruktionen von Volk und Nation, von Religion und Ethnie weiterhin als feste Größen begriffen. Spätestens mit dem Kriegseintritt sind jedenfalls grüne Forderungen nach Überwindung dieser Kategorien ad absurdum geführt worden.

Wie auch beim Weltwirtschaftsgipfel in Köln, wo Grüne und viele NGOs die kapitalistische Weltordnung durch ein paar Schuldenstreichungen versüßt sahen (siehe S. 8 ff. in dieser Ausgabe), stand im Haus der Kulturen der Welt die Sehnsucht nach Politikfähigkeit, legitimiert als Ausdruck des Volkswillens, im Vordergrund. Den Forderungen von Überlebenden des Holocaust nach angemessenen Entschädigungszahlungen entgegneten einfühlsame Grüne denn auch mit Bürgernähe: Man müsse jetzt vorsichtig sein und dürfe dem Volk nicht zu viel zumuten.

die redaktion

Umzug ins virtuelle Eigenheim –
unsere neue Internet-Adresse: www.iz3w.org



Hier sind die Massen ...

Wo sind sie geblieben?

Im Editorial des letzen Heftes versuchten wir uns an der Frage, warum es keine größere Oppositionsbewegung gegen den Kosovo-Krieg geben hat. Das folgende Interview mit Joachim Hirsch zum »Kriegskonsens« soll die Beschäftigung mit dieser, für das aktuelle Verhältnis von Kritik und Gesellschaft exemplarischen, Fragestellung fortsetzen:

► **iz3w:** *Herr Hirsch, der Krieg gegen Jugoslawien wurde von offizieller Seite als »humanitäre Intervention« bezeichnet. Dieser moralische Begriff wurde dann auch von eher kritischen Kreisen übernommmen...*

► **Joachim Hirsch:** Diese Entwicklung bezeichnet einen frappanten Verlust an kritischer Öffentlichkeit, d.h. der Fähigkeit, die Hintergründe und Interessenszusammenhänge staatlichen Handelns aufzudecken, kurz: Macht zu kontrollieren. Stattdessen gibt es über weite intellektuelle Kreise hinweg heute ein klares Bekenntnis zu Staat und Macht. Moralische Kategorien dienen dazu, Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse zu rechtfertigen, die man im Kern als imperialistisch bezeichnen muß. Die sogenannte »Zivilgesellschaft« hat sich als das erwiesen, was kritische Theoretiker wie Gramsci schon lange gesagt haben: als ein ideologisches Bollwerk von Staat und Macht. Die Demokratie, selbst in ihrer bürgerlich-liberalen Form, bleibt dabei auf der Strecke.

Bereits der ehemalige Verteidigungsminister Rühe sprach davon, Deutschland müsse »zur Normalität zurückkehren« und »Verantwortung übernehmen«. Stellt die SPD/Grüne-Regierung nun eine wirksamere gesellschaftliche Kraft zur Durchsetzung einer solchen Politik nach konservativem Geschmack dar, weil sie mögliche Protestbewegungen einbindet?

► Tatsächlich ist es dieser Regierung gelungen, Deutschland, das zwei imperialistische Kriege vom Zaun gebrochen und historisch einmalige Verbrechen begangen hat, im öffentlichen Bewußtsein gewissermaßen wieder zu einem »normalen« Land zu machen. »Normal« im Sinne einer Metropolenmacht, die zusammen mit einer kleinen Gruppe kapitalistischer Staaten die Welt beherrscht und internationale Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse zu ihren Gunsten notfalls mit Gewalt aufrechterhält. Eine konservative Regierung hätte dies so wohl nie geschafft. Die rot-grüne Formation hat es fertigbekommen, weite Teile der noch vorhandenen kritischen Opposition in den neuen Normalitäts- und Machtdiskurs einzubinden und damit zum Schweigen zu bringen. Möglicherweise waren die Bonner Akteure selbst überrascht davon, wie leicht das über die Bühne ging. Daß eine rot-grüne Regierung derartige Prozesse vorantreiben würde, war zu erwarten. Was mich aber wirklich bestürzt hat, war der desolate Zustand der »linken« und kritischen Öffentlichkeit hierzulande. Daß die wohlstandschauvinistische Formierung der deutschen Gesellschaft ein derartiges Ausmaß angenommen hat, war für viele ein Schlag.

Wir haben eine Art von »zivilgesellschaftlichem Totalitarismus«

Sozialistisch und sozialdemokratisch geführte Regierungen in Europa setzen also die von konservativen Strategen und Militärs entworfenen Planungen in die Tat um. Ist dies nicht eine groteske Entwicklung?

► Nur wenn man die Parteien nach ihrem Namen und ihren Traditionen beurteilt. Die europäischen sozialdemokratischen Parteien sind schon lange neoliberal gewendet. Frankreich bildet dabei nur eine beschränkte Ausnahme. Und längst schon sind sie, wie auch die GRÜNEN, zu Staatsapparaten geworden, die als Karriere- und Machterhaltungsvehikel einer »politischen Klasse« dienen. D.h. wir haben nun wirklich die »virtuelle Einheitspartei«, von der Agnoli in seiner Parlamentarismuskritik vor dreißig Jahren gesprochen hat. Oder, wenn man so will, eine Art von »zivilgesellschaftlichem Totalitarismus«.

Erklärt dann in der Bundesrepublik die Rolle der grünen Partei die – z.B. im Vergleich zu Golfkriegszeiten – schwachen Proteste gegen die Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien?

► Parteien als taugliche Akteure zur Durchsetzung einer emanzipativen Politik zu betrachten, ist ein grundsätzlicher Irrtum. Die GRÜNEN in Deutschland haben wesentlich dazu beigetragen, sozialen Protest und emanzipative Bewegungen zu re-parlamentarisieren und damit zu entschärfen, große Teile der politisch-sozialen Opposition gewissermaßen zu verstaatlichen. Das erklärt in der Tat die schwachen Proteste gegen den Krieg und die faktische Spaltung vieler oppositioneller Zusammenhänge und Milieus. Die Entwicklung seither zeigt, daß dieser Mechanismus weiterhin ausgezeichnet funktioniert. Die außerparlamentarische Opposition ist in Deutschland in einem Maße marginalisiert wie seit den fünfziger Jahren nicht mehr. Dies ist die eigentliche historische Leistung des »grünen Projekts«.

Schlechte Aussichten – oder erwarten Sie ein Wiedererstarken sozialer Bewegungen, eröffnet die gegenwärtige Situation auch neue Spielräume für »Politik an der Basis«?

► Schlechter als derzeit könnten die Aussichten für eine grundsätzlichere Opposition in der Tat kaum sein. Es wird sicher lange Zeit dauern, dieses demokratische Desaster wieder halbwegs zu überwinden. Die Frage ist, ob es gelingen wird, eine automome und selbstorganisierte politische Struktur neu aufzubauen. Da stehen wir ziemlich am Anfang. Die Geschichte seit 1968 zeigt, daß die Fähigkeit, aus politischen Erfahrungen zu lernen, offensichtlich recht beschränkt ist. Das gibt Anlaß zu einigem skeptischen Realismus bezüglich der Tragfähigkeit von »Basispolitik«. Wenn es nicht gelingt, ein auch theoretisch klareres Verständnis von Politik und Gesellschaft, das heißt eine fundierte Kapitalismus- und Staatskritik zu entwickeln, sehe ich diesbezüglich keine großen Chancen.

► **Joachim Hirsch** ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt/ Main. Das Gespräch führte Thomas Klein.



... Sie säumen die Gassen

Der imaginäre Dritte

von **Gaby Küppers**

Foto: U. Moschner/version

▶ Worthülsen wie »strategische« oder »neue Partnerschaften« müssen herhalten, wenn man eigentlich nichts anzubieten hat. Reichlich wenig hatten sie denn auch im Gepäck, die Herren und wenigen Damen aus der EU, als sie Ende Juni zum ersten Euro-Lateinamerikanischen Gipfel nach Rio reisten.

Wozu war er also gut, der Gipfel? Gab es nicht am Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft solcher Ereignisse genug? Gar nicht so einfach für die Schröders und Fischers, überhaupt noch zu unterscheiden zwischen ihren GesprächspartnerInnen aus der EU, G7/G8, Japan, USA, Brasilien oder Ecuador. Auch die Reden konnten bei dem Tempo kaum ausgewechselt werden. So waren allerorten die inzwischen gebetsmühlenartig wiederholten Sprüche zu hören – etwa der von der Notwendigkeit einer Reform der globalen Finanzarchitektur. Immer wieder gut kommen auch die Bekenntnisse zu Menschenrechten, Zivilgesellschaft und good governances, sowie das Beschwören gemeinsamer Werte und des vereinten Kampfes gegen Drogen und Korruption.

Als Jaques Chirac vor zwei Jahren den Gipfel ins Gespräch brachte, hatte er an intensive Konsultationen allein mit den südamerikanischen Mercosur-Mitgliedsländern gedacht. Eine Weile geisterte noch der Wunsch durch die Vorbereitungspapiere, in Rio werde der Startschuß für eine Freihandelszone Mercosur-EU fallen. Stattdessen war nur noch vage vom gemeinsamen »Ziel der Einführung des Freihandels« die Rede. Das enttäuscht die auf Export setzenden neoliberalen Regierungen jenseits des Atlantiks und beruhigt die meisten diesseits. Beruhigen soll das auch den abwesenden Dritten im Poker, die USA. Schröder erklärte explizit, der Gipfel richte sich »nicht gegen jemanden«. In Wirklichkeit ging es jedoch natürlich um die Aufteilung des Kuchens. Die von Clinton für 2005 geplante Freihandelszone von Alaska bis Feuerland (AFTA) würde die europäischen Marktanteile auf dem Subkontinent weiter zurückwerfen. In Mexico sind sie durch NAFTA in den letzten Jahren bereits zurückgegangen. Dem wollten die Europäer rechtzeitig einen Riegel vorschieben. Die Lateinamerikaner erhoffen sich umgekehrt, durch die Europäer nicht ganz und gar abhängig von den USA zu werden. Dabei sollten die schon existierenden Vorleistungen eigentlich stutzig machen. Durch (einseitige) Öffnung der Märkte stiegen von 1990 bis 1997 die Importe Brasiliens aus der EU um 340 %; umgekehrt lediglich um 24 %. Das Handelsdefizit Lateinamerikas gegenüber der EU lag 1997 bei 10,5 Mrd. US$, davon allein für den Mercosur bei 8 Mrd. US$; Tendenz heftig steigend. Daß verbesserte Beziehungen mit der EU einen sozialeren Touch hätten als die traditionellen Beziehungen zu den USA, hat sich tief bei den Latinos festgesetzt. Auch RednerInnen auf dem parallel tagenden alternativen Gipfel in Rio erklärten das soziale Europa zum Vorbild. Das zeigt erschreckend deutlich, daß die weggebrochene (helfende) Solidaritätsbewegung mit Lateinamerika noch nachhallt, aber nicht genügend neue Basiskontakte (von gleich zu gleich) nachgewachsen sind.

Zwischen EU und Lateinamerika geht es nicht um Gerechtigkeit, sondern um »Chancen«

Das extreme Ungleichgewicht der Handelsbeziehungen zwischen absolut ungleichen Partnern war kein Gipfelthema. Denn es ging nicht um Umgewichtung und soziale Gerechtigkeit, sondern um »Chancen«, sprich Erhalt und Steigerung von Marktanteilen. Enthält NAFTA wenigstens noch ein Nebenabkommen über Sozial- und Arbeitsrechte, so sieht das Modellabkommen für künftige Vereinbarungen mit Lateinamerika, das kurz vor dem Abschluß stehende EU-Mexico-Abkommen, nicht einmal dies vor. Die offensichtliche Tatsache, daß das Dogma einer unbegrenzten Öffnung der Märkte als Voraussetzung für allgemeine Wohlstandssteigerung vollkommen realitätsuntauglich ist, war auch auf diesem Gipfel tabu. Ebensowenig ging es um die konkrete wirtschaftliche und soziale Situation in den verschiedenen Ländern. Auch das gravierende Problem der Schulden war den Staatschefs ausgerechnet in dem schuldengebeutelten Gastgeberland nur einen Verweis auf die Kölner Beschlüsse wert. Dabei ist die Lage in Lateinamerika vernichtend. Obwohl zwischen 1990 und 1997 581 Mrd. US$ zurückbezahlt wurden, stiegen die Außenschulden von 475 Mrd. US$ auf 678 Mrd.US$. Demgegenüber sind die gepriesenen Direktinvestitionen ein Klacks. Von 1997 auf 1998 stiegen sie auf die Gesamtregion umgelegt um ganze 5 % an und lagen dann bei 71 Mrd US$. Zudem ist dieser Anstieg – wie etwa in Brasilien – fast ausschließlich auf den Anstieg von Fusionen und Zukäufen ausländischer Anleger sowie auf die Privatisierung des größten Telekommunikationsriesen Lateinamerikas, der Telebras, zurückzuführen. Keinen einzigen Arbeitsplatz hat dieser Investitionsboom geschaffen – aber das interessierte nur das Alternativforum.

Den Europäern ist es vor allem um Investitionen und nicht so sehr um Handel zu tun. Dafür sprechen das Zurückweichen in Sachen Zusagen beim Mercosur und der stete Hinweis auf die notwendige Konformität mit den Regeln der WTO. Das war wohl auch die Parallelagenda des Gipfels: Die Europäer haben sich der Loyalität der lateinamerikanischen Regierungen bei der bevorstehenden Millenium-Runde der WTO versichert. Und wenn diese nach Plan verläuft, gibt es darin ein dickes Kapitel zur Investitionsliberalisierung. Dann entscheiden ohnehin nur noch die Multis über »neue Partnerschaften« und »Freihandelsblöcke«.

▶ **Gaby Küppers** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der grünen Fraktion im Europaparlament und Redaktionsmitglied der 'ila'.

Die Linke streitet sich, wie sie gegen den Krieg sein sollte

▸ *Aus der Frage, warum die Linke keine nennenswerte Opposition gegen den Krieg auf die Straße brachte, hat sich eine Debatte zwischen Antinationalisten und Antideutschen entwickelt. Während die einen die Kritik am Antinationalismus jeglicher Couleur betonen, steht für die anderen die Bekämpfung des deutschen Nationalismus im Vordergund. Die folgende Kontroverse gibt keine Pro und Contra-Positionen wider. In ihr werfen antinationale den antideutschen Linken vor, Nationalismen wie den serbisch/jugoslawischen hinzunehmen, wenn sie sich nur gegen Deutschland richten. Zudem würden die Antideutschen auf der anderen, der kosovarischen Seite, das gleiche tun, was sie Kriegsbefürwortern in punkto Serbien vorwerfen – daß sie nämlich aus Albanern und UÇK selbst völkische Identitäten konstruieren und diese rassistisch diskriminieren. Die antideutsche Seite fragt dagegen diese Antinationalisten, ob ihre Konzentration auf die doch selbstverständliche Kritik am serbisch/jugoslawischen Nationalismus sie nicht unfähig gemacht habe, eine klare Position zu beziehen. Ansonsten spricht sie einem ihrer Meinung nach mittlerweile beliebig gewordenen Antinationalismus den kritischen Gehalt ab. Der Antinationalismus sei für viele Linke nicht mehr als eine Attitude, die sie nicht davor bewahrt, einen deutschen Krieg zu begrüßen. Darin wären sich wohl beide Seiten dieser Kontroverse einig. (d. Red.)*

Werkzeuge gegen den deutschen Krieg

von **Gaston Kirsche**

▸ Deutschland führte Krieg. Von FAZ bis taz wurde Kritik am Nationalismus als Instrument der Kriegsvorbereitung und -legitimation geübt – Kritik am serbischen Nationalismus versteht sich. Gleichzeitig erklärten Medien-Mainstream und Politik das nationalistische Konzept der UÇK zum Menschenrecht und definierten das unterdrückte Volk der KosovarInnen. Antiserbische Positionen wurden antinational kaschiert, die anderen jugoslawischen Nationalismen verschwiegen. Diese hatten ihre Bedeutung nach dem Scheitern Jugoslawiens auf dem kapitalistischen Weltmarkt erlangt, als die regionalen Eliten die nationale Karte spielten, um sich als Teilrepubliken Konkurrenzvorteile zu verschaffen. Eine sich antinational gebende Kritik, die ausblendet, welche Rolle Deutschland hierbei gespielt hat, ist Heuchelei.

Für eine radikale internationalistische, kosmopolitische Politik ist die Kritik an der Nation wie die am eigenen Land unverzichtbar. Antideutsch zu sein, ist dabei eine notwendige, aber keine ausreichende Voraussetzung. Es reicht nicht aus, allein danach zu fragen, ob ein Staat antideutsch agiert, um ihn deswegen als strategischen Bündnispartner zu halluzinieren und von Kritik auszunehmen. Schließlich muß, auch wer der jugoslawischen Flak in ohnmächtiger Wut Abschüsse deutscher Tornados wünschte, nicht gleich die serbisch-nationalistische Parole »Kosovo ist Serbisch« unterschreiben. Und der Protest gegen die Machtpolitik von BRD und NATO muß auch nicht mit der Sympathiebekundung für Jugoslawien, einem kapitalistischen Nationalstaat, einhergehen, wie es KriegsgegnerInnen aus dem antideutschen Spektrum immer wieder nahelegten.

Verkürztes antideutsches Denken – das heißt den von der BRD gegen Jugoslawien geführten Krieg als allem anderen übergeordneten Hauptwiderspruch zu behandeln – führt in die Sackgasse. Damit wird der serbische Nationalismus zum Nebenwiderspruch, der hingenommen wird. Dieses antideutsche Denken erinnert an das traditionelle »Hauptwiderspruchsschema« in der ML-Linken, das alle Fragen anhand des einen Widerspruchs von Arbeit kontra Kapital erklären wollte, und diesem die Frage des Nationalismus oder die Geschlechterfrage nachordnete. Im Antiimperialismus hat eine Variante dieser Denkstruktur in Haupt- und Nebensachen bis heute überlebt: Wer gegen »den Imperialismus« kämpft, ist ein Verbündeter.

In der Haltung zum Krieg gegen Jugoslawien treffen sich antideutsche (Hauptsache, es geht gegen Deutschland) und antiimperialistische (Hauptsache, es geht gegen den Imperialismus) Denkmuster. Das drückt sich unter anderem in der vereinfachten Vorstellung des Konfliktes aus. Diese ging so weit, daß die notwendige Kritik an der UÇK durch rassistische Beschimpfungen ersetzt wurde. Traditionslinke, antiimperialistisch orientierte Medien waren hierbei führend – vor allem die »junge Welt«. Aber auch antideutsche Autoren vermengten ihre Analyse mit rassistischen Stereotypen. War in der »jungen Welt« bei Werner Pirker vom »Gesetz der Blutrache« oder einer »organisierten Kriminalität von Kosovo-Albanern« die Rede, schrieb in der sich antideutsch verstehenden Zeitschrift »bahamas« Thomas Becker vom »bäuerlich-mafiosen Kosovo«; »denn der Haß gegen die jugoslawische Staatsmacht pflanzte sich im patriarchalischen Milieu der albanischen Großfamilie des Kosovo auf ebenso natürliche Weise fort wie bei jedem Pubertierenden ... Beide Aspekte, der tragisch sublimierte wie der unbändig entsublimierte Mannestrieb, schienen gleichermaßen zur mehr oder weniger normalen Entwicklung eines kosovo-albanischen Jugendlichen zu gehören.«

Antideutsche Ein-Punkt-Politik ist eine Sackgasse

Die Eindeutigkeit, mit der hier ethnisierende, kulturalistische Zuschreibungen wiedergekäut werden, läßt vermuten, daß für Becker eine eindeutig definierbare Ethnie »Kosovo-Albaner« tatsächlich existiert. Und in diesem simplen Feindbild trifft er sich mit Pirker, der einen Kommentar in der »jungen Welt« über die Distanz der NATO zur »UÇK-Mafia« so beendete: »Das Syndikat schlägt die albanische Kleinkriminalität und meint die Selbstbestimmung aller Völker der Region.« Nun teilt der antideutsche Becker sicher nicht Pirkers traditionslinkes Bedauern, daß »Völkern« Schaden zugefügt würde, und er wird nicht von der Rolle der UÇK »bei der Entwurzelung ethnischer Albaner« (junge welt) sprechen. Aber auch sein eindimensionales Antideutsch-Sein reicht nicht soweit, das Subjekt Volk zu hinterfragen.

Auf der traditionslinken wie der antideutschen Seite werden linke Fundamente wie Antirassismus oder Patriarchatskritik über Bord geworfen, um die Analyse griffiger und Feinde klarer erkennbar zu machen. In der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung gibt es dieses Problem schon lange: Viele Kurdistan-Soligruppen halten etwa der Kritik an völkischen Tendenzen in der PKK und dem Beharren auf Antirassismus entgegen, dieses würde vom eigentlichen Kampf gegen die Unterdrückung ablenken und zur Entsolidarisierung führen. Eine kritische Solidarität kann jedoch keine Akzeptanz von wie auch immer »nachgeordneten« Herrschaftsverhältnissen und -ideologien zulassen. Das gilt auch für die Anti-Kriegsbewegung: Im linksradikalen Werkzeugkasten zur Zersetzung und Dekonstruktion des Kapitalismus liegt mehr als nur ein Universalschlüssel. Die antideutsche Kneifzange allein reicht nicht.

▸ **Gaston Kirsche**, gruppe demontage, ist Mitautor des Buches »Postfordistische Guerilla – Vom Mythos nationaler Befreiung«.

... oder Anti-deutsch?

Deutscher Antinationalismus bedeutet Krieg

von **Justus Wertmüller**

► Linke begründen ihr Tun in den 90er Jahren mit theoretischen Einsichten, die sie aus dem Universitätsseminar mitgebracht haben. Damit stellen sie unter Beweis, daß es ihnen jedenfalls nicht um Kritik geht. Wie sonst wäre es denkbar, die Kritik an der Nation als Vergesellschaftungsform der durchkapitalisierten Welt in eine wissenschaftliche Disziplin, den Antinationalismus, zu verwandeln. Dieser scholastische Unfug, der aus der Deutschland-Kritik wie sie antideutsche Zirkel schon seit Jahren formulieren, isoliert herausgerissen wurde, ist heute die theoretisch erstklassige Begründung, sich im ersten deutschen Krieg seit 1945 völlig apathisch zu verhalten.

Der universelle, nach allen Seiten gleiche Antinationalismus, wie er von den Grünen über entwicklungspolitische NGOs bis hin zu sich als linksradikal verstehenden Gruppen präsentiert wird, führt bei immer mehr dieser bekennenden »Antinationalen« zu einer völlig leidenschaftslosen Betrachtung – oder schlimmer: Erklärung des Elends der Welt. Die befreiungsnationalistische Attitüde ist bei großen Teilen der einstigen internationalistischen Linken in eine abgeklärte und zynische Berichterstattung über Katastrophen abgeglitten. Ihr praktizistischer Flügel verwurstet dieses jämmerliche realpolitische sich Dreinfügen ins scheinbar Unvermeidliche durch nur noch mühsam drapierte alternative Entwicklungshilfe. Völlig losgelöst ist solches Beginnen vom früheren – auf andere Weise falschen – Anspruch, des verabschiedeten Antiimperialismus, die Welt von Grund auf revolutionieren zu wollen. Übernommen wurde von vielen lediglich sein Verständnis für jede Form ethnizistischer oder kulturalistischer Identitätshuberei.

Ausgerechnet als das eigene Land in einen Angriffskrieg eintritt, den es maßgeblich vorbereitet hat, diskutiert die Linke den Antinationalismus als eine Art theoretischen Imperativ. Das war nicht nur fatal, weil das Naheliegende, nämlich vor allem das eigene Land ins kritische Visier zu nehmen und den Krieg so gut wie möglich zu sabotieren, deswegen schlicht unterblieben ist. Völlig übersehen wurde, daß dieser Krieg vor allem in der deutschen Propaganda als ein antinationalistischer geführt wurde. Vom Staatspersonal bis hinunter zum kleinsten Lohnschreiber gab es eine Übereinkunft darüber, daß die antiserbische Strafexpedition eine gegen die letzten Hinterlassenschaften des völkischen Nationalismus sei, ein Feldzug für die multiethnische Zivilgesellschaft.

Wenn es so gewesen wäre, daß einzig das Eingreifen fremder Truppen die albanische Bevölkerung des Kosovo vor Massenmord bewahrt hätte, dann wäre fundamentale Kriegsgegnerschaft Unsinn gewesen und der imperialistische Block hätte das objektiv Richtige getan. Bekanntlich war alles gelogen. Zu keinem Zeitpunkt hat der große Schurke Serbiens Völkermord betrieben. In Srebrenica nicht und im Kosovo schon gar nicht. Wer zwischen Mord und Völkermord nicht unterscheiden will, darf gleich mitmachen in Joschka Fischers starker Menschenrechtstruppe. Wer Vertreibungen in irgendeinen Zusammenhang mit Völkermord bringt, übernimmt die Kriegspropaganda, wie wir sie von deutschen Vertriebenenverbänden genauso wie von der palästinensischen oder kurdischen Nationalbewegung her kennen. Ein zerstörtes Dorf im Kosovo ist nicht Lidice oder Oradour. All das wurde im deutschen Krieg gegen Jugoslawien behauptet, schon lange bevor die deutsche Armee mittun durfte, und deutsche Linke waren von Anfang an die kritische Begleitstimme im Menschenrechtschor.

Die antinationale Linke gab die kritische Begleitstimme im Menschenrechtschor

Darauf hinzuweisen, daß Jugoslawien das bevorzugte außenpolitische Spielfeld des wiedervereinigten Deutschlands ist, war von Anfang an allein Sache der antideutschen Linken. Kritik am Menschenrechtsfetischismus als deutscher Volksgruppenrhetorik, an der Instrumentalisierung von Auschwitz, an der Stilisierung Milosevic' zum Serbenhitler und der hemmungslosen Unterstützung barbarischer Formationen wie der bosnischen Muslims, Kroaten und Kosovo-Albaner – die kompromißlose Gegnerschaft am deutschen Krieg gegen Jugoslawien also – kam nur aus diesem Spektrum.

Der linke Mainstream grenzt sich von solchen Einsichten ab und schwingt die antinationale Keule. Die Antideutschen würden mit dem serbischen Nationalismus paktieren, heißt es. Warum? Weil anscheinend nur Antideutsche am kalten Hinauswurf serbischer Demonstranten aus einer Antikriegsdemonstration Anstoß nahmen. Als ob sich die Kritik auch am serbischen Nationalismus nicht von selber verstehen sollte, wurde seit dem Ostermarsch über nichts anderes mehr verhandelt. Die bescheidene Frage, ob man als Bürger eines Aggressorenstaates seine Aufklärungsarbeit damit beginnen sollte, jene zu belehren, die soeben weltweit zu Parias erklärt wurden, wurde als Verrat am antinationalen Bekenntnis gebrandmarkt.

Es sind nur noch Mordbanden, die das Banner des Selbstbestimmungsrechts hochhalten, seit die Möglichkeit, mit Hilfe der Sowjetunion einen autoritären Wohlfahrtsstaat zu errichten, liquidiert ist. Die Anhänger des Selbstbestimmungsrechts machen zunehmend weniger in Nation – der Weltmarkt und die Weltpolizei schätzen das weniger – dafür umso erbitterter in Identität. Was der Nationalismus ohne funktionierenden Staat im keynesianistischen Sinn – also ohne Minimalschutz des Einzelnen vor den Zumutungen des Weltmarktes – hervorbringt, ist sein kulturalistisch, historizistisch oder sonstwie völkisch aufgeladener Urschleim: Es gibt nichts zu gewinnen, außer der Gemeinschaft der Hungerleider. Der Urwald, aus dem sich die Menschheit einst in langen Kämpfen zu befreien begann, kehrt als gesellschaftlicher Urwald zurück. Was das bedeutet, wissen deutsche Linke eigentlich am besten: deutsche Verhältnisse. Die drängen nicht nur nach der Ethnisierung von fremden Ländern in Standortgemeinschaften mit entsprechender Identität, die schaffen auch im Inneren eine stramme Mannschaft von kritischen Staatsbürgern, die, wenn Deutschland Krieg führt, nur dann ihren diskursstarken Arsch hochkriegen, wenn es gegen serbische Demonstranten auf einer Friedensdemonstration vorzugehen gilt. Wegen Antinationalismus, wir wissen schon.

► **Justus Wertmüller** ist Redakteur der in Berlin erscheinenden Zeitschrift Bahamas

Die Kongresse und Demonstrationen anläßlich der Kölner EU- und G8-Gipfel im Juni waren die größten Protestaktionen im Kontext der Nord-Süd-Politik, die die Bundesrepublik seit der Anti-IWF-Kampagne von 1988 gesehen hat. Während aber die kirchennahe Kampagne 'Erlaßjahr 2000' durch mangelnde Distanz zur Umarmungsstrategie der Bundesregierung auffiel, erwies sich das linksalternative Spektrum als unfähig, die Kritik an den kapitalistischen Globalisierungsprozessen zuzuspitzen. Die Behandlung der Verschuldung des Südens als dem dominanten Thema des WWG ist dafür symptomatisch. In drei Beiträgen beschäftigen wir uns mit den Kölner Gipfeln und der Verschuldungsfrage.



Laugh Parade — Foto: U. Moschner/version

Kleine Schritte in Ketten

Die Proteste gegen EU- und G8-Gipfel in Köln

von **Georg Lutz** und **Christian Stock**

▶ Den ganzen Tag schon hatte eine drückende Schwüle über der Stadt gelegen. Doch das Gewitter entlud sich nicht am sommerlichen Himmel, sondern im Saal der Volkshochschule, wo der »Alternative Weltwirtschaftsgipfel« tagte. Kaum fiel bei der Podiumsdiskussion über Perspektiven »jenseits des Neokeynesianismus« der Name Ralf Fücks, begann ein hitziger Tumult. Junge FlüchtlingsunterstützerInnen besetzten die Bühne und forderten die mehreren hundert Anwesenden auf, sich von dem prominenten grünen Realo, Vorstandsmitglied der den Alternativgipfel mittragenden Heinrich-Böll-Stiftung, wegen dessen Befürwortung des Krieges gegen Jugoslawien zu distanzieren. Als Fücks später doch zu Wort kommen durfte, sagte er deutschen Automobilkonzernen eine aktive Rolle beim Kampf gegen die Apartheid in Südafrika nach und im heutigen China wollte er ein abschreckendes Beispiel binnenzentrierter Ökonomien erblicken. Die Dürftigkeit solcher Analysen stand im krassen Gegensatz zu der eifernden Bestimmtheit, mit der Fücks den Krieg gegen Jugoslawien und andere 'realpolitische' Entwicklungen vertrat.

Die Konfrontation beim Alternativgipfel ist symptomatisch für den offenkundigen Bruch, der das alternative Spektrum seit dem Antritt der rotgrünen Bundesregierung durchzieht. Und es sind keineswegs nur Linksradikale, für die die Grünen vom einstigen Bündnispartner zum politischen Gegner geworden sind. Als der Alternativgipfel geplant wurde, war die neue Regierung gerade im Amt, und insbesondere bei den veranstaltenden Organisationen WEED und medico international gab es nicht wenige, die Hoffnungen auf einen sozial-ökologischen New Deal hegten. Nach den Entwicklungen der vergangenen Monate stellt sich allerdings selbst im reformorientierten Spektrum die klamme Frage, wie und auf wen man noch politischen Druck ausüben soll.

Alternativgipfel als Medienereignis

▶ Die gegenseitige Entfremdung zwischen den bislang grünnahen Lobby-NGOs und der Partei ist unübersehbar. So hieß es beim Alternativgipfel, daß Staatssekretär Ludger Volmer, der früher selbst die Parole von der solidarisch-ökologischen Weltwirtschaft bei jeder Gelegenheit im Munde führte, bei WEED wegen dessen kriegskritischer Position ausgetreten sei. Daß die in Köln von Fachleuten wie Susan George, Elmar Altvater, Jörg Huffschmid und vielen anderen vorgelegten Konzepte für eine sozialökologische Regulierung der Weltwirtschaft heute in der grünen Bundestagsfraktion noch gehört, geschweige denn umgesetzt werden, ist unwahrscheinlicher denn je. So ist der Kölner Alternativgipfel wohl der letzte in einer langen Reihe ähnlicher Veranstaltungen gewesen, der durch finanzielle Unterstützung der Grünen oder ihrer Vorfeldorganisationen zustande kam.

Zwar bot der Kongreß viele Kontaktmöglichkeiten, und seine Rolle als Marktplatz der Protestbewegungen und Initiativen ist nicht zu unterschätzen. Inhaltlich brachte er jedoch kaum Neues, war er doch ähnlich wie der G8-Gipfel vorrangig als Medienereignis konzipiert. Insbesondere WEED verstand es dabei, sich durch massive Medienpräsenz zu profilieren. Der Preis dafür war, daß die Podien mehrheitlich durch oberflächliche Zehn-Minuten-Statements der ReferentInnen und die weitgehende Austauschbarkeit der einzelnen Positionen geprägt waren (»Die Tobin-Steuer muß her«, »die Weltwirtschaft muß stärker politisch reguliert werden«). Die Diskussionen blieben zahm und unverbindlich. So konnten die rund 600 GipfelteilnehmerInnen der Polizei fast dankbar sein, daß sie zu Kongreßende mit einem martialischen Einsatz ein gemeinsames Gefühl von Subversivität und Widerstand produzierte.

Die Kampagne 'Erlaßjahr 2000' demonstrierte tags darauf mit ihrer Menschenkette für einen (teilweisen) Schuldenerlaß, wie schön das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Bundesregierung sein kann. 20.000 Menschen reichten sich die Hand, und auch BMZ-Ministerin Wieczorek-Zeul durfte sich neben dem Kölner Erzbischof Meissner einreihen. Bundeskanzler Schröder bedankte sich für das bürgerschaftliche Engagement der Kampagne. Deren Vertreter wiederum lobten die Regierung ob ihrer »proaktiven Rolle« bei der G8-Schuldeninitiative. Da verwundert es nicht, daß die Kölner Beschlüsse von der Erlaßjahrkampagne als »Schritt in die richtige Richtung«

gelobt und die Bescheidenheit des angekündigten Schuldenerlasses in Höhe von rund 70 Mrd. Dollar nur leise kritisiert wurde (»Das Ziel ist noch nicht erreicht«). Schröder selbst war es, der darauf hinwies, daß der Schuldenerlaß keine Belastung für die Steuerzahler darstelle, weil die Schuldner ohnehin langfristig zahlungsunfähig seien. Dennoch feierte die Initiative ihre Kampagne als »großen Erfolg«.

Während die Erlaßjahrkampagne aufgrund ihrer plakativen Forderungen und ihres ressourcenstarken PR-Managements nahezu alle öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen konnte, liefen alle anderen Protestaktionen gegen EU- und G8-Gipfel mehr oder minder ins Leere. Die *Euromärsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Ausgrenzung,* die linksradikale Anti-EU-Demonstration, die *Interkontinentale Karavane* von mehreren hundert Kleinbauern aus Indien, Brasilien und anderen Ländern des Südens, die Demonstration des *Bündnis Köln 99* gegen den Weltwirtschaftsgipfel – all das war in den Medien kaum präsent. Das lag nicht zuletzt an der zahlenmäßig relativ geringen Beteiligung. Lediglich der Euromarsch konnte immerhin 30.000 Demonstranten versammeln, die meisten von ihnen aus dem europäischen Ausland. Die großangekündigte Bündnisdemonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel hingegen brachte nur knapp 10.000 Teilnehmer auf die Straße, und auch das nur aufgrund der starken Beteiligung verschiedener Migrantengruppen.

Demonstrieren ist out

▶ Doch so vielfältig und bunt das Bild der Bündnisdemonstration dadurch wurde, so viel kontinentübergreifende Solidarität im Widerstand gegen die in Köln tagenden »Herren der Welt« damit demonstriert werden sollte, so heterogen waren die vorgetragenen politischen Forderungen. Während die einen sich hinter dem götzengleichen Konterfei Öcalans versammelten und in kollektiver Ekstase »Apo, Apo« skandierten, riefen die anderen nach einem eigenen Staat in Sri Lanka oder nach Landbesitz in Brasilien. Aus der Vielzahl der Forderungen entstand kein wie auch immer geartetes gemeinsames Ziel, sondern ein diffuses Gemengelage gruppen- und organisationsspezifischer Partikularinteressen.

In Köln gelang es dem kritischen linken Spektrum – anders als 1988 in Berlin bei der Kampagne gegen IWF und Weltbank – nicht, gesellschaftlichen Widerspruch gegen die kapitalistische Globalisierung deutlich hörbar zu machen oder inhaltlich zuzuspitzen. Selbst der Krieg gegen Jugoslawien – ein kaum zu überschätzender Einschnitt in bundesdeutsche Außen- und Militärpolitik – vermochte kaum Protest zu mobilisieren. Daß die Kölner Veranstaltungen und Demonstrationen somit nicht mehr als ein Sturm im Wasserglas blieben, ist Ausdruck einer Entwicklung, in der die Demonstrations- und Protestkultur der achtziger Jahre nicht nur bei Jüngeren, sondern auch bei den Älterern, die damals noch dabei waren, zunehmend out geworden ist. Dieses Desinteresse allein auf einen hedonistischen Zeitgeist zu schieben, dem Love Parades und Christopher Street Days attraktiver sind, greift aber zu kurz. Für viele Linke stellt sich schlicht die Frage nach dem Sinn der herkömmlichen Protestformen. Das Unbehagen über die auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gebrachten Aufrufe mit ihrer Formelsprache, die ritualisierten Aktionsformen und die Hahnenkämpfe der Bewegungs-Linken, wie sie in und um Köln beobachtbar waren, ist stärker geworden als die Motivation, sich an Demonstrationen zu beteiligen.

▶ **Georg Lutz** und **Christian Stock** sind Mitarbeiter des **iz3w.**

Streit um Jubilee

Die Verschuldungskampagne im Süd-Nord-Konflikt

von **Gerhard Klas**

▶ Während des Kölner Weltwirtschaftsgipfels begrüßte Bundeskanzler Gerhard Schröder den Schuldenerlaß von 70 Milliarden Dollar für die ärmsten Länder der Welt: »Nur wenn man ihnen hilft, werden diese Länder fähig, mit uns Handel zu treiben«. Folgerichtig soll der Erlaß nur dann wirksam werden, wenn die Schuldnerstaaten umfassenden Strukturanpassungsprogrammen zustimmen. Nach offizieller Lesart der G-7 sollen ausgerechnet der Internationale Währungsfonds IWF und die Weltbank für »Programme zur Armutsbekämpfung für eine gezielte Verwendung der aus dem Schuldenerlaß resultierenden Einsparungen« sorgen. Die Anpassungsprogramme des IWF sollen für die Länder, die in den Genuß der Kölner Schuldeninitiative kommen, um »soziale und ökologische Kriterien« erweitert werden. An anderer Stelle wird unmißverständlich deutlich, daß sich die »Umsetzung des Schuldenerlasses« weiterhin »auf eine solide Wirtschaftspolitik stützen« müsse. Die damit einhergehenden Auflagen des IWF umfassen Lohnstopp, Streichung von Nahrungsmittelsubventionen, Exportorientierung und Abschaffung von Devisenkontrollen.

»Wir schulden nichts und wollen nichts zahlen«, lautet dagegen das Motto des Treffens von Jubilee South, der südlichen Plattform der internationalen Entschuldungskampagne, die sich gemeinsam mit den Erlaßjahrkampagnen des Nordens unter dem internationalen Dach von Jubilee 2000 befindet. Für sie liegen »die Wurzeln der Schulden in der Versklavung und der Kolonialisierung unserer Länder« sowie den ungleichen Handels- und Investitionsbedingungen. Der Zusammenschluß glaubt nicht an eine Lösung der Schuldenkrise im Rahmen des IWF oder der Weltbank und setzt sich für eine Lösung ein, die nicht auf Exportwirtschaft, sondern auf Selbstversorgung und Nachhaltigkeit der Ökonomien abzielt.

Seit dem Mobilisierungserfolg zum G-7-Gipfel in Birmingham 1998 ist die internationale Jubilee-Kampagne, die auch zur Kölner Menschenkette wieder mehrere zehntausend Menschen auf die Beine brachte, weiter angewachsen. In insgesamt 160 Ländern befinden sich heute Gruppen, Kirchen und Organisationen unter dem Dach der internationalen Kampagne. Doch mit dem Anwachsen haben auch die Differenzen zugenommen: Während die einen auf Lobbyarbeit bei Politikern, IWF und Weltbank setzen, propagieren die anderen Basisarbeit und streben eine »Bewegung der Massen der Armen weltweit« an.

Massen- statt Lobbybewegung

▶ Die deutsche und österreichische Erlaßjahrkampagne und ihre britischen und US-amerikanischen Pendants richteten ihre Arbeit für »einen umfassenden Erlaß der untragbaren Schulden der armen Länder« auf Medienwirksamkeit und Resonanzfähigkeit bei den Politikern aus. Symbolisch stehen dafür 17 Millionen Unterschriften aus aller Welt, die Bundeskanzler Schröder am 19. Juni in einem weißen Sack und mit einem

freundlichen Händedruck überreicht wurden. 'Erlaßjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung' wertet die »prominente Behandlung des Schuldenthemas auf dem Gipfel« als »wichtigen Erfolg«. Sie bemüht sich, Politikern und internationalen Institutionen Entscheidungsspielräume aufzuzeigen und versteht sich als Mittler zwischen Gläubigern und Schuldnern. Die Erlaßjahrkampagnen des Nordens vermeiden tendenziell den Streit um das Grundsätzliche. Sie verhandeln um konkrete Zahlen: Tragbar seien die Schulden, die zu Zahlungsverpflichtungen von weniger als fünf bzw. zehn Prozent der Exporterlöse führen. Die Prozentsätze der Weltbank liegen bei 20-25 Prozent. Außerdem schlägt die Erlaßjahrkampagne Bedingungen zum Schuldenerlaß vor: Ein Teil der erlassenen Schulden soll in einen »Gegenwertfonds« in nationaler Währung eingezahlt werden, mit dem »Projekte zur Deckung sozialer Grundbedürfnisse oder ein Kreditsystem für kleine Händler oder Bauern« finanziert werden. Bei der Verwendung dieser Gelder soll die »Zivilgesellschaft angemessen« beteiligt sein. Offen bleibt, was eine »angemessene« Beteiligung ist und wer die »Zivilgesellschaft« repräsentiert.

»Jubilee South will den Kapitalismus abschaffen und wir die Schulden«

Für Jubilee South geht es dagegen um weit mehr als eine limitierte Schuldenstreichung. Die Südkampagnen sehen in der Schuldenfrage lediglich »einen Türöffner, um breitere Diskussionen und Mobilisierungen rund um die neoliberale Globalisierung« anzuregen und für »gerechte Wirtschaftszusammenhänge und Gesellschaften« einzutreten. Jubilee South wendet sich auch gegen eine Begrenzung der Forderungen auf die in Anlehnung an Weltbank-Kriterien so definierten »armen Länder«. Südafrika gilt als reichstes Land des Kontinents. Trotzdem »leiden Millionen von Menschen an Hunger, sind obdachlos, arbeitslos und sterben an Krankheiten, die bei ausreichender gesundheitlicher Versorgung vermeidbar wären«, erklärt Brian Ashley, Koordinator der Entschuldungsinitiative südliches Afrika und einer der Sprecher von Jubilee South (s. folgender Beitrag).

Jubilee South hat sich im Laufe verschiedener Kongresse und Treffen herausgebildet. Im April 1998 erarbeitete erstmals eine Konferenz im ghanaischen Accra ein eigenes Profil der südlichen Länder innerhalb der Jubilee 2000 Kampagne, das im März diesen Jahres im südafrikanischen Johannesburg mit der Gauteng-Deklaration ein solides Fundament erhielt. Der Appell der Vertreter aus dem südlichen Afrika, den Philippinen und Lateinamerika an die Kirchen und ihre Verbündeten im Norden, ihren Kampf zu unterstützen, ist bis auf wenige Ausnahmen auf wenig Reso-

Illegitime Regimes als GmbH

Südafrikanische NGOs wenden sich gegen die Zahlung von Schulden aus Apartheidszeiten

von **Amanda Weibel**

▶ In der internationalen Schuldendebatte haben in jüngster Zeit viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) insbesondere aus südlichen Ländern die Illegitimität der Schuldenforderungen betont. Sie gehen sogar einen Schritt weiter: Neben Schuldenstreichung fordern sie Reparationen, weil die Schuld des Nordens gegenüber dem Süden die verbuchten Beträge übersteigt. In diesem Kontext steht auch die Apartheidschuldenkampagne.[1] Südafrikanische NGOs kritisieren die Übernahme der Staatsschulden des ehemaligen Apartheidregimes durch die ANC-Regierung. Diese Schulden seien illegitim und unmoralisch. Außerdem machen die Schuldendienstzahlungen gegenwärtig den zweitgrößten Posten im südafrikanischen Staatsbudget aus und tragen so dazu bei, die fortwährende soziale und wirtschaftliche Apartheid zu vertiefen. Im Mai letzten Jahres haben die NGOs deshalb gemeinsam mit Organisationen aus dem Umfeld der ehemaligen Anti-Apartheidbewegungen aus Deutschland, England, den Vereinigten Staaten und der Schweiz eine internationale Kampagne lanciert. Diese fordert den Erlass der vom Apartheidregime selbst gemachten und der durch das unterdrückerische System verursachten Schulden im südlichen Afrika.[2] Außerdem verlangen sie die Zahlung von Entschädigungen an die Opfer des Terrors.

Doppelt beglichene Rechnungen

▶ Im Sinne des Verursacherprinzips sollen die damaligen Kreditgeber Mitverantwortung für die menschenrechtsverletzende Politik tragen. So wenden sich die Forderungen explizit an diejenigen, welche unter der Schirmherrschaft der Apartheid Profite erwirtschafteten. Dazu gehören in erster Linie deutsche und schweizer Banken: Zwischen 1980 und 1993 sind aus direkten und indirekten Investitionen in Form von Renditen und Zinsen US-Dollar 41.5 Mrd aus Südafrika ins Ausland geflossen.[3] Spätestens nachdem die UNO 1973 die Apartheid als »Verbrechen gegen die Menschheit« und finanzielle Unterstützung als Komplizenschaft bezeichnet hatte, hätten keine Kredite an das illegitime rassistische Regime Südafrikas vergeben werden dürfen. Gerade die Kredite in den letzten Jahren der Apartheid erlaubten der damaligen Regierung, Regimegegner im In- und Ausland brutal zu unterdrücken. Würden die Kosten dafür von der neuen Republik Südafrika getragen, müßte die Bevölkerung zweimal für die Apartheid zahlen – physisch und indem sie auch noch die Rechnung für die Repressionsmaßnahmen begleicht.

Die Koalition orientiert sich an einer auf internationaler Ebene bisher kaum diskutierten Doktrin der »verabscheungswürdigen Schulden« (odious debt), eine spezielle Form von illegitimer Schuld. Gemäss dieser können in bestimmten Fällen demokratische Nachfolgeregierungen von illegitimen Regimes die Haftung für internationale Schulden ihrer Vorgänger ablehnen. Im Völkerrecht wurde der Begriff »odious debts« von Alexander Sack, früherer Minister im zaristischen Russland und später Professor der Rechtswissenschaft in Paris, geprägt: »Wenn eine despotische Macht Schulden verursacht, welche weder den Bedürfnissen noch den Interessen des Staates entsprechen, sondern nur dazu dienen, ein despotisches Regime zu stärken und den Widerstand der Bevölkerung zu unterdrücken, ..., so sind diese Schulden verächtlich oder »odious« gegenüber dem Volk dieses Staates«. Weiter führt er aus, dass »diese Schulden keine Verpflichtung für diesen Staat entsprechen, sondern »dettes de regime« sind, also persönliche Schulden der

nanz gestoßen. »Jubilee South will eine Abschaffung des Kaptialismus«, Jubilee 2000 ginge es jedoch um einen »Erlaß der Schulden«, erklärt Friedel Hütz-Adams, der Pressesprecher der deutschen Erlaßjahrkampagne.

»Wir fordern Solidarität«

▶ Im Namen der »internationalen Bewegung« werteten die Nordkampagnen in einer Presseerklärung die Kölner Schuldeninitiative der G-7 als »großen Fortschritt«. Die Forderungen und Einschätzungen von Jubilee South finden sich in den offiziellen Verlautbarungen von Jubilee 2000 nicht wieder. Für Hütz-Adams ist Jubilee South ohnehin kein Verhandlungspartner. »Jubilee South hat keine Basis. Es waren nach meiner Wahrnehmung drei Leute, die sich zu Jubilee South ernannt haben«. Doch allein in Köln waren einige Dutzend Vertreter verschiedenster Organisationen aus drei Kontinenten zusammengekommen – darunter auch mehrere von den philippinischen Inseln, wo allein mehr als vierzig Initiativen und Kirchenleute, darunter zahlreiche Bischöfe, die Positionen von Jubilee South unterstützen. Doch die sind für Hütz-Adams nicht repräsentativ.

Die Enttäuschung der Jubilee South Aktivisten spiegelt sich in ihrem Aufruf für »Neue strategische Allianzen« wider und war dennoch absehbar. »Seit dem Ende des Kalten Krieges konnte man Zeuge werden, wie viele ehemalige Verbündete im Norden, eingeschlossen Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, angesichts des aggressiven Neoliberalismus eine Form der kollektiven und unbewußten Zensur betreiben«, bewerten Jubilee South die Entwicklung der vergangenen Jahre. »Bisweilen sind ihre neuen Diskurse kaum noch von denen ihrer Regierungen zu unterscheiden«. Die Vertreter der Nordkampagnen haben bei ihren Besuchen auf den zahlreichen Jubilee-Treffen im Süden offenbar keinen guten Eindruck hinterlassen. »Genug der karitativen Annäherungen, des verschwommenen Mitgefühls und der seichten symbolischen Besuche der 'Partner' im Süden, um dort Raum einzunehmen und Tagesordnungen zu verabschieden, die vom Norden bestimmt werden. Das ist keine Partnerschaft«, kommentiert Jubilee South. Stattdessen fordern sie eine klare Positionierung ein. »Wir fragen nicht nach Vermittlung oder Unterstützung für Lobbyarbeit. Wir fordern Solidarität, und das ist etwas völlig anderes«. Die Südkampagnen kritisieren die Haltung der Erlaßjahrkampagne, die Gläubigern und Schuldnern gleichermaßen die Verantwortung für die hohe Verschuldung zuschreibt. »Zum Unterdrücker wie zum Unterdrückten den gleichen Abstand zu halten, ist moralisch und politisch unannehmbar.«

▶ **Gerhard Klas** ist Redakteur von Soz.

Machthaber, welche diese verursachten. Damit zerfalle die Verpflichtung, wenn das verursachende Regime gestürzt wird.« Ebenfalls in die Kategorie von »odious« Schulden zählt Sacks diejenigen Kredite, welche den »persönlichen Interessen« der Herrschenden dienten, also aus Korruption stammen.[4]

Abschreckung für Kreditgeber

▶ Die Bedeutung der Odious-Debt-Doktrin für heutige Schuldenstreichungskampagnen liegt darin, die Kreditgeber zur Verantwortung zu ziehen. Schätzungen zufolge sind etwa 1/5 der Schulden von Entwicklungsländern aus Krediten zur Unterstützung von Diktaturen entstanden, an die westliche Regierungen strategische Interessen knüpfen.[5]

Deutsche Banken und Unternehmen profitieren von den Schulden der Apartheid

Insgesamt beträgt das Ausmaß ausstehender »verabscheuungswürdiger Schulden« schätzungsweise 400 Mrd Dollar. Diese Grössenordnungen machen deutlich, welch zentrale Rolle der Odious Debt Doktrin nicht zuletzt für die Vermeidung weiterer Schuldenkrisen zukommt. Werden dagegen weiterhin Schulden unterdrückerischer Regimes wie diejenigen der Apartheidregierung, Mobutus Kleptokratie oder der für den Genozid verantwortlichen Regierung Rwandas voll und ganz den Gläubigern zurückbezahlt – womöglich mit der Unterstützung internationaler Institutionen – sehen sich Investoren in solch unethischer Kreditvergabepraxis nur bestätigt. Daher sollten ehemalige Diktaturen in Bezug auf die Rückzahlung von Schulden fortan als »Gesellschaften mit beschränkter Haftung« gelten. Nur wenn Gläubiger dazu gezwungen werden, das Verlustrisiko von Investitionen an illegitime Regime selbst zu tragen, wird die Kreditvergabe an Diktaturen künftig nicht nur unethisch, sondern unökonomisch.

Zu den klassischen Fällen für Odious Debts gehören Südafrika, Indonesien, Philippinen, Argentinien und Kongo-Zaire. Die Kölner WWG-Initiative sieht allerdings genau für diese Länder keine Schuldenstreichung vor. So erstaunt es nicht, daß einige NGO-VertreterInnen dieser Länder eine zentrale Rolle in der Jubilee South Bewegung einnehmen. »Macht es nicht wie wir«, rät eine Vertreterin der philippinischen Kampagne, denn die Nachfolgeregierung des Diktator Marcos hatte, wie im Fall Südafrika, die Schulden des Vorgängerregimes offiziell anerkannt. Über die Frage, ob Aktivitäten auf völkerrechtlicher Ebene oder der politischen Bewegung der Vorzug gegeben werden soll, wird innerhalb der NGOs kontrovers diskutiert. Verschiedenen AktivistInnen ist das juristische Konzept der Odious-Debt-Doktrin zu eng. Wo den Regierungen die Hände gebunden sind, hoffen die NGO-Kampagnen mit Massenbewegungen genügend Druck zu erzeugen, um einen Schuldenerlass aus moralischen Gründen zu erwirken.

Anmerkungen:

1. S. Jeff Rudin (1997) Challenging Apartheid's Foreign Debt, AIDC Alternative Information and Development Centre, Cape Town (http://aidc.org.za/adc/adc-summary.html)
2. Internationale Kredite an die Nachbarstaaten Südafrikas waren hingegen für viele Menschen überlebensnotwendig. Sie erlaubten es den Ländern, sich gegen die Destabilisierungspolitik Südafrikas zu verteidigen. Für den Schuldenerlass spricht hier, dass Länder, auf deren Boden Stellvertreterkriege ausgetragen werden, dafür nicht die alleinige Verantwortung tragen sollen. Die Republik Südafrika hat Namibias Schulden aus der Zeit der Besetzung bedingungslos gestrichen, weil diese dem Land mit Gewalt aufgebürdet wurden. Als Schlüsselfigur der Jubilee 2000 Südafrika ruft etwa Südafrikas Erzbischof Ndungane die reichen Gläubigernationen auf, diesem Beispiel zu folgen und Kredite an diktatorische Regimes abzuschreiben.
3. M. Madörin und G. Wellmer (1999): Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz (erhältlich bei Brot für die Welt). Allein für die Zeit der von der UNO gegen Südafrika verhängten Sanktionen von 1985 bis 1993, sind dies 28,4 Mrd Dollar. Eine Quantifizierung der von der Apartheid verursachten Verschuldung und Schäden in der Region sowie die Argumentation für Schuldenstreichung und Entschädigungsforderungen sind zusammengefasst in: ACTSA and World Development Movement (1998) Paying for Apartheid Twice, London.
4. Patricia Adams (1991) Odious Debts: Loose Lending, Corruption, and the Third World's Environmental Legacy. London: Probe International (erhältlich bei Aktion Finanzplatz Schweiz, Basel). Inspiriert wurde die Schaffung der Doktrin unter anderem durch den Präzedenzfall, in dem 1923 ein US-Oberrichter im Streitfall Grossbritannien vs. Costa Rica entschied, daß der Gläubiger der Diktator Tinoco und nicht die Bevölkerung Costa Ricas gewesen sei, weil die Kreditvergabe erfolgte, während die Diktatur die Einführung einer Demokratie zu verhindern versuchte.
5. Jo Hanlon (1998) Diktators and Debt. Jubilee 2000, London.

▶ **Amanda Weibel** ist Mitarbeiterin der 'Aktion Finanzplatz Schweiz' in Basel und in der Koordinationsgruppe der Schuldenstreichungs- und Entschädigungskampagne Südliches Afrika.



Foto: Version

Das Recht auf's Paradies

Der »nachhaltige« Tourismus integriert die Kritik in die Wachstumsideologie

von **Martina Backes**

Was bedeutet das Recht jedes einzelnen auf Reisefreiheit, wenn es nur einem kleinen Teil der Weltbevölkerung zur Verfügung steht, während die Menschen in den bereisten Ländern sich selbst, ihre Kultur und die Natur zu Markte tragen? »Nachhaltiger Tourismus« ist das Zauberwort zur Lösung des Dilemmas. Mit ihm sollen die negativen sozialen und ökologischen Folgen der Reisewut begrenzt und gleichzeitig das Potential des Tourismus für die Entwicklung vieler Länder des Südens genutzt werden. Zur Verbindung von Entwicklung und Nachhaltigkeit im Tourismus liegt jetzt erstmals ein UN-Programm vor.

► Der Reisewunsch wird von der Tourismusindustrie geschürt und als Gefühl grenzenloser Freiheit verkauft. Die Nachfrage nach Wildnis und Abenteuer scheint in dem Maße gesichert, in dem die zunehmende Technisierung den Arbeitsalltag der TouristInnen prägt. Gleichzeitig scheint die Natur nur mittels hochspezialisierter und wissensintensiver Technologien erhalten, wiederhergestellt, geschützt und bewahrt werden zu können. Diese Wiederherstellung von Wildnis und der Versuch einer kulturellen Erhaltung von Exotik gewinnt immer größere Bedeutung. Perfekt inszeniert das Marketing – ökonomisch nennt sich das »Diversifizierung des Angebots« – die »Erfüllung aller Wünsche« und lenkt so die Ausschlachtung der mit der Modernisierung erzeugten emotionalen Bedürfnisse in ökonomisch profitable und gesellschaftlich anerkannte Bahnen – der Reisewunsch als Ware.

Die Statistiken der WTO über die (prognostizierten) Wachstumsraten des Tourismussektors machen auch den Ländern des Südens eine Investition in den Tourismus schmackhaft. Das »Inwertsetzen« von Kultur und Natur, so argumentiert die WTO, biete den Menschen Arbeitsplätze, Einkommen und die Möglichkeit, ihre kulturelle Integrität zu wahren. Aufgrund der positiven Effekte in Form von Devisen und einer Modernisierung der Infrastruktur biete der Tourismus ein enormes Potential für die gesellschaftliche Entwicklung und sei überdies die geeignete Wirtschaftsweise, um die Natur zu erhalten.

Demgegenüber betonen tourismuskritische Organisationen die Ausbeutung von Mensch und Natur in den Zielregionen. Dazu zählen sie etwa die steigende Kriminalität und Prostitution, den Ausverkauf von Kulturen und die zunehmenden Umweltbelastungen. Das Dilemma, in dem die Kritik am Tourismus steckt, ist offensichtlich: Auf der einen Seite kann niemand das Reisen verbieten. Auf der anderen Seite nehmen die durch den Tourismus verursachten Probleme weiter zu.

Hoffnungen, diesem Dilemma zu entrinnen, knüpfen tourismuskritische Organisationen und Vertreter von Konzepten eines nachhaltigen Tourismus an internationale Vereinbarungen. Noch auf dem Erdgipfel in Rio 1992 und in der Agenda 21 stellte der Tourismus kein eigenständiges Thema dar. Erst im Juni 1997 forderte schließlich die UN-Sondergeneralversammlung die ´Kommission für nachhaltige Entwicklung´ (UN-CSD) auf, ein »Internationales Arbeitsprogramm für einen nachhaltigen Tourismus« vorzulegen. Das im April diesen Jahres von der CSD auf ihrer siebten Tagung in New York vorgelegte Programm für einen nachhaltigen Tourismus wurde zusammen mit Industrie, Gewerkschaften, lokalen Verwaltungen und Nichtregierungsorganisationen aus Nord und Süd erarbeitet.[1]

Ein »Angebot von oben«

► Der vorgestellte CSD-Beschluß enthält unter anderem Grundsätze wie die Forderung aktiver Maßnahmen gegen (Kinder-) Prostitution, der Anwendung der ILO-Arbeitsbedingungen und der WHO-Gesundheitsstandards sowie einer aktiven Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen. Insofern ist er nicht nur als umwelt- und sozialpolitische Politikempfehlung für die Ausgestaltung eines »nachhaltigen Tourismus« zu begreifen. Vielmehr hat er die Dimension eines entwicklungspolitischen Übereinkommens, das die von der WTO propagierten, im Tourismus liegenden Wachstumspotentiale als Entwicklungschance begreift. Neu und grundsätzlich zu begrüßen ist, daß der Tourismus auf internationaler Ebene verhandelt wurde und

nicht allein die Interessen der finanzstarken Tourismuslobby, sondern auch diejenigen der betroffenen Bevölkerung zur Sprache gebracht werden sollten.[2]

Dennoch wurde der Text unter einseitig regierungslastiger Beteiligung des Südens ausgearbeitet. Basisorganisationen und VertreterInnen von Bewegungen und NGOs aus dem Süden nahmen nur zögernd oder gar nicht an den Vorbereitungen in dem für den Süden zuständigen Koordinationsgremium teil.[3] Die verschiedenen Positionen aus den touristischen Gastregionen sind somit nur partiell eingegangen. Auf der anderen Seite im Verhandlungsprozeß stand die Lobby der großen Tourismusindustrie, vertreten durch den WTTC (World Travel and Tourism Council), der ebenfalls NGO-Status genoß. Damit verfügten die entwicklungs- und umweltpolitischen Gruppen über weniger Raum. Der CSD-Beschluß setzt ein Übereinkommen als status quo fest und gibt es als Konsens aus, obwohl die dazu notwendigen Voraussetzungen – etwa die Gleichgewichtigkeit der Verhandlungsteilnehmer – nicht gewährleistet waren.

Ein Ungleichgewicht prägt auch die CSD-Forderung nach Partizipation der Bevölkerung aus den Zielregionen bei Planung und Durchführung der Tourismusentwicklung. Zwar wird ein Ideal formuliert, das den Anschein von basisdemokratischen, partnerschaftlichen Strukturen erweckt. Doch dieses »Angebot von oben« zum unverbindlichen Mitreden ist für die lokalen Gemeinschaften wertlos, solange aufgrund fehlender Information und einer nicht-formellen und geringgeschätzten Bildung kein gleichberechtigter Austausch über Ansichten und Perspektiven möglich ist. Während der CSD-Beschluß die Regierungen und die Industrie auffordert, die TouristInnen über ökologische, kulturelle und andere Werte sowie hinsichtlich der Sicherheitslage in den Reisedestinationen zu informieren, ist eine ausdrückliche Aufforderung im Sinne von Informations- und Bildungsmaßnahmen für die Bevölkerung in den touristischen Regionen nicht vorgesehen.

Hier deutet sich die Gefahr an, daß Partizipation und geschickt moderierte Dialogformen lediglich als effizienzsteigernde Mittel bei der Umsetzung touristischer Entwicklung eingesetzt werden. Das Partizipationskonzept wird nicht im Sinne von Selbstbestimmung und autonomer Selbstverwaltung begriffen, die eine Entscheidungsfreiheit voraussetzt – gegebenenfalls auch gegen die touristische Entwicklungsoption. Vielmehr wird im Nachhaltigkeitsdiskurs der Tourismuspolitik Partizipation oft als Mittel zu dem Zweck benutzt, westlich normierte ökologische und soziale Standards in die Logik des ökonomischen Wachstums zu integrieren und effektiver umzusetzen.

Konkurrenz der Destinationen

► Dabei sind die Erwartungen an eine sozial gerechte und umweltverträgliche Entwicklung des Tourismus von so unterschiedlichen Interessen geprägt, daß Zielkonflikte unvermeidbar und Spannungsfelder offensichtlich sind: In den bereisten Regionen geht es vor allem um notwendige Minimalstandards zum Schutz der Existenzgrundlage und zum Schutz vor kultureller Ausbeutung und ökologischer Zerstörung durch die touristische Erschließung. Gleichzeitig fürchten VertreterInnen aus den Ländern des Südens jedoch, daß viele der von den Nord-NGOs geforderten Sozial- und Umweltstandards sich zu nachteiligen Handelshemmnissen entwickeln können. Aus der Sicht der transnationalen Tourismusunternehmen dient der Ruf nach »Nachhaltigkeit im Tourismus« in erster Linie der Erhaltung des touristischen Potentials. Die kleinen und mittleren Unternehmen versprechen sich von der »Nachhaltigkeit im Tourismus« die Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den großen Tourismusgiganten.

Es sind derweil die weltweit agierenden Unternehmen, die die Tourismusbranche dominieren – angefangen bei den einzelnen Reiseangeboten bis hin zu den globalen Informations- und Buchungssystemen. Die Mehrzahl aller touristischen Angebote setzen sich aus lokalen Elementen seitens der gastgebenden Region und aus hochtechnisierten Bestandteilen seitens internationaler Großunternehmen zusammen. Da es jedoch immer unwichtiger wird, wo Sonne, Sand und Palmen geographisch verortet sind und das letzte Dschungelparadies entdeckt wird, verlieren die lokalen Angebotselemente im globalen Vergleich der Preis-Leistungs-Verhältnisse an Bedeutung. Die auf Masse setzende Billigpreispolitik der Branchenriesen läßt die Gewinne für die lokalen Anbieter sinken. Durch die »all-inclusive« Angebote im last-minute-Takt bleibt ihnen kaum noch Spielraum in der Preisgestaltung. Ohnehin fließen die Einkünfte aus dem Tourismusgeschäft zu einem großen Teil wieder ab, während die Kosten für den Erhalt der Attraktivität der Reiseziele die Staatskassen der Zielländer kräftig belasten.

Es findet damit infolge des Konkurrenzverhältnisses eine zunehmende Entkoppelung der touristischen Angebote von den ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen des Reiseziels statt. Vielmehr spiegeln sich im zusammengesetzten Reiseangebot die Machtverhältnisse zwischen transnationalen Tourismusunternehmen und lokalen Kleinunternehmen wider. Ohne langfristige Verpflichtungen der transnationalen Tourismusbranche gegenüber den lokalen Anbietern geraten diese unter Druck und müssen Kosten bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen und im sozialen Sektor einsparen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Der CSD-Beschluß berührt diese schwache Stellung der lokalen AnbieterInnen in der globalisierten Tourismusbranche kaum. Die als wünschenswert formulierte Förderung lokaler wirtschaftlicher Verflechtungen wurde nicht mit der Forderung nach einer Senkung der Sickerraten (Kapitalabfluß) und der sich daraus ableitenden grundlegenden Infragestellung der Förderung ausländischer Investoren verknüpft. Ohne diese Verknüpfung sind aber die Möglichkeiten für die südlichen Reiseländer begrenzt, über den Tourismus die lokalen kleinen und mittelständischen Unternehmen zu stützen und damit Arbeitsplätze zu schaffen oder über das Erwirtschaften von Devisen in andere Sektoren – z.B. Bildung oder Gesundheitswesen – investieren zu können. Im Gegenteil: Vor dem Hintergrund hoher Investitionen in die touristische Infrastruktur, in Werbekampagnen oder durch die üblicherweise an Investoren zugestandenen Steuererleichterungen (indirekte Subventionen) kann der Tourismus für das betroffene Land oder die Region leicht zur Verlustrechnung werden.

Noch verstärkt wird diese ungleiche Konstellation zwischen internationalen Großunternehmen und den Zielregionen dadurch, daß die letzte Entscheidungsmacht über die Rahmenbedingungen des weltweiten Tourismus bei den internationalen Finanz- und Handelsgremien liegt. Die Bedeutung der gerade angelaufenen Millenniumsrunde der WTO für eine Absicherung von Sozial- und Umweltstandards im Tourismussektor übersteigt die Wirkung der CSD-Beschlüsse bei weitem. Liberalisierungen des Dienstleistungssektors (GATS) und die Beseitigung von Handelshemmnissen durch Zoll- und Steuererleichterung können dazu führen, daß die Ziele der CSD eines umwelt- und sozialgerechten Tourismus und einer gerechten Verteilung der Gewinne von der Realität schlicht unterlaufen werden. Auch ist die sei-

tens des IWF und der Weltbank als entwicklungspolitisch sinnvoll postulierte Tourismusförderung vor dem Hintergrund der von diesen Institutionen verfolgten Kreditvergabe- und Strukturanpassungspolitik kritisch zu bewerten. Beinahe absurd erscheint hier das Argument, der »nachhaltige Tourismus« sei Hoffnungsträger für eine Armutsbekämpfung. Im Kontext internationaler Finanz- und Wirtschaftabkommen ist die Bedeutung des CSD-Beschlusses somit deutlich zu relativieren.

Falsche Adressaten

▶ Bei WTO, IWF und Weltbank läge der wirksamere Hebel für eine Tourismuspolitik, die vor allem den transnationalen Konzernen verbindliche Standards für eine ökologisch, sozial und ökonomisch notwendige Begrenzung des Tourismus setzen müßte. Allerdings hat die Tourismuskritik dies bisher vernachlässigt, zu einseitig an die Verantwortung des Individuums appelliert und zu wenig überzeugend die kapitalistische Vermarktung der Reisewünsche analysiert. Solange sich auf der Grundlage rein numerischer Wachstumsprognosen[4] nachhaltige Entwicklungsmodelle konstruieren lassen, so lange werden die finanzstarken Unternehmen mit Hilfe dieser (selbstprognostizierten) Konstrukte auf politisch legitimiertem Wege Entwicklungen durchsetzen können, die auf Kosten von Mensch und Umwelt in den finanzschwachen Reisedestinationen realisiert werden. Wenn etwa ökologische Fragen im Tourismus nicht mehr im Kontext internationaler Machtverhältnisse gesehen werden und die Imperative der Wettbewerbsfähigkeit und der Finanzakkumulation ungebremst die Schaffung neuer Märkte – jetzt für umweltfreundliche Tourismusprodukte – weiterdiktieren, dann leisten die neuen ökologischen Standards den aktuellen Restrukturierungsprozessen der kapitalistischen Tourismusökonomie sogar Vorschub. So führt die westliche Normung von Umwelt- und Sozialstandards im Tourismus zu einer Überbewertung der professionalisierten Dienstleistung und der hochspezialisierten ökologisch sauberen Technologien – beide wurden kapitalintensiv entwickelt und sind weitgehend ortsunabhängig einsetzbar – gegenüber ortsgebundenen Leistungen und lokalen Arbeitskulturen. Ökologische Mindestanforderungen orientieren sich offensichtlich an alternativ-technologischen Machbarkeiten. Die dabei konstruierten Begriffe einer »intakten« und »sauberen« Umwelt werden nicht ansatzweise in Frage gestellt, sondern als moralische Orientierungspfeiler zur universal geltenden Norm erhoben.

Ist Wachstum mit Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen?

Die CSD stellt zwar die Herausforderung in den Mittelpunkt, die Folgen des Wachstums des Tourismus mittels »ökologischer und sozialer Leitplanken zu steuern und in eine nachhaltige Form zu lenken«. Doch wie ist das viel beschworene, rasante Wachstum des Tourismussektors grundsätzlich mit den Prinzipien der »nachhaltigen Entwicklung« in Einklang zu bringen? Auf diese Widersprüchlichkeit gibt die CSD keine Antwort. Die im Ergebnis stehende rhetorische Leerformel der Nachhaltigkeit erleichtert lediglich die Beschwörung gemeinsamer Zielvisionen und macht ein Benennen der Konflikte überflüssig. Die von den UN-Mitgliedsstaaten als konsensorientierter Verhandlungsprozeß gefeierte CSD-Konferenz stellt kaum mehr dar als eine Einigung auf den – ohnehin akzeptierten – kleinsten gemeinsamen Nenner.

Ein tatsächlich nachhaltig orientierter Tourismus, so lautet etwa die Forderung des deutschen ´Arbeitskreises Tourismus´ im ´Forum Umwelt und Entwicklung´, müsse jedoch nicht nur ethisch und sozial gerecht, kulturell angepaßt, ökologisch tragfähig sowie wirtschaftlich sinnvoll und ergiebig sein – er muß diese verschiedenen Ziele, die einander im Einzelfall widersprechen können, integrieren. Der CSD-Beschluß trägt demgegenüber durch eine lose Aneinanderreihung an sich sinnvoller Einzelforderungen den letztlich die Realität bestimmenden Zielkonflikten in keiner Weise Rechnung. Statt sich diesen Konflikten zu stellen, wird mit der Logik der Industrie argumentiert, aufgrund der prognostizierten Wachstumstendenzen lohne sich eine Investition in den (nachhaltigen) Tourismus besonders.

Zugespitzt wird dies durch das pauschale Argument, der Tourismus schütze durch die Finanzierung des Naturschutzes potentiell auch vor ökonomischer Ausbeutung. Der in Armut lebenden Bevölkerung bliebe nämlich oftmals keine andere Alternative, als durch den billigen Ausverkauf der Naturressourcen ihre eigene Umwelt und damit ihre ökonomischen Produktionsgrundlagen zu zer-

Nachhinkende Entwicklung

von **Tina Goethe**

▶ Mit dem Leitfaden der GTZ »Tourismus in der Technischen Zusammenarbeit« (1/99) hat die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) die Tourismusförderung wiederentdeckt. Nun ist der Tourismus und mit ihm seine Industrie bereits einer der weltweit wichtigsten Wirtschaftssektoren. Warum also jetzt Entwicklungshilfegelder für eine Branche, die ohnehin blüht und gedeiht?

Massive Kritik an den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Tourismus auf die Entwicklungsländer hatte in den 70er und 80er Jahren die Tourismusförderung als Strategie der Entwicklungspolitik in Verruf gebracht. Zuvor hatten sich Experten insbesondere positive Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung einer touristischen Zielregion versprochen. Arbeitsplätze, Devisen und Modernisierung würden durch den Tourismus ins Land gebracht. Auch der sogenannten Völkerverständigung könne das Reisen in die Ferne auf die Sprünge helfen. Ökologische Aspekte waren kaum in Betracht gezogen worden. Es herrschte das Bild vom Tourismus als »weiße Industrie ohne Schornsteine«. Beispiele für die verheerenden ökologischen Auswirkungen vieler Tourismusformen gibt es jedoch genug.

Inzwischen wird dem Tourismus auch von vielen seiner ehemaligen KritikerInnen wieder eine positivere Rolle zugesprochen. Er könne zu mehr Nachhaltigkeit beitragen, heißt es etwa in der AGENDA 21. Neben der ungebrochenen Hoffnung, das Wachstum der Branche könne zur wirtschaftlichen Entwicklung der Zielregionen beitragen, wird nunmehr gerade der Naturschutz als Argument für Tourismusentwicklung vorgebracht. »Tourismus – vorzugsweise Ökotourismus – ist längst zum unverzichtbaren Faktor im weltweiten Naturschutz geworden und leistet in diesem Zusammenhang unstreitig täglich neue Schrittmacherdienste« schreibt Jürgen Wolters in einem von der GTZ 1998 herausgegebenen Band. Dort ist die Formel vom »Tourismus als Instrument für eine nachhaltige Entwicklung« nachzulesen.

In der EZ wird bisher hauptsächlich der Ökotourismus diskutiert und als eine Form des »verantwortungsbewußten Reisens in naturnahe Gebiete« propagiert, die »negative Umweltauswirkungen und sozio-kulturelle Veränderungen zu minimieren sucht, zur

stören. Dabei zeigen genügend Beispiele, wie gerade durch eine Nationalpark- und Naturschutzpolitik lokale Gemeinschaften ihre traditionelle Landnutzung nicht mehr ausüben durften und so Eigenständigkeit gegen zunehmende Abhängigkeit eintauschen mußten. Zwar enthält der CSD-Beschluß die Forderung, Aussiedlungen lokaler Gemeinschaften zu verhindern. Die von NGOs angemahnte Aufnahme der Land- und Ressourcenrechte für indigene Bevölkerungsgruppen wurden jedoch nicht in das Schlußprotokoll aufgenommen.

Weichgeklopft an runden Tischen

► Auf diese Weise gerät die ursprüngliche Kritik der Umweltbewegung an der Naturzerstörung zu ökologisch begründeten Diktaten. Während die Reisenden dank prall gefüllter Geldbeutel mit dem Kauf eines Ökolabel-Nobelangebotes ihre ganz persönlichen Öko-Bilanzen moralisch sauber halten, dürfen die lokalen Gemeinschaften jetzt als »Naturinterpreten« und TouristenführerInnen ihr Wissen über die Bedeutung der einheimischen Pflanzen jedeR BesucherIn präsentieren und sich damit das überlebensnotwendige Taschengeld verdienen. Diese touristische Form der nachhaltigen Nutzung einer Naturlandschaft reduziert die lokale Bevölkerung auf ihre Erhaltungsarbeit für ein Schutzgebiet. Sie wird für eine monetäre Inwertsetzung funktionalisiert, die mit dem Recht auf eine eigenständige Entwicklung nichts mehr gemeinsam hat.

Letztendlich entpuppt sich die Aufnahme der Forderung nach Umwelt- und Sozialstandards und nach demokratischen Prozessen wie der »Partizipation« in den CSD-Prozeß als formale Absorption einzelner Elemente aus dem Diskurs der Umweltdebatte und der sozialen Bewegung. Die Wahrnehmung des Tourismus als soziales und ökologisches Problem und die Entwicklungsvorstellungen der VertreterInnen aus dem Süden bleiben weitgehend außen vor. Vielmehr werden westliche Standards von Umweltverträglichkeit und sozialer Gerechtigkeit Schritt für Schritt und unter der gutgemeinten Beteiligung westlicher Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen institutionalisiert, globalisiert und – rechtlich abgesichert – in eine ökonomische Wachstumsideologie integriert. Die konfliktnegierende Propagierung des – mehr oder weniger »nachhaltigen« – Tourismus als Entwicklungsweg ist ein Modell, das ganz im Sinne westlicher ökonomischer Interessen steht und die Herrschaftsverhältnisse zwischen reisender und bereister Gesellschaft nicht aufzubrechen vermag.

Damit ist zu befürchten, daß die Teilnahme der Nord-NGOs am CSD-Prozeß die Reproduktion herrschender Politikmuster nicht nur fördert, sondern daß diese in weichgespülter Form auch konsensfähig werden. Dem voraus ging auf Seiten der NGOs der wachsende Überdruß an der ständigen Wiederholung verbalradikaler, aber scheinbar wirkungsloser Positionspapiere. Die Skepsis gegenüber »runden Tischen« wich dann der Hoffnung, dort mehr als nur folgenlose Absichtserklärungen zu erreichen. Was manch einer engagierten Lobbyistin nun bleibt, ist lediglich die Hoffnung, daß der demnächst zu erstellende nationale Nachhaltigkeitsplan in Deutschland nicht unter die von NGO-Seite formulierten Standards fällt und Verpflichtungen festschreiben möge, die deutlich über die CSD-Beschlüsse hinausgehen. Ein geringer Trost angesichts der Relevanz derartiger Pläne im globalen Liberalisierungskonzert der internationalen Wirtschaftspolitik.

Anmerkungen:

1 - Economic and Social Council, CSD-7: Draft decision on tourism and sustainable development (E/CN,17/1999/L.6)
- Earth Negotiation Bulletin (CSD-7) Vol. 5 No 122, 124 – 131.

2 Wenngleich das verabschiedete Papier keinen völkerrechtlich bindenden Charakter hat, so dient es über die Formulierung von Politikempfehlungen hinaus zumindest als Grundlage, nationale Berichte hinsichtlich der Umsetzung des Aktionsprogramms einzufordern. Das soll bis zum nächsten Erdgipfel im Jahre 2002 (Rio +10) geschehen. Zwar hat die CSD keine direkte Kontrollfunktion und die für eine Überprüfung notwendigen Indikatoren sind bislang nicht erstellt worden. Da die NGOs ihre eigenen, alternativen Berichte abgeben können, lassen sich jedoch die oftmals geschönten Berichte der Mitgliedstaaten über die Umsetzung der Rio-Beschlüsse in ein doppeltes Licht setzen.

3 Annette Groth: The predominance of the North tends to lead the South. Interview with Nina Rao, in: Integra 2,99: 12 – 13

4 vgl. Christine Plüss (1999): Die Mär vom nachhaltigen Wachstum des Tourismus, in: Forum Umwelt und Entwicklung, Rundbrief 1/1999: 3-5.

► **Martina Backes** ist Mitarbeiterin im Projekt '**FernWeh** – Forum für Tourismus und Kritik' im **iz3w**.

Finanzierung von Schutzgebieten beiträgt und Einkommensmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung schafft«. Insbesondere die Finanzierung des sonst scheinbar unbezahlbaren Naturschutzes wird von den BefürworterInnen hervorgehoben. Ökotourismus biete (der lokalen Bevölkerung) einen ökonomischen Anreiz zum Erhalt von Naturräumen und Biodiversität. Zudem trete er oft an die Stelle anderer, die Umwelt sehr viel stärker belastenden Landnutzungsweisen, so z.B. landwirtschaftlicher Export-Monokulturen oder irreparabler Brandrodung. Denn gerade beim Naturtourismus handele es sich um eine der wenigen nichtkonsumptiven Wirtschaftsaktivitäten, die zu einer nachhaltigen Inwertsetzung von Naturgebieten beitragen könnten.

Die Autoren geben zu, daß die durch den Flugverkehr verursachten ökologischen Schäden in diesem Konzept nicht berücksichtigt sind. Doch obwohl nicht zuletzt deshalb der Ferntourismus grundsätzlich nicht nachhaltig ist und in seiner Summenbilanz unter sozialen wie ökologischen Gesichtspunkten mehr Schaden anrichtet als Nutzen bringt (Wolters 1998), hat dies für die Brauchbarkeit des Ökotourismus in der EZ offenbar keine Folgen. Eine umfassende Lösung sei nicht in Sicht, also müsse mit den existierenden Problemen pragmatisch statt grundsatzkritisch umgegangen werden.

Ökotourismus schützt nicht vor Ausbeutung

Offen bleibt bei dieser Strategie, wer »Natur« nach welchen Maßstäben »in Wert setzt«. Werden die Kosten und Subventionen der für TouristInnen benötigten Infrastruktur eingerechnet? Wie werden (traditionelle) Landnutzungsarten gewertet, die nicht direkt monetär zu bestimmen sind? Was geschieht mit der kulturellen bzw. religiösen Bedeutung von Stätten oder Gegenden, wenn diese auf dem Weltmarkt handelbar sind? Degradiert nicht die touristische »Inwertsetzung von Natur und Kultur« Menschen als Träger bestimmter »Kulturen« zu Waren? Der Ökotourismus jedenfalls kündigt da keine Wende an und auch er schützt die Menschen nicht vor ökonomischer Ausbeutung.

Nun sind Antworten auf so grundsätzliche Fragen von den Institutionen der EZ nicht zu erwarten. Doch auch der Großteil tourismuskritischer NGOs ist dermaßen im Nachhaltigkeitsdiskurs vertieft, daß kaum Zeit bleibt, Alternativen zur Tourismusentwicklung in der Dritten Welt anzudenken. Geprägt von der Einsicht, das man doch niemandem das Reisen verbieten könne, überwiegt auch hier das pragmatische Bemühen um Schadensbegrenzung. Dabei hinkt das Ökoprinzip der touristischen Gesamtentwicklung weit hinterher.

► **Tina Goethe** ist Mitarbeiterin im Projekt '**FernWeh** – Forum für Tourismus und Kritik' im **iz3w**.

Die Wut der 70 Prozent

Interview mit Karim Yousfi, Vorstand der algerischen Jugendorganisation RAJ

In Algerien scheint sich das Ende des Bürgerkrieges abzuzeichnen. Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen Militärs und Islamisten könnte allerdings ein Übereinkommen stehen, in dem sich alle Beteiligten verständigen, wie sie ihre im Krieg errungenen Machtpositionen in den Frieden hinüberretten. Organisationen, die sich weder der einen noch der anderen Seite zurechnen wollen, kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Zu ihnen zählt die Jugendorganisation RAJ, ein landesweiter unabhängiger Jugendverband. Auf Einladung von ai, Pro Asyl, algeria-watch und Connection e.V. reisten zwei Vertreter von RAJ durch Deutschland und die Schweiz. Sie setzen sich für eine Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen und Massaker in Algerien ein und fordern den Schutz von Flüchtlingen, Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren vor Abschiebung nach Algerien.

► **iz3w:** *Das RAJ wurde 1993 von rund zwanzig engagierten Jugendlichen gegründet. Das war gut ein Jahr nachdem die Militärs die Wahlen zur Nationalversammlung abgebrochen hatten und sich selbst an die Macht setzten, weil sich ein klarer Sieg der Islamisten abzeichnete. Hat sich RAJ als Antwort auf die daraufhin losbrechende Gewalt gegründet?*

► **Karim Yousfi:** Nein, die Auseinandersetzung zwischen Militär und Islamisten stand damals nicht unmittelbar im Vordergrund. Wohl waren wir Jugendlichen frustriert, weil das Versprechen der Demokratisierung von 1988 nicht eingelöst wurde. Aber das war eher eine Frustration über Jahrzehnte der verpaßten Entwicklung unseres Landes. Wir haben eine allgemeine Selbstorganisation der Jugendlichen im Blick. Die Jugend – das heißt alle unter 30 Jahren – macht 70 Prozent der algerischen Bevölkerung aus. Sie ist die Zukunft des Landes. Deshalb wollen wir sie, uns, sensibilisieren für soziale wie kulturelle und politische Themen. Anfangs haben wir vor allem zu Themen der Drogen- und AIDS-Problematik Veranstaltungen organisiert. Diskussionen, Theaterstücke, Ausstellungen und Konzerte.

Später seid Ihr dann mit politischen Erklärungen gegen die im Bürgerkrieg von beiden Seiten ausgeübte Gewalt an die Öffentlichkeit getreten. Wie kam es zu dieser Entwicklung?

► Die RAJ-Aktiven haben sich 1995 zu diesem Schritt entschlossen, als die Gewalt eskalierte. Vorher haben sich die Mörder auf unbequeme Intellektuelle konzentriert. Plötzlich aber war die ganze Bevölkerung betroffen von offenbar willkürlichen Massakern. Lokale Politiker machten ihr Geschäft mit dem losbrechenden Krieg. Angesichts des schieren Krieges sahen wir für uns als überparteiliche Jugendorganisation keine Möglichkeit mehr, weiter zu schweigen. Wir gaben Presseerklärungen heraus, in denen wir den islamistischen Terror verurteilten, aber auch auf die Rolle des Militärs bei der Gewalteskalation hinwiesen. Wir sammelten unter dem Motto »Paix aujourd'hui, Droits pour toujours« 20. 000 Unterschriften. Daraufhin konnten wir unsere Versammlungen nicht mehr in öffentlichen Räumen abhalten, sondern organisierten in privaten Räumen unsere Zusammenkünfte mit Schülern und Studenten und mit anderen demokratisch orientierten Verbänden.

Das Rücknahmeabkommen....

... zwischen Deutschland und Algerien regelt, wie abgelehnte Asylsuchende (98% aller Anträge von AlgerierInnen werden abgelehnt) abgeschoben werden können. Die vor einigen Wochen zwischen der algerischen und der rot-grünen Regierung getroffene Übereinkunft sieht vor, daß die algerischen Konsulate die Abzuschiebenden schneller mit den notwendigen Papieren ausstatten und sie im Flugzeug vom BGS an algerische Sicherheitskräfte übergeben werden. Pro Asyl liegen Berichte vor, wonach abgeschobene Flüchtlinge nach ihrer Rückkehr in Algerien inhaftiert und gefoltert wurden. Menschenrechtsorganisationen fordern seit Jahren einen Abschiebestopp für AlgerierInnen, da niemand deren Sicherheit garantieren könne. Ähnliche Rücknahmeabkommen bestehen im Rahmen von EU-Assoziationsverträgen auch mit anderen Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas. Diese Staaten verpflichten sich dazu, im Gegenzug für den Erhalt europäischer Mittel und die Möglichkeit erhöhter Exporte in die EU neben größeren Importkontingenten von EU-Waren auch Flüchtlinge zurückzunehmen.

Und nimmt man Euch wahr in Algerien – als ein Zusammenschluß von Jugendlichen ?

► Wir sind bekannt. Die Öffentlichkeit nennt uns die »Enragés« – die Wütenden. Das ist abgeleitet von unserem Namen RAJ, das sich wie »Rage« – (zu deutsch Wut) ausspricht. Unsere Arbeit ist gefährlich. Viele waren schon verhaftet. Wenn wir nicht unter so repressiven Bedingungen arbeiten müßten, würden sicher noch mehr Jugendliche mitmachen. Jetzt zählen wir 4.000 Mitglieder. Unsere Vereinskultur ist attraktiv, RAJ hat keine Funktionäre, die mit RAJ immer älter werden. Unsere Präsidentin ist erst 20 Jahre alt. Viele arbeiten nur periodenweise mit, und RAJ lebt von dieser Fluktuation.

Ihr werbt in den europäischen Staaten für Unterstützung der Forderung nach einem »Nationalen Dialog« in Algerien. Daran sollen alle politischen Kräfte teilnehmen. Welchen Beitrag für den Demokratisierungsprozeß erwartet Ihr von den Islamisten?

► Die Islamisten gehören für uns ganz selbstverständlich mit an den Runden Tisch. Ihre noch immer verbotene Partei, die FIS, ist – anders als das offenbar viele Leute hier in Europa wahrnehmen – durchaus keine homogene Bewegung, die unisono den militanten Islamismus unterstützt. Die Islamisten repräsentieren nun einmal einen Großteil der Bevölkerung, die sich an islamische Werte gebunden fühlt. Das müssen wir als Demokraten akzeptieren, auch wenn die FIS kein Träger eines wirklich demokratischen Projektes ist. Denn sie tritt für ein islamisch orientiertes Staatswesen ein. Meiner Meinung nach müßte deshalb in einer neuen Verfassung für Algerien die Trennung von Staat und Religion festgeschrieben werden. Dann wäre die Macht der Islamisten auch im Falle ihrer Regierungsübernahme begrenzt.

Die Forderung nach einer Trennung von Staat und Religion wird aber nicht vom RAJ insgesamt unterstützt?

► Das RAJ als Institution hat sich hierzu keine eindeutige Meinung gebildet – wir diskutieren noch. Außerdem will das RAJ schließlich keine einzelne politische Richtung repräsentieren. In RAJ sind tatsächlich alle Richtungen vertreten – Rechte wie Linke, Religiöse wie Laizisten und Leute wie ich selbst, die von den Ideologien einfach die Nase voll haben.

Die AIS (Armée Islamique du Salut; der bewaffnete Arm der FIS; d. Red.) hat einen Waffenstillstand ausgerufen, Wahlen haben stattgefunden. Befindet sich Algerien wieder auf dem Weg in die Demokratie?

► Das hoffen wir alle, aber noch ist das Bild trügerisch. Die April-Wahlen waren keine. Am Wahltag gab es nur noch einen Präsidentschaftskandidaten – Bouteflika, den von der Miltärjunta bevorzugten Kandidaten. Die anderen sechs Kandidaten haben ihre Kandidatur aus Protest gegen Manipulationen noch am Tag vor der Wahl zurückgezogen. Auch die Gewalt hat noch lange kein Ende gefunden. Jeden Tag geht irgendwo eine Bombe hoch. Die GIA (Groupement Islamique armé; größte der nicht von der FIS kontrollierten islamistischen Guerilla, die mittlerweile militärisch stark geschwächt ist; d.Red.) weiß von keinem Waffenstillstand, und die zahlreichen Milizen, die teilweise durch das Militär zur »Selbstverteidigung« bewaffnet wurden, sind auch noch aktiv. Einige Teile des Landes werden inzwischen quasi von diesen Gruppierungen »regiert«. Diesen bewaffneten Gruppen steht der Großteil der Bevölkerung gegenüber. Die Leute wollen ein Ende der Gewalt und eine Demokratisierung. Das ist das hoffnungsvolle Element an der Entwicklung heute. Denn nun hat die Bevölkerung auch wieder politische Repräsentanten, die sich für den Frieden einsetzen: Die sechs Kandidaten, die unterschiedlichen Parteienbündnissen angehören, haben am 15. Mai ein gemeinsames Manifest verfaßt, in dem sie ebenfalls einen Runden Tisch für die Demokratisierung Algeriens fordern.

Wo seht Ihr das größte Hindernis für eine solche Entwicklung – beim Militär oder bei den bewaffneten Islamisten der GIA?

► Die Hauptverantwortung liegt bei den Miltärs. Es muß sich aus seiner vorherrschenden Rolle in Politik und Gesellschaft zurückziehen. Eine vom Militär unabhängige Regierung könnte die Gewalt der terroristischen und mafiosen Gruppen effektiver bekämpfen. Denn leider gibt es unter den Militärs zuviele, die an dem Krieg verdienen. Unser neuer Präsident Bouteflika hat nun angekündigt, mit diesen bewaffneten Gruppen, die doch gar nicht über ein politisches Kommando verfügen, verhandeln zu wollen. Unserer Ansicht nach ist das der falsche Schritt. Was wir brauchen, sind Verhandlungen mit allen politischen Gruppierungen und eine Untersuchungskommission, die die Hintergründe der Massaker aufklärt. Die westlichen Staaten sollten uns in diesen Forderungen unterstützen – und nicht etwa wie Deutschland ein Rücknahmeabkommen mit dem jetzigen Regime abschließen. Nach Algerien darf nicht abgeschoben werden.

Die Fragen an Karim Yousfi stellte Bettina Stang.

Krieg der »hittistes«

► In einer im vergangenen Jahr erschienenen Studie zum algerischen Bürgerkrieg zählt Luis Martínez neben einer Gruppe sehr reicher Unternehmer, vielen Kleinhändlern und den militanten Gläubigen vor allem die seit den 80er Jahren wachsenden Kohorten arbeitsloser Jugendlicher, die als »hittistes« (»Mauerstützer«, die an Hauswänden lehnend herumlungern) bezeichnet werden, zu den treibenden Kräften der islamistischen Erhebung. Willkürliche Hetzjagden der Sicherheitsorgane gegen »hittistes«, bereits seit 1988 und verstärkt nach dem Verbot der FIS, haben die Disposition zur Gewalt befördert und der Vorstellung einer totalen Konfrontation Vorschub geleistet. Die MIA (Mouvement Islamique Armé) und die GIA konnten sich dort, wo sie im Hinterland einen Fokus gebildet hatten, vor Freiwilligen kaum retten und schickten die meisten Jugendlichen zurück in die Vorstädte. Dort entwickelten sie Formen lokaler Gewaltkontrolle unter einem diffusen islamischen Banner. Diese Gewaltakteure verselbständigten sich politisch und bildeten unter der Führung fast noch jugendlicher »Emire« konkurrierende, territorial beschränkte gewalt- und wirtschaftskriminelle Vereinigungen.

Martínez schärft den Blick für die Rolle der »Emire« als lokale Gewaltakteure. Seine Beschreibung der relativen Konsolidierung von »gewaltgestützten Emiraten« in Zonen, die bereits zuvor durch infomelle Ökonomie und Schmuggel aller Art gekennzeichnet waren, führt jenseits der religiösen eine ökonomisch bestimmte Handlungsorientierung in die Analyse des Krieges gegen das Regime ein. In diesem korrupten Staat sind jene neuen »Emire« in der Lage, ihre ökonomischen Interessen korruptiv und wenn notwendig mit Gewalt durchzusetzen.

Ein subtiler Wandel der Interessen einzelner Akteure vollzog sich mit der 1994 als IWF-Auflage eingeleiteten Privatisierung weiter Bereiche der Wirtschaft. Die nun ermöglichte private Aneignung von Staatseigentum und eine Konzentration wirtschaftlicher Macht macht den Bürgerkrieg für zahlreiche Gruppen profitabel. Außerdem kam die Wirtschaftspolitik des Regimes einem wesentlichen Teil des FIS-Klientels weit entgegen: Die Aufblähung des Sicherheitsapparates etwa diente nicht nur dem Schutz von Kleinhändlern. Die Rekrutierung von Selbstschutz- und Hilfsmilizen zählte überdies zu einem Bündel von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Sicherheitsbereich insbesondere für viele »hittistes«. Auch die Streitkräfte, die als einziger Teil des Staatsapparates von Strukturanpassungsmaßnahmen ausgenommen blieben, profitierten von dem Konflikt.

Verhandeln Militärs und Islamisten die Sicherung ihrer Pfründe?

Angesichts der allseitigen Effektivierung der militärischen Formationen und der ökonomischen Verwurzelung der Gewaltakteure stellt Martínez die Frage: »Sind nicht die islamistischen Gruppen und die Miltärs dabei, 'komplementäre' Gegner zu werden, die in der Gewalt des Krieges die Mittel gefunden haben, ihre Wünsche zu erfüllen?« In einem abschließenden Versuch, die Entwicklung zu prognostizieren, erkennt Martínez vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklung des Konflikts Anzeichen dafür, daß lokale »Emire« eine derart zentrale Rolle in der Reproduktion »ihrer« Kommune eingenommen haben, daß sie als Garanten einer relativen sozialen Stabilisierung zum politischen Verhandlungspartner des Regimes aufsteigen könnten. Diese 1998 formulierte These könnte jetzt aktuell werden. Denn tatsächlich stellt sich heute die Frage, ob nicht Militärs und islamistische Warlords nunmehr in Friedensverhandlungen einen Weg sehen, die während des Krieges »erwirtschafteten« Pfründe und Machtpositionen auch für die Zukunft zu sichern. Das ginge erneut am Gros der Bevölkerung vorbei. Denn der Mangel an sozialen Perspektiven und an Alternativen zur bisherigen Wirtschaftspolitik, der insbesondere die Jugendlichen in die islamistische Opposition und zur Gewalt trieb, bliebe damit unberührt.

Aus einer Rezension von Peter Lock zu: Luis Martínez, La guerre civile en Algérie, Paris 1998

Demokratisierte Krise

Indonesien rüstet sich für die Post-Suharto-Ära

von **Rainer Werning**

Die letzten Jahre brachten Indonesien zahlreiche Turbulenzen und Krisen: Nach dem Börsencrash brachen ganze Wirtschaftszweige zusammen, Investoren zogen sich aus den »Tigerstaaten« Südostasiens zurück. Gleichzeitig eskalierte der Krieg auf Osttimor. Mit dem Rücktritt des Präsidenten Suharto, den ersten freien Wahlen seit über 40 Jahren und dem bevorstehenden Referendum in Osttimor scheint eine Demokratisierung möglich. Ein Ende der ökonomischen Krise dagegen ist nicht absehbar.

► Etwa 120 Millionen registrierte wahlberechtigte IndonesierInnen waren im Juni aufgerufen, über die Zusammensetzung des neuen Parlaments zu befinden – der erste freie Urnengang nach 44 Jahren. Lediglich fünf der insgesamt 48 zur Wahl zugelassenen Parteien haben reale Chancen, die Post-Suharto-Ära maßgeblich zu bestimmen.[1] Als Sieger (mit gut 30 Prozent der Stimmen) wird die Indonesische Demokratische Partei – Kampf (PDI-P) mit ihrer Spitzenkandidatin Megawati Sukarnoputri aus der Wahl hervorgehen, der Tochter des Staatsgründers und ersten Präsidenten der Republik, Ahmed Sukarno. Ausschlaggebend dafür ist weniger ihre (vage) politische Programmatik als vielmehr die Verwandtschaft mit jener Person, die wesentlich mitverantwortlich für das Ende der niederländischen Kolonialherrschaft war, die Unabhängigkeit erstritt und für einen unabhängigen Nationalismus eintrat.[2]

Bis 1996 war Megawati Teil der von Suharto kontrollierten Politikmaschinerie. Das »P« für perjuangan (Kampf) steht für ihr Abrücken von dem Ex-General. Die Sukarno-Tochter gilt als Hoffnungsträgerin der Armen, Marginalisierten und jener städtischen Mittelschichten, die säkulare Ziele verfolgen. Zugute kommt ihr, daß ihre Partei in sämtlichen Provinzen verankert ist und von einer Reihe pensionierter Generäle unterstützt wird. Um ernsthafte Präsidentschaftsambitionen zu hegen, ist Megawati auf die Unterstützung muslimischer Parteien (allein 18 stellten sich zur Wahl) angewiesen. Doch aus diesem Spektrum mehren sich Stimmen, die eine Frau nicht ausgerechnet an der Spitze eines Staates mit der größten muslimischen Bevölkerung sehen wollen und das für unvereinbar mit dem Koran halten.

Wer immer im Herbst Präsident wird, ist mit immensen wirtschaftlichen und sozialen Problemen konfrontiert. Schon vor Aufbrechen der Wirtschafts- und Finanzkrise wurde die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung offiziell mit 7,5 bzw. knapp 40 Prozent ausgewiesen. Heute ist etwa die Hälfte aller Arbeitsplätze (rund 37 Millionen) gefährdet. Mit dem drastischen Verfall der Landeswährung Rupiah – ihr Kurs sackte im Januar 1998 auf das Rekordtief von 17.000 zum US-Dollar gegenüber etwa 2.500 im Juli 1997 und bewegt sich gegenwärtig um die 9.000-Marke – schrumpfte das Bruttosozialprodukt im vergangenen Jahr um zirka 18 Prozent. Die Inflationsrate bewegt sich auf die 100-Prozent-Marke zu.

Rasante Verarmung ...

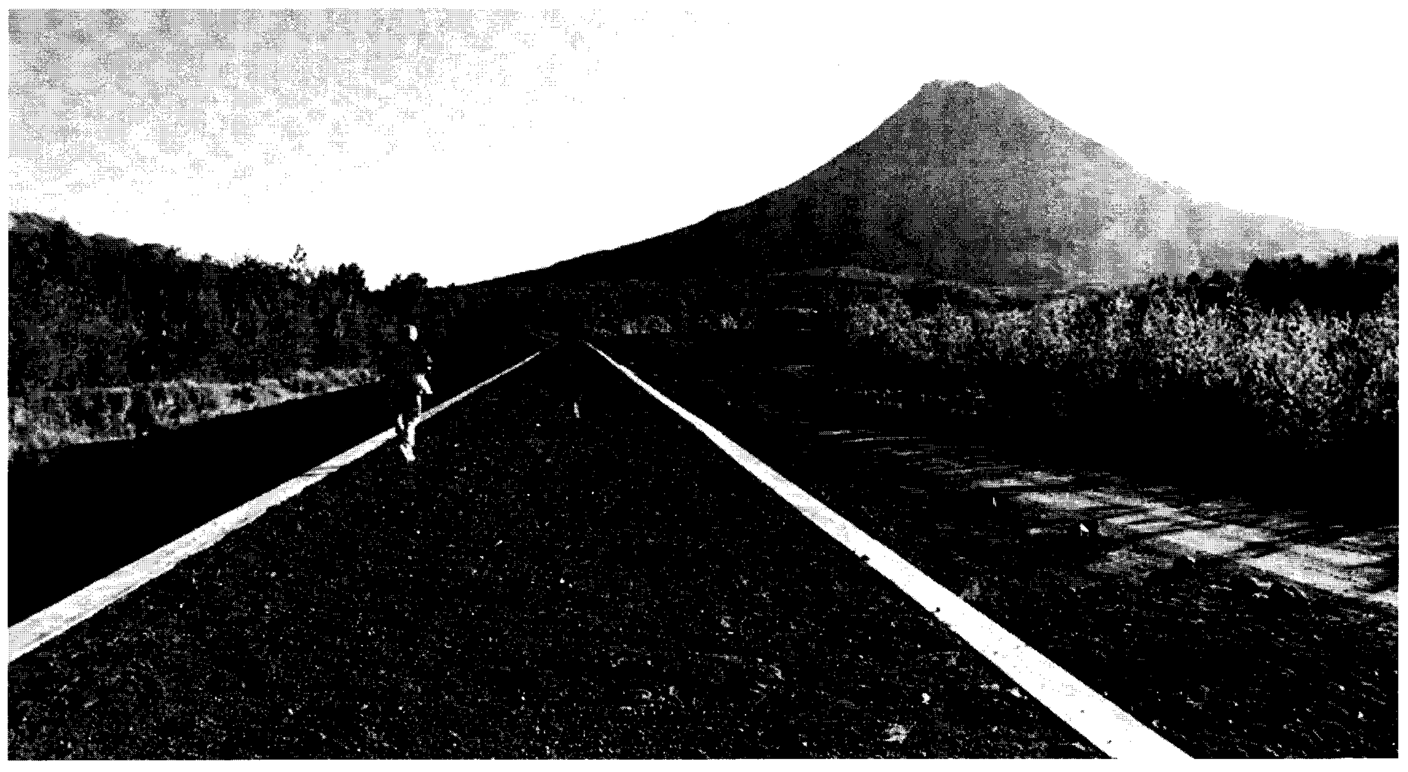
► Seit Beginn der Krise im Sommer 1997 haben etwa fünf Millionen Menschen zusätzlich ihren Arbeitsplatz verloren. Im Frühjahr 1998 bezifferte die einflußreiche Indonesian Association of Muslim Intellectuals (ICMI) die Gesamtzahl der Arbeitslosen mit 12 Millio-

Menschenrechts(ver)suche in Osttimor

► Am 7. Dezember 1975 besetzten indonesische Truppen die vormalige portugiesische Kolonie Osttimor. Bis heute betrachten die Vereinten Nationen diese Annexion als völkerrechtswidrig. Fernab medialen Interesses versackte Osttimor in Militarisierung und Pauperisierung. Amnesty international geht davon aus, daß über 200.000 der annähernd 850.000 EinwohnerInnen zählenden Bevölkerung Osttimors infolge der indonesischen Besatzung ums Leben kamen. Heute weist Osttimor die weltweit höchste Kindersterblichkeitsrate auf, mindestens 70 Prozent der Kleinkinder sind unterernährt. Bereits 1994, als das Wort Wirtschaftskrise in Indonesien und der gesamten Region Südostasien noch ein Fremdwort war, konstatierte ein UN-Bericht: »Etwa 82 Prozent der Bevölkerung (Osttimors – R.W.) leben in Armut und über 70 Prozent der Bevölkerung unter 30 Jahren sind arbeitslos«.

Ausgerechnet der langjährige Suharto-Intimus und -Nachfolger, Präsident Bacharuddin Jusuf Habibie, verkündete Anfang des Jahres, der Osttimor-Konflikt belaste das internationale Ansehen seines Landes und dessen Staatshaushalt. Was, fragte sich Habibie, habe Osttimor eigentlich Indonesien anzubieten und lieferte gleich die Antwort mit: »Reichtum an natürlichen Rohstoffen? Nein. Menschliche Ressourcen? Nein. Technologie? Nein. Steine? Ja.« Um nicht länger ein Stein im indonesischen Schuh zu sein, solle die Region noch vor der Jahrtausendwende selbst darüber entscheiden, ob sie Autonomie, Unabhängigkeit oder den Verbleib im indonesischen Staatsverband wünsche.

Herausgefordert durch diese unerwartete Bewegung in der Osttimor-Politik waren zwei Akteure: die osttimoresische Widerstandsbewegung Fretilin und die UN. Jahrelang hatte die Fretilin politisch, diplomatisch und militärisch alles daran gesetzt, sich Gehör und Hilfe zu verschaffen. Erst die Verleihung des Friedensnobelpreises an José Ramos Horta und an den osttimoresischen Bischof Carlos Belo im Jahre 1996 rückte die zermürbte Fretilin und ihre Falintil-Guerilla ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Mit der Habibie-Erklärung geriet sie aber auch in Zugzwang; die Fretilin muß beweisen, daß sie als Garant eines friedlichen Wandels in Osttimor fungieren kann. Bereits im April entstand in Jakarta eine Kommission für Frieden und Stabilität, in der Gegner und Befürworter der Unabhängigkeit Osttimors im Beisein von



Wir machen den Weg frei – IWF

nen. Die noch Beschäftigten werden zunehmend mit erzwungenen Überstunden und abgesenkten Löhnen in die Mangel genommen. Da selbst das gesetzlich fixierte Lohnminimum seit Frühjahr 1997 nicht angehoben worden ist, dürfte es mit umgerechnet etwa 65 US-Cents pro Tag möglicherweise das weltweit niedrigste sein. Gleichzeitig sind aber die Preise aller notwendigen Bedarfsgüter exorbitant gestiegen – bis zu 200 Prozent bei Reis, Öl und Zucker. Ausgedrückt in US-Dollar, sackte das jährliche Prokopfeinkommen binnen weniger Monate von etwa $1.000 auf $230 ab. Hatte die Weltbank noch vor der Krise Jakarta bescheinigt, die Zahl der landesweit unterhalb der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung signifikant von 60 Prozent im Jahre 1970 auf 11 Prozent im Jahre 1996 gesenkt zu haben, vollzieht sich heute eine genau entgegengesetzte Entwicklung. Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben ergeben, daß gut die Hälfte der Kinder auf dem Archipel unterernährt ist, Masern und Tuberkulose auf dem Vormarsch sind, die Nahrungsmittelproduktion innerhalb eines Jahres um über fünf Prozent schrumpfte und das Land nach etlichen Jahren der Selbstversorgung wieder auf Reiseinfuhren angewiesen ist.

Allein in einem Stadtteil im Großraum Jakarta mußte die Hälfte der 120 Gesundheitseinrichtungen geschlossen werden; es fehlte an Medikamenten, die zu 70 Prozent

Vertretern der Nationalen Menschenrechtskommission und indonesischer Sicherheitskräfte über die Modalitäten des von den UN zunächst auf den 8. August angesetzten und nunmehr um zwei Wochen verschobenen Referendums beraten. Flankiert werden diese Verhandlungen von Treffen im Rahmen des Dialog- und Versöhnungsprogramms, das auf Initiative der katholischen Kirche Osttimors zurückgeht. Einen politisch-diplomatischen Punktsieg konnte die Fretilin Ende Juni verbuchen, als José Ramos Horta erstmalig seit der Annexion Osttimors nach Jakarta reisen konnte. Ein weiterer Erfolg war die Stationierung internationaler Beobachter der UN Assistance Mission to East Timor (UNAMET) in der Hauptstadt Dili.

Mehrere Faktoren erschweren allerdings eine friedliche Krisenlösung in Osttimor. Die bis zum Referendum verbleibende Zeit ist zu kurz, um einen Waffenstillstand und die Entwaffnung der Protagonisten, das Wahlprozedere und die Perspektiven der unterliegenden Seite umfassend zu klären. Je näher der Tag der Abstimmung rückt, über die ausgerechnet indonesische Sicherheitskräfte wachen sollen, umso mehr Waffen kommen in Umlauf, mit denen sogenannte »integrationistische« – sprich: pro-indonesische – Milizen, die mittlerweile etwa 20.000 Mitglieder zählen, Front gegen ihre Widersacher machen. Darüber hinaus bleibt die Unabhängigkeitsbewegung mit dem Dilemma konfrontiert, einen mit osttimoresischen Kadern besetzten Verwaltungsapparat aufzubauen. Als langjähriges Objekt externer Kolonialisierung und interner Kolonisierung ist nahezu der gesamte Wirtschafts- und Handelssektor Osttimors heute von indonesischen Geschäftsleuten aus Sulawesi, Java und anderen Inseln dominiert, die ihrerseits ein Interesse am Status quo haben.

Indonesische Sicherheitskräfte helfen osttimorischen Kadern

Die Gewinnerin der Parlamentswahlen vom 7. Juni, Megawati Sukarnoputri, hat mehrfach erklärt, daß sie gegen eine Eigenständigkeit Osttimors ist. Auffällig war auch ihr militärfreundlicher Tenor während des Wahlkampfs: Ausdrücklich lobte sie den mächtigsten Mann im Lande, den Verteidigungsminister und Oberkommandierenden der Streitkräfte General Wiranto, der es verstanden habe, das Militär aus der Politik herauszuhalten (sic!) und für Stabilität zu sorgen. Im Gegenzug haben Wiranto und andere (Ex-)Generäle der nunmehrigen Präsidentschaftsanwärterin souffliert, daß ein unabhängiges Osttimor den Unabhängigkeitsbestrebungen in den notorischen »Unruheprovinzen« Aceh (Nordsumatra) und Irian Jaya (Westpapua) Auftrieb geben und den Bestand Indonesiens gefährden könnte. *Rainer Werning*

importiert werden. All das in einem Land, das der Weltbank und dem IWF als Inbegriff einer äußerst erfolgreichen Entwicklung galt.

Die politisch und wirtschaftlich angespannte Lage schürte zunächst eine Pogromstimmung gegen die gut sechs Millionen zählende chinesische Minderheit (*vgl. hierzu iz3w 228*). Hinzu kamen Hungerproteste und Feindseligkeiten gegen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, die seit Ende der sechziger Jahre im Zuge des von Jakarta betriebenen Transmigrasi-Programms auf dem Archipel hin- und hergeschoben worden waren, um der relativen Überbevölkerung auf der Hauptinsel Java Ventile zu öffnen.

... durch falsche Rezepte

► Noch im September-Report 1997 der Weltbank hieß es: »Indonesien hat große Anstrengungen unternommen, seine Wirtschaft zu diversifizieren, es hat durch ein solides makroökonomisches Management einen wettbewerbsfähigen Privatsektor geschaffen, die Deregulierung vorangetrieben und verstärkt Investitionen in infrastrukturelle Bereiche zu lenken vermocht. Heute verzeichnen sowohl ausländische als auch einheimische Investitionen einen Boom. Indonesiens Investitionsraten haben einen stetigen Aufwärtstrend gezeigt und zählen zu den höchsten in den großen Entwicklungsländern.«

Da die Krise, und das trifft nicht nur in Indonesien zu, im Kern eine des privaten Sektors ist, der in der Vergangenheit mühelos Darlehen aufnehmen konnte, geriet auch die Standardrezeptur des IWF, in Krisenzeiten noch stärker auf Liberalisierung des Finanzsektors zu drängen und damit die Krisenanfälligkeit insgesamt zu steigern, ins Kreuzfeuer der Kritik. Der Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, mußte während einer Rede am 7. Januar 1998 in Helsinki eingestehen, daß Finanzmärkte nicht gut daran täten, einen Doppelstandard bei der Behandlung einheimischer und ausländischer Interessen anzuwenden. Einheimische Firmen seien der Gnade des Marktes überlassen, während ausländische Investoren aufgrund des IWF-Kredits an Jakarta in Höhe von 43 Mrd. US$ erweiterte Besitzrechte genössen, größere Möglichkeiten zum »debt-to-equity swap« [3] hätten und in Konkurrenz mit asiatischen Unternehmen besser gewappnet seien.

Fast gleichzeitig veröffentlichte die New York Times Auszüge aus einem IWF-internen Indonesien-Memorandum. Innerhalb des IWF, so hieß es darin, habe man erkannt, daß allein die Ankündigung, 16 als insolvent eingestufte Banken als Gegenleistung zur Gewährung des IWF-Kredits zu schließen, das Restvertrauen der indonesischen Bevölkerung in das Bankensystem erschüttert und über zwei Dritteln sämtlicher Finanzinstitute im Lande zusätzlich zwei Mrd. US$ entzogen habe. Um die Auslandsverschuldung von etwa 140 Mrd. US$ (darunter 20 Mrd. $ an kurzfristigen Fälligkeiten und 65 Mrd. $ seitens privater Nicht-Finanzinstitute) abzutragen, muß Jakarta strenge Auflagen einhalten: Die Inflationsrate darf nicht über 20 Prozent anwachsen, Subventionen bei Brennstoffen und Mehrwertsteuerbefreiungen sind abzuschaffen, die Zölle auf sämtliche importierten Nahrungsmittel müssen bis zum Jahr 2003 um fünf und auf nicht-agrarische Erzeugnisse um zehn Prozent gesenkt werden, 12 Megaprojekte (in die auch Suhartos sechs Kinder involviert waren) sind auszusetzen und der Handel mit Agrarprodukten wie Cashewnüssen, Nelken und Vanille ist zu liberalisieren. Eine erfolgreiche Umsetzung dieser IWF-Auflagen könnte den sozialen und politischen Frieden gefährdeten. »Paukt er (der IWF – R.W.) seine Politik durch«, so der Indonesien-Experte der Hongkong and Shanghai Bank, Steve Gibbs, »muß er mit weiteren Unruhen rechnen. Gibt er indes nach, wird ihm vorgeworfen, er habe in Indonesien westliche Steuergelder verschwendet.«

Philippinisches Vorbild?

► Die in südostasiatischen Medien mitunter bemühte Analogie zu den Philippinen nach dem Sturz von Marcos (Februar 1986), als Corazon Aquino ihn auf den Wogen einer Massenbegeisterung als Präsidentin ablöste, trifft in mehrfacher Hinsicht nicht zu. Megawatis Partei ist seit langem landesweit verankert und politisch mit dem Hauptproblem konfrontiert, welche Koalitionspartner und kooptierbaren Militärs [4] sich einer möglicherweise von ihr geführten Regierung anschließen. In den Philippinen war demgegenüber das Militär (teilweise heftig) zerstritten und fragmentiert; einige Fraktionen zettelten gar gegen die neue Präsidentin mehrere Putschversuche an. Anders als auf den Philippinen ist in Indonesien eine linke, gar marxistische Opposition nach den blutigen Massakern der Militärs 1965/66, in deren Folge sich Suharto als neuer starker Mann etablierte, physisch nahezu liquidiert und sind überlebende Restkader schwer traumatisiert worden. Ein (auf den Philippinen zumindest bei Aquinos Machtantritt vorhandenes) starkes politisches Untergrundbündnis und eine ihm angeschlossene Guerillabewegung wie die Neue Volksarmee (NPA) existieren nicht.

Außerdem wird der demokratische Prozeß auf den Philippinen allzu positiv gezeichnet. Trotz aller Hosiannah-Rufe, unter Aquino sei die Demokratie wiederhergestellt worden, war es ausgerechnet Aquino, die damals auf Druck des Militärs den Linken den »totalen Krieg« erklärt und das Land in einen »low-intensity conflict« geführt hatte, dem mehr engagierte Menschenrechtsanwälte und Medienvertreter zum Opfer fielen als während der gesamten Marcos-Ära.

Megawatis Problem ist nicht die Bekämpfung von Sezession und Rebellion, sondern die Durchsetzung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die dem in der gesamten Region Südostasien am schnellsten und tiefsten pauperisierten Land unter Einbindung demokratischer Organisationen sowie regierungsunabhängiger NROs und Gewerkschaften eine entwicklungspolitische Perspektive jenseits des Suharto-Erbes eröffnet.

Anmerkungen:

1 Golkar, die sich als Partei des im letzten Jahr gestürzten Präsidenten Suharto stets zwischen 65 und 75 Prozent der Stimmen »gegönnt« hatte, dürfte diesmal zirka 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Seit Suhartos Rückrtritt bemüht sie sich um ein neues Image; Führungspersönlichkeiten haben sich für vergangene Freveltaten öffentlich entschuldigt. Die Nationale Mandatspartei (PAN) von Amien Rais ist die einzige Partei, die wirtschaftspolitische Überlegungen in den Wahlkampf hineintrug. Als langjähriger Vorsitzender der 28 Millionen Mitglieder starken islamischen Sozialorganisation Muhammadiyah genießt Rais noch immer großes Ansehen in der muslimischen Wählerschaft. Seitdem er den Vorsitz dieser Organisation zugunsten einer politischen Karriere aufgab, hat er sich in öffentlichen Auftritten als Verfechter säkularer Interessen gegeben und sich mit einem kompetenten Mitarbeiterstab aus Muslims, Christen und Chinesen umgeben. Die Nationale Erweckungspartei (PKB) von Abdurrahman Wahid dürfte sich mit etwa 13 Prozent der Stimmen als gewichtigste muslimische Partei positionieren. Die Vereinigte Entwicklungspartei (PPP) unter Vorsitz von Hamzah Haz, Minister für Investitionen im Kabinett Habibies, war unter Suharto neben der PDI als zweite Oppositionspartei zugelassen und kann als Scharnier zwischen PAN und PKB wirken.

2 Auffällig ist heute die sich um Sukarno rankende Mythenbildung: Außer acht gelassen wird, daß er 1957 das Kriegsrecht ausrief und von 1959 bis 1965 mittels Präsidialdekreten und »Gelenkter Demokratie« herrschte, die Suharto seinerseits in die »Neue Ordnung« überführte.

3 »Dept-to-equity swap« sind Tauschgeschäfte, die es privaten Investoren ermöglichen, Schuldscheine des verschuldeten Staates bei den Gläubigern zu günstigen Konditionen aufzukaufen und damit Anteile an Staatsbetrieben zu erwerben.

4 Die »Doppelfunktion« der Militärs bleibt tabuisiert. Neben ihrer eigentlichen Rolle nehmen sie auch innenpolitische Funktionen wahr. Sie erhalten automatisch 38 Sitze im 500-köpfigen Parlament. Die Beratende Volksversammlung, die im Spätherbst den Präsidenten und Vizepräsidenten wählt, setzt sich aus dem gesamten Parlament sowie weiteren 200 ernannten und auf lokaler Ebene indirekt gewählten Personen aus verschiedenen gesellschaftlichen Verbänden und Gruppierungen zusammen. Mithin sind 34 Prozent dieser Versammlung nicht durch direkte demokratische Wahlen legitimiert. Dort können die Mehrheitsverhältnisse gänzlich anders aussehen als im Parlament.

► **Rainer Werning** ist Geschäftsführer der Freiburger Stiftung für Kinder, Vizepräsident des International Forum for Child Welfare (IFCW) in Genf und arbeitet schwerpunktmäßig zu Südostasien.

Editorial

▶ *Als das 'Jahrhundert der Lager' charakterisiert der Soziologe Zygmunt Baumann unser 20. Jahrhundert. Vor allem hat er dabei die totalitären Regime mit den Millionen Opfern in ihren Vernichtungs-, Arbeits- und Erziehungslagern im Blick. Diese sind ihm jedoch nicht Synonym für menschliche Abwege in der Geschichte, sondern stellen sich als die Kehrseite der Moderne mit ihren Attributen von Kontrolle und Disziplinierung des Menschen dar. So setze sich die totale Herrschaft des Menschen über den Menschen fort, wie sie in der Existenz von Lagern ihren extremsten Ausdruck fand (und findet).*

Damit ist auf die Kontinuität von Elementen der kalten Seite einer Moderne hingewiesen, die das Individuum der Ökonomie, dem Kollektiv, der Funktionalität unterordnet. Der moderne Staat richtet »seine« Nation mittels Abgrenzung, Diskriminierung, Degradierung bis hin zur Vernichtung von »anderen« zu. Nichts anderes sprach vor kurzem Günther Grass an, als er Abschiebelager und Abschiebung von Flüchtlingen eine Fortsetzung von ethnischer Säuberung nannte. Das setzt nicht Massenmord und Abschiebung gleich. Es deutet aber Parallelen an, denn auch in Sammel- und Abschiebelagern werden die Überflüssigen, die Unerwünschten, die Unzugehörigen versammelt und entrechtet, um sie so schnell wie möglich aus der »Gemeinschaft der Gleichen« rauszuwerfen.

Trotz dieser Elemente von Kontinuität ist unser Themenblock weitgehend historisch. Zum einen fragten wir uns, ob mit den totalitären Regimen auch die Zeit von Lagern, in denen Menschen in Massen zusammengebracht, der Vernichtung, dem Verhungern und/oder der Umerziehung ausgeliefert werden, zu Ende geht. Lager, in denen Recht und Leben des einzelnen nichts gilt, gibt es zwar weiterhin etwa in China, in Nord-Korea, in Birma oder seit Kriegsausbruch in Äthiopien für Menschen eritreischer Abstammung. Andernorts jedoch, wie in manchen Staaten Lateinamerikas, scheint die direkte Repression anderen »zivileren« Herrschaftsinstrumenten gewichen zu sein.

Zum anderen ist es nicht unser Ziel, einen allgemeingültigen, überhistorischen Begriff des Lagers zu entwickeln, dessen Bandbreite im allgemeinen Sprachgebrauch von Ruanda oder Kosovo bis nach Auschwitz reicht. Im Gegenteil wird erst im vergleichenden Nebeneinander die Unmöglichkeit einer Gleichsetzung deutlich. Vor diesem Hintergrund halten wir Baumanns These von der Kontinuität der modernen Disziplinierung des Menschen in modernisierten Formen für diskussionswürdig.

die redaktion

Über Stärken und Schwächen eines Begriffs

»Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen. Es kann geschehen, überall.« (Primo Levi)

von **Jörg Später**

Der Schatten von Auschwitz ist der bei weitem längste des sich seinem Ende neigenden Jahrhunderts. Vielleicht kann man sogar mit Zygmunt Bauman behaupten: Während das 17. Jahrhundert als eines der Vernunft, das 18. als eines der Aufklärung und das 19. als eines der Revolution gelten kann, muß das 20. Jahrhundert als das der Lager bezeichnet werden.

▶ Auch am Ende des 20. Jahrhunderts ist »das Lager« noch in aller Munde: Hunderttausende Kosovaren harren in Mazedonien und Albanien einer ungewissen Zukunft, Gerüchte um Kriegsgefangenenlager dienten als Legitimation des Bombenkrieges gegen Jugoslawien. Die BILD-«Zeitung« betitelte einen Artikel zu Beginn des Krieges: »Sie gehen ins KZ«, und der heißgelaufene Scharping ließ keine Gelegenheit aus, Jugoslawien mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu vergleichen. Krieg, Flucht, Leid und Verwaltung des Elends – Europa, oder besser: den Balkan hat das heimgesucht, was in großen Teilen der Erde im Grunde nichts besonderes ist. Beschrieben wird diese Katastrophe mit den Metaphern der Vernichtungspolitik Deutschlands gegen die Juden im Zweiten Weltkrieg. In diesem Propagandakrieg wird die Fragwürdigkeit des Bildes vom »Jahrhundert der Lager« überdeutlich. Und doch hatte der von Zygmunt Bauman in die Diskussion geworfene Begriff ursprünglich eine kritische Intention, richtete er sich doch in erster Linie gegen das selbstgefällige Gerede von der nationalen und weltweiten Zivilgesellschaft. Bauman befürchtet, daß auch nach dem Untergang der totalitären Regime die Neigung zu totalitären Handlungen nicht verschwunden ist.[1] Am Ausgangspunkt allen Übels sieht er das große moderne Projekt der letzten menschlichen Ordnung, die eine unmenschliche Ordnung ist. Das Lager sei das Schreckensbild einer transparenten, geordneten, kontrollierten Welt.

Zehn Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, seit 1960 wenigstens ein Dutzend Genozide und genozidale Massaker[2], ein ständiges Wachstum der Zahl der Gefängnisinsassen in den Industriestaaten, jährlich ein dicker Katalog von amnesty international über Menschenrechtsverletzungen und politische Gefangene – Bauman vermutet, daß sich noch kein Ende des Jahrhunderts der Lager und des Genozids abzeichnet. Zumal wir heute nicht mehr in einer Zwei-Drittel-

sondern in einer Ein-Drittel-Gesellschaft leben, immer mehr Menschen entweder vom Nationalstaat oder vom Markt ausgeschlossen werden, weil sie Fremde bzw. Nicht-Produzenten und Nicht-Konsumenten sind. Dieses Heer der Überflüssigen ist nach Bauman ein Heer der Unordnung und deshalb gefährdet.

Baumans Charakterisierung dieses Jahrhunderts wirft Licht auf das Gewaltpotential unserer modernen Gesellschaften. Betrachten wir deshalb, inwiefern er das Lager – als Prototyp dieser Gewalt – mit der Moderne in Verbindung bringt. Anschließend wollen wir uns zwei weiteren Beschreibungen der Lagergesellschaft zuwenden, um die problematischen Aspekte einer Ableitung des Lagers aus angenommenen Funktionsprinzipien der Moderne herauszuarbeiten. Abschließend soll diskutiert werden, inwiefern der Begriff »Jahrhundert der Lager« einer kritischen Theorie moderner Gesellschaften weiterhilft oder entgegensteht.


Das Lager, ... Foto: R. Maro / version

Eine moderne Einrichtung

► Der Topos vom Jahrhundert der Lager behauptet, daß die Katastrophe keine plötzliche Heimsuchung des Mittelalters, keine überraschende Engleisung eines Zuges war, der ansonsten in die richtige Richtung fährt. Er legt vielmehr nahe, daß Zivilisation und Barbarei miteinander verstrickt sind – vielleicht unentwirrbar – und daß die Lager nicht so sehr eine pathologische, sondern eine konzentrierte, bestenfalls extreme Form von leitenden Funktionsprinzipien moderner Gesellschaften sind. Der gegenwärtig radikalste Vertreter dieser These ist Zygmunt Bauman, der das Phänomen des Lagers nicht nur geschichtsphilosophisch, sondern auch von seinen Funktionsprinzipien als moderne Einrichtung einstuft. Grausamkeiten und Massaker habe die Geschichte des homo sapiens immer begleitet, teilt uns Bauman mit, doch das Lager sei zweifelsohne eine moderne Erfindung. 'Modern' meine, daß bestimmte Errungenschaften, die im Denken der Aufklärung noch mit Fortschritt und Emanzipation verknüpft waren, für die Errichtung und das Funktionieren eines Lagersystems unabdingbar seien. Rationalität etwa benötige die Fähigkeit, aus einer Distanz heraus zu handeln und lasse damit Gefühle erkalten. Und dies sei unabdingbar, denn die Effektivität des gesamten Lagersystems sei nur durch kühle Organisation zu garantieren und nicht durch blindwütigen Sadismus. Bauman nennt ein weiteres Beispiel: Technologie schalte die moralischen Zwänge des Handelns aus, indem sie durch Fragmentierung des Handelns den Handelnden vom Ergebnis seiner Handlung trenne. Damit werde ein neuer Weg der Grausamkeit geebnet: nämlich nicht-grausame Menschen zu grausamen Tätern zu trainieren. Wissenschaft schließlich bedeute unter anderem das Streben nach einer künstlerisch und rational gestalteten Ordnung, doch der Traum von einer perfekten Gesellschaft und das »Social-Engineering« bringe nicht selten das Gegenteil hervor. So taugen nach Bauman diejenigen unsere modernen Gesellschaften konstituierenden Elemente, die den Menschen zum Subjekt der Geschichte werden ließen, genauso gut dazu, ihn überflüssig werden zu lassen. Das Lager sei das extremste und – man will nach Baumans Ausführungen meinen – logische Ergebnis dieser Entwicklung. Bauman sieht nur Kontinuitäten zur »Normalität« und keine qualitativen Brüche, die die Lagergesellschaft von ihrer Außenwelt abheben.

Bauman hat zur Beschreibung des Funktionierens der Lagergesellschaft viele Beobachtungen Hannah Arendts übernommen. Ihr Zugang zum Phänomen »Lager« ist jedoch im Gegensatz zu Bauman ein historischer. Schon der Titel ihres Buches *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*[3] weist auf eine entscheidende Differenz hin. Zwar sieht auch sie die totale Herrschaft, deren Kennzeichen die Lager sind, aus der bürgerlichen Gesellschaft entstehen: Ohne die Zeitalter des Antisemitismus und des Imperialismus hätte es keine totale Herrschaft gegeben. Es handele sich, so Arendt, aber um Ursprünge, nicht um Ursachen. Die von Bauman behauptete Kausalität sieht sie nicht: die Lager haben einen historischen Ort und können nach dem Ende der totalen Herrschaft auch wieder verschwinden. Ebenfalls im Gegensatz zu Bauman charakterisiert sie die Konzentrationslagergesellschaft als »Irrsinnswelt«. Von irgendwelchem Nutzen des Terrors oder ökonomischen Interessen könne nicht gesprochen werden, die Lager seien um ihrer selbst Willen da. Arendt verweist darauf, daß das entscheidende Merkmal der Opfer ihre Unschuld ist. Gerade die Vernichtungslager waren bestimmt für Juden oder Zigeuner »überhaupt« und dienten nicht als Abschreckungs- oder Strafmaßnahmen für eine potentiell renitente Bevölkerung. Während sie das Lager selbst also als unzweckmäßig einstuft, bestimmt sie den Prozeß seiner Zurichtung und Präparierung für einen herrschaftsrationalen Blickwinkel als einsichtig und zweckvoll: Heimatlose, Staatenlose, Rechtlose, wirtschaftlich Überflüssige, sozial Unerwünschte sollten hier konzentriert werden. Mehr noch: Gerade die Unzweckmäßigkeit des Lagers diene einem höheren Zweck, nämlich dem totaler Herrschaft. Sie seien Laboratorien der totalen Bemächtigung des Menschen, das Gesellschaftsideal für die totale Herrschaft. Die Erniedrigung, Verdinglichung und die schließliche Ausrottung von Menschen verkündeten die Botschaft, daß Menschen überflüssig seien.

Laboratorien totaler Herrschaft

► Die Dynamik totalitärer Gesellschaften sieht Hannah Arendt in Ideologien, die behaupten, den Schlüssel zur Geschichte oder die Lösung aller Rätsel gefunden zu haben. Sobald ihr Anspruch auf absolute und totale Geltung ernst genommen werde, entwickelten sie sich zu logischen Systemen, in denen nun jegliches zwangsläufig folgt, weil eine erste Prämisse axiomatisch angenommen sei. Die Verrücktheit liege dabei nicht so sehr in der Prämisse, sondern im Motor des zwangsläufigen Folgerns. Das heißt, nicht Profit, nicht Macht, nicht Herrschaft mit dem Ziel der gesellschaftlichen Neuordnung, sondern der Beweis, daß die Ideologie Recht behalten habe, ist nach Arendt der letzte Grund des Lagers wie totalitärer Herrschaft überhaupt. Es gehe unter totalitärer Herrschaft nicht mehr nur noch darum, die Verhältnisse in radikaler Weise neu zu ordnen, sondern die menschliche Natur selbst zu transformieren. Die Entmenschlichung der Lager-Insassen interpretiert sie als einen Angriff auf das letzte Refugium jeglicher Freiheit, die menschliche Spontaneität.



... die Kehrseite der Moderne Foto: K. Görgen / version

In beiden angerissenen Denkfiguren ist das Lager nicht einfach von der »normalen« Gesellschaft und ihren Entwicklungstendenzen zu trennen, ob diese nun als kapitalistisch, modern oder totalitär benannt wird. Während Bauman die konsequente Fortführung der wesentlichen Momente moderner Gesellschaften in die Lager behauptet, glaubt Hannah Arendt zwar an Zufälligkeiten und Brüche der Geschichte, aber auch sie sieht das Zeitalter totalitärer Herrschaft in Verbindung zur bürgerlichen Gesellschaft. Wenn im folgenden auf einige blinde Flecken dieser gesellschaftlichen oder zivilisationsgeschichtlichen Einordnungen der Lager hingewiesen wird, soll nicht die Grundeinsicht in die Verstricktheit von Zivilisation und Barbarei, Produktivität und Destruktivität, Rationalität und Irrationalität in Frage gestellt, sondern eine Tiefenschärfe eingefordert werden, die das Schlagwort vom »Jahrhundert der Lager« zwangsläufig vermissen läßt.

Hannah Arendts zentraler Begriff, unter dem sie Entstehung und Funktionsweise der Lager subsumiert, ist der der totalitären Herrschaft. Es waren für sie die Konzentrationslager, welche die totalitäre Herrschaftsform grundlegend von jeder anderen unterschieden. Die Internierungslager beispielsweise, die es im Ersten Weltkrieg gab, waren Institutionen von ganz anderer Art. Indem sie den Gebrauch des Konzentrationslagers durch das Nazi-Regime und das Stalin-Regime miteinander verglich, zog sie Rückschlüsse über die Ähnlichkeit beider Regimes überhaupt, ja, die Analyse des Lagers ist der Schlüssel zu ihrer Theorie totaler Herrschaft: »Sowohl die Geschichte der Nazis als auch die der Sowjets belegt eindeutig, daß keine totalitäre Regierung ohne Terror auskommen und kein Terror ohne Konzentrationslager effektiv sein kann.«

Zweierlei Lager

► Dabei nivelliert sie einen zentralen Unterschied beider Lagersysteme: die Definition, wer ins Lager soll und zu welchem Zweck, also die Funktion des Lagers.[4] Der Nationalsozialismus versuchte, den Wahn der Volksgemeinschaft, der ethnisch-rassisch homogenen Gemeinschaft der Deutschen, materiell werden zu lassen. Diese Volksgemeinschaft produzierte den Schädling, dessen Definition in erster Linie über biologisch-rassistische Merkmale erfolgte und der ausgesondert werden mußte. Seine Bestimmung war die Ermordung; auch dort, wo zunächst seine Arbeitskraft ausgebeutet wurde, war dies nur ein Umweg für ein letztendlich anderes Ziel. Das stalinistische System produzierte dagegen den Verräter. Sein Ziel war die Gesellschaft ohne Widersprüche, die Eliminierung der Politik. Jeden konnte der Abtransport ins Lager treffen, die Dynamik des Terrors lag in der Paranoia des Regimes. Zum Zweck des politischen Terrorismus gesellte sich der Versuch, mit gewaltsamen Mitteln durch rücksichtslose Ausbeutung von Zwangsarbeit eine industriell nachholende Entwicklung in beschleunigter Form durchzuführen. Wenn auch die Todeszahlen des GULag die des NS-Lagersystems übertreffen, so war das eigentliche Ziel nicht die Ermordung der Häftlinge, sondern ihre erbarmungslose Ausbeutung ohne Rücksicht auf Verluste sowie die Einschüchterung der gesamten Gesellschaft.[5] Hannah Arendts Begriff der totalitären Herrschaft trifft daher bestens auf den Stalinismus zu, und auch für die innere Struktur beider Lagergesellschaften ist er im Sinne des Angriffs auf die menschliche Natur sinnvoll, wenn die Lager auch unterschiedliche Zielsetzungen – hier Terror und Ausbeutung, dort Vernichtung – hatten. Für den Nationalsozialismus als Ganzen dürfte er jedoch kaum gelten. Für diejenigen nämlich, die aufgrund ihrer Abstammung der Volksgemeinschaft zugehörten und die nicht beabsichtigten, das Regime zu bekämpfen, stand einem bequemen und sorgenfreien Leben nicht viel entgegen. Kurzum: Während der GULag in einer osmotischen Beziehung zur Sowjet-Gesellschaft stand – sozusagen eine radikale Zuspitzung des Eigenen war –, sind die Vernichtungslager die Konsequenz der Volksgemeinschaft – eine radikale Aussonderung, das Andere des Eigenen. Der Begriff des Totalitären, bezieht er sich auf das Herrschaftssystem, kann diese Differenz nicht fassen.

Die Moderne ist das Zeitalter der Planer, Visionäre und Gärtner, das Lager ist ihr Laboratorium

Übung in Sozialtechnologie

► Die historische Unschärfe des Lager-Begriffs zeigt sich bei Zygmunt Bauman noch deutlicher. Das Lager erklärt sich aus einem der Moderne als immanent vorausgesetztem universellem Prinzip: dem Drang nach Ordnung, um Ambivalenz und Chaos zu beseitigen[6]. Aus diesem Drang entstehen Entwurf, Gestaltung, Verwaltung und Technologie, aber auch immer neuer Abfall, den es wiederum zu beseitigen gilt. Auf der gesellschaftlichen Ebene fällt es dem Staat zu, seine nützlichen Pflanzen zu hegen und das Unkraut zu entfernen. Die Moderne ist nach Bauman das Zeitalter artifizieller gesellschaftspolitischer Entwürfe, das Zeitalter der Planer, Visionäre und Gärtner, das Lager ist in Anlehnung an Arendt ihr Laboratorium. Der Genozid erscheint in diesem Sinne als eine Übung in Sozialtechnologie: »Das typisch moderne Streben nach sozialer Planung und Intervention ging eine mörderische Verbindung mit der typisch modernen Konzentration von Macht, Machtmitteln und Organisationsstrukturen ein.«

Somit hat das Lager keinen spezifischen historischen und politischen Ort. Es ist logischer Kulminationspunkt eines Zivilisationsprozesses, der natürliche, triebbedingte Verhaltensimpulse durch künstliche und flexible Verhaltensformen ersetzt und dem Menschen derart eine Dimension der Unmenschlichkeit und Destruktivität eröffnet hat, die unter der Vorherrschaft natürlicher Triebe undenkbar ist. Da aber die von ihm beschriebenen Essentials der modernen Zivilisation universell sind, bleibt die Frage offen, warum der konsequente Mord an den europäischen Juden den Deutschen vorbehalten blieb und wie Sadismus und Mordlust, die den Lageralltag gleichfalls bestimmt haben, in ein solches Bild einzuordnen sind. Bauman bewegt sich auf einer solch hohen Abstraktionsstufe, daß seine These bestens dafür geeignet ist, die Spezifität der Vernichtungslager in einem »Jahrhundert der Lager«, die deutschen Verbrechen an der Menschheit in einem Zeitalter der Gewalt verschwinden zu lassen. Jean Améry hatte schon Mitte der sechziger Jahre befürchtet, daß es nicht mehr lange dauern

werde, bis Auschwitz in ein langes Jahrhundert der Gewalt eingemeindet und eingeebnet werde. Améry, der selbst Lagerinsasse von Auschwitz war, verkörpert den Kontrapunkt zu jeder Denkfigur, die einen Zusammenhang zwischen Aufklärung und Moderne einerseits und dem Schrecken der Lager andererseits annimmt.

Erste Person Singular

► Améry wehrt sich mit Vehemenz gegen jegliche Integration seiner persönlichen Erfahrungen in und mit dem Lager Auschwitz in irgendwelche groß angelegten übergeordneten Begriffe wie Moderne, Kapitalismus oder Totalitarismus. Er betont das Krankhafte des Lagers, das nicht im Windschatten der Aufklärung über die Menschheit gekommen sei, sondern dem aufklärerischen Denken und dem Humanismus gegenüber stehe. Améry ärgert sich als Getroffener darüber, daß ausgerechnet Auschwitz herhalten muß, »ein dialektisches Exerzitium zu inspirieren«.[7] Er beharrt darauf, »daß es das Wahre und das Falsche gibt, das Gute und das Böse, und daß unter Umständen sehr wohl, was wahr und gut ist, sich aufs souveränste in Sätzen sagen läßt, die den allzu Gewitzten, allzu Gespitzten als banal erscheinen«. Als im Lager geschlachtet wurde, gab es Täter und Opfer – so banal ist die Geschichte. Und vor dieser Einfachheit hätten die dialektischen Denker einen Horror, weil sie Einfachheit mit Einfältigkeit verwechselten.

Zwar gesteht er, daß er als Intellektueller im Lager an die Grenzen des humanistischen Geistes gestoßen sei, der noch an ein Jenseits des Lagers glauben konnte: »Ungeheuerlich und unüberwindlich türmte sich die Machtgestalt des SS-Staates vor dem Häftling auf, eine Wirklichkeit, die nicht umgangen werden konnte, und die darum am Ende als vernünftig erschien. Jedermann, er mochte es geistig draußen gehalten haben wie auch immer, wurde in diesem Sinne hier zum Hegelianer: Der SS-Staat erschien im metallischen Glanz seiner Totalität als Staat, in dem die Idee sich verwirklichte.« Dennoch verweigert er sich der These vom Totalitären der Aufklärung, des Kapitalismus, der Moderne oder einer Ideologie, nachdem er miterleben mußte, wie ein Lagerältester einen Häftling buchstäblich zertreten hatte. Améry betrachtet es als eine »empörende Beschränktheit, wenn die Marxisten unbeirrbar (...) das Lager als normale Frucht des Kapitalismus bezeichneten, wo doch jeder Vollsinnige einsehen mußte, daß Auschwitz nichts mit Kapitalismus oder irgendeiner beliebigen Wirtschaftsform zu tun hatte, sondern die wirklichkeitgewordene Ausgeburt kranker Hirne und pervertierter Emotionalorganismen war«.[8]

Zwar ist Kapitalismus mehr als eine beliebige Wirtschaftsform, doch lenkt Améry unsere Aufmerksamkeit zu recht auf das Besondere des Nationalsozialismus und seiner Lager. Er entdeckt es in der Funktion der Folter und des Mordes: »Die Folter war keine Erfindung des Nationalsozialismus. Aber sie war seine Apotheose. Der Hitlergefolgsmann gelangte noch nicht zu seiner vollen Identität, wenn er nur flink war wie ein Wiesel, zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl (...) Er mußte foltern, vernichten, um groß zu sein im Ertragen von Leiden anderer (...) Sie bedienten sich der Folter. Inbrünstiger aber noch dienten sie ihr.«[9] Im Zentrum des Nationalsozialismus steht das Verbrechen, ein identitätsstiftendes Verbrechen, und nicht eine Kategorie des normalen gesellschaftlichen Lebens, wie etwa der Profit. In der Verwirklichung der Volksgemeinschaft durch die Vernichtung der Ausgeschlossenen mit ganzer Seele und Hingabe, im geschichtlichen und sozialen Faktum des Wahnes von Antisemitismus und Volksgemeinschaft, in der Identität der Deutschen mit ihrem Staat liegt das Wesen des Nationalsozialismus und das besondere Deutsche in diesem Jahrhundert.

»Es ist eine empörende Beschränktheit, wenn die Marxisten das Lager als normale Frucht des Kapitalismus bezeichnen«

Abgründe der Zivilisation

► Keine Abstraktion über Lager, Gewalt, Ideologie, das Totalitäre, wo immer man es auch vermute, darf unwidersprochen über dieses Singuläre hinweggehen. Da aber das spezifische Deutsche selbst eine soziale und polit-ökonomische Konstellation ist, kommen wir andererseits ohne allgemeine Vorstellungen und Begriffe von Gesellschaft und Geschichte auch nicht aus. So grobschlächtig solche Etikettierungen wie »Jahrhundert der Lager« auch sind, sie verweisen zumindest auf zwei wichtige Gesichtspunkte, um die jede kritische Gesellschaftstheorie und jede sich einer reflexiven Vernunft verpflichtet fühlende Geschichtsphilosophie nicht herum kann. Erstens erinnert die Metapher vom Jahrhundert der Lager daran, daß die gesellschaftlichen Produktivkräfte dazu tendieren, in Destruktivkräfte umzuschlagen, wenn die Ordnung der Gesellschaft ihrer humanen Nutzung entgegensteht, und daß die Entfaltung dieser Destruktivkräfte in ihrer Wirkungskraft um so verheerender ausfällt, je entwickelter die Produktivkräfte sind. Zweitens enthält der gedankliche Zugriff auf das 20. Jahrhundert von der totalitären Erfahrung der Lager her den zwingenden Gedanken, daß sich moderne – und das heißt kapitalistische – Gesellschaftsformen nur von ihren Extremen aus angemessen erschließen lassen. Kritische Theorie kann nach den Ereignissen, die unter den Namen Auschwitz und GULag zusammengefaßt werden, nicht mehr einfach nur Krisen-, sondern muß zugleich Katastrophentheorie sein. Nicht von ungefähr beginnt Adornos und Horkheimers *Die Dialektik der Aufklärung* mit der programmatischen Frage, »warum die Menschheit anstatt in einen wahrhaft menschlichen Zustand einzutreten, in eine neue Art von Barbarei versinkt«.

Jahrhundert der Lager? Nein, wenn das Lager als Stigma des Jahrhunderts stilisiert wird, als örtliches Sinnbild unzähliger Gewalterfahrungen von Überwachen und Strafen über Ghettoisierung und tödliche Ausbeutung bis zum Massenmord um seiner selbst Willen. Ja, wenn damit auf den Abgrund hingewiesen werden soll, der – selten sichtbar – unter der dünnen Patina der Zivilisation lauert. Ob mit dem Lager tatsächlich das Scheitern jeglicher Emanzipation und das Ende des Subjektes vollzogen und angezeigt ist, wie es Adorno befürchtet, Arendt historisch auf die totalitäre Ordnung eingeschränkt sieht und Améry gänzlich bestreitet? Auf die Frage, welche Auswirkungen die Französische Revolution gehabt habe, antwortete Tschou en-Lai Anfang der siebziger Jahre: »Darüber zu entscheiden, ist noch zu früh.«

Anmerkungen:

1 Zygmunt Bauman, Das Jahrhundert der Lager?, in: Mihran Dabag und Kristin Platt (Hrg.), Genozid und Moderne, Bd. 1: Strukturen kollektiver Gewalt im 20. Jahrhundert, Opladen 1998, S. 81-99.

2 Der Begriff des Genozids beschreibt die ausdrückliche Vorsätzlichkeit, eine Gruppe zu vernichten.

3 München 1986, S. 676-702.

4 Das Lagersystem des NS war sehr vielfältig. Auf die verschiedenen Typen des Lagers soll hier nicht näher eingegangen werden. Wenn im folgenden vom Lager die Rede ist, ist damit der Typ des Vernichtungslagers gemeint.

5 Für den Vergleich Nationalsozialismus – Stalinismus siehe Dan Diner, Nationalsozialismus und Stalinismus. Über Gedächtnis, Willkür, Arbeit und Tod, in: ders.: Kreisläufe. Nationalsozialismus und Gedächtnis, Berlin 1995, S. 47-76 und Jan Philipp Reemtsma, Mord am Strand. Allianzen von Mord und Barbarei, Hamburg 1998, S. 145-207.

6 Vgl. Zygmunt Bauman, Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Frankfurt/M. 1995 und ders., Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, 1992.

7 Jean Améry, Jargon der Dialektik, in: ders., Widersprüche, München 1990, S.47-68.

8 Jean Améry, An den Grenzen des Geistes, in: ders., Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten, München 1966, S. 10-40.

9 Zit. nach Gerhard Scheit, Antideutsche Ressentiments. Zum 20. Todestag von Jean Améry, in: bahamas 27, 1998, S. 32-35.

► **Jörg Später** ist Mitarbeiter des **iz3w**.



Foto: S. Würich/visavi

»Ausdruck der Unbehaustheit«

Der Historiker Ulrich Herbert über die Entstehung von Lagern im Zeitalter von Nationalstaaten, Ethnisierung und Migration

► **iz3w:** *Zygmunt Bauman nennt das 18. Jahrhundert das Jahrhundert der Aufklärung, das 19. das Jahrhundert der Revolutionen und das 20. das Jahrhundert der Lager: Ist das ein treffender Begriff?*

► **Ulrich Herbert:** Die historische Berechtigung, dieses 20. Jahrhundert als das »Jahrhundert der Lager« zu bezeichnen, ist schwer zu bestreiten. Gegenwärtig dürfte die Zahl derjenigen Menschen, die in Lagern zu leben gezwungen sind – die Fälle der Freiwilligkeit sind eher Randphänomene – bei mehreren 10 Millionen liegen. Aber man kann das 20. Jahrhundert auch unter ganz anderen Oberbegriffen subsumieren. Hobsbawm hat es das Jahrhundert der politisch gewollten Katastrophen, etwa der katastrophalen Weltkriege genannt. Das ist vielleicht treffender. Oder, um es analytischer anzugehen, das Jahrhundert des globalen Umbruchs zur Industrialisierung und zur Herausbildung des Nationalstaats. Im Grunde sind die Auswirkungen und katastrophalen Folgen der weltgeschichtlichen Umwälzungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert erst im 20. Jahrhundert richtig sichtbar geworden. Und eine Folge zweiter Ordnung, eine signifikante Ausdrucksform dieser katastrophalen Entwicklung, sind die Lager. Fünf Faktoren erweisen sich hierbei als besonders prägend: Krieg, Migration, »ethnische Flurbereinigung«, Repression und soziales Experiment. In diesen Kontexten sind die riesigen Lagersysteme entstanden, von denen wir sprechen, wenn es um das »Jahrhundert der Lager« geht.

Unter welchen Bedingungen entstehen Lager und Lagersysteme?

► Lager gibt es, seit es Kriege gibt oder auch, seit es Nomaden gibt. Das Lager ist gewissermaßen der Ausdruck der Unbehaustheit, des Transitorischen, des Übergangs. Diese Bestimmung gewinnt aber in den letzten 100 Jahren eine ganz neue Dynamik. So tauchen zwar Kriegslager schon sehr früh in der Geschichte auf, aber erst mit der Modernisierung des Krieges werden im späten 19. Jahrhundert die Kriegsgefangenen, aber auch zivile Gefangene in Lager gebracht. Zur gleichen Zeit setzt die Erwerbsmigration in grossem Umfang ein. Auch hier soll der Übergangscharakter des Aufenthalts betont werden. Es werden eben keine Behausungen gebaut, sondern Provisorien. Das bezieht sich zum einen auf Lager für Kriegsgefangene in den Krisengebieten der Welt, auf Flüchtlingslager, insbesondere in Nordost- und Zentralafrika und im Nahen Osten, auf Lager für Saison- und Wanderarbeiter in fast allen Armutsregionen der Welt, auf Straf- und Besserungslager in Diktaturen, insbesondere in China und Nordkorea.

Mit einem allgemeinen Begriff des Lagers gehen die Spezifika der einzelnen Lagerformen, die Tiefenschärfe und auch die historischen Erklärungen von Lagertypen verloren.

► Ja, eine phänomenologische Gleichsetzung dieser verschiedenen Formen unter dem Rubrum »Lager« führt eher in die Irre. Die Verhältnisse in einem Konzentrationslager der Nazis und in einem Gastarbeiterlager der 60er Jahre phänomenologisch als zwei Varianten der gleichen Grundstruktur anzusehen, ist offenkundig abwegig.

Die Lagerunterbringung bringt unter bestimmten politischen Voraussetzungen eine Eigendynamik hervor. Entsteht aus ihr selbst die Repression?

► Ein zentraler Aspekt des Zusammenlebens in der zivilen Gesellschaft beruht darauf, daß der Einzelne eine Vielzahl sozial akzeptierter Verhaltensstandards internalisiert; das meiste ist über Konventionen und Traditionen so gefügt, daß es keiner formellen Regelstruktur bedarf. Das ist im Lager anders: Durch die räumliche Enge und die Allgegenwart der Gruppe steigt die Zahl der durch formelles Reglement festzulegenden Verhaltensweisen gewaltig. Der Zweck des Lageraufenthalts selbst ist nicht definierbar wie die Strafe im Gefängnis. Von daher haben sich keine allgemeinen Traditionen und Konventionen für das Lagerleben herausbilden können. Dadurch tritt das explizite Reglement in den Vordergrund. Diese Tendenz wird noch beschleunigt durch die Machtzusammenballung in den Händen der

Lagerleitung und durch die hermetische Abdichtung des Lagerlebens gegen die Außenwelt. Mit der Zahl der Vorschriften wächst erfahrungsgemäß auch die Zahl der Verstöße dagegen. Wo alles verboten ist, ist die Übertretung der Verbote unausweichlich. Viele ehemalige Lagerinsassen berichten von dem Zwiespalt zwischen Angst vor Strafe und der Gewißheit, ohne Regelverletzung nicht auskommen zu können. In der Folge bildet sich eine Art Unterwelt des Lagers, in der die Diskrepanz zwischen Totalitätsanspruch des Reglements und der sozialen Wirklichkeit genutzt wird, um sich Freiräume für bessere Lebensbedingungen oder gar für das schlichte Überleben zu schaffen.

Liegen hier auch Ansätze zum Widerstand?

▶ Im Kern ist diese Substruktur individuell, nicht kollektiv organisiert. Nur in Sonderfällen, etwa in deutschen Konzentrationslagern mit hohen Anteilen politischer Häftlinge, kam es zu Versuchen einer solidarisch verfaßten Substruktur, wenngleich nur unter den politischen Häftlingen selbst. Ziel der Substruktur ist die Erweiterung des Freiraumes für den Einzelnen innerhalb der entindividualisierenden Gesellschaft eines Massenlagers. Auf diese Regelverletzungen reagieren die Lagergewaltigen erneut durch Forcierung der Repression. Zudem: Die Lagergesellschaft ist per definitionem eine Mangelgesellschaft – und sei es nur der Mangel an Platz, Bewegungsfreiheit, Rückzugsmöglichkeit für den Einzelnen. Die Rationierung von Lebensmitteln, der Mangel an warmer Kleidung, das Fehlen von Wertgegenständen zum Tausch sind in fast allen Lagern die Kernpunkte der internen Auseinandersetzungen. Wenn es etwas gibt, das alle Formen der Lager durchweg gleichermaßen charakterisiert, dann die Korruption, der Schwarzmarkt und eine Lagerhierarchie, die sich am Besitz von Mangelgütern orientiert.

Das Lagerleben schafft sich also sein eigenes Reglementierungssystem.

▶ Ein Beispiel: Die polnischen Arbeiter im Ersten Weltkrieg wurden in Deutschland in Halbfreiheit und nicht hinter Gefängnismauern gehalten. Sie nahmen am sozialen Leben, vor allem an der Erwerbstätigkeit teil, sollten aber in einem Sonderstatus gehalten werden. Sie unterschieden sich ja nicht äußerlich von den aus dem preußischen Teil eingewanderten Polen, sie hatten die gleiche Sprache, sie machten die gleiche Arbeit und gehörten trotzdem völlig unterschiedlichen Rechtssystemen an. Sie mußten also durch äußere Definitionen separiert werden, durch sichtbare Kennzeichnung und Bewachung. Ihnen wurde ein großes gelbes Kreuz aufgemalt, eine erste Form der äußeren Stigmatisierung. In diesem Zusammenhang ist die Verbindung zum nächsten Lagertyp zu sehen, der mit der Herausbildung des Nationalstaats zu tun hat. In dem Maße, wie sich Nationalstaaten herausbilden, kommt es zunehmend zum Problem zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft in multiethnischen Staaten.

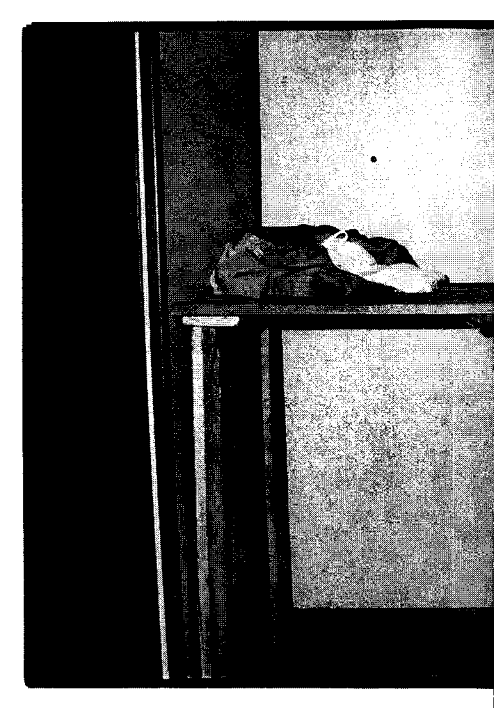
Hier zeigt sich, wie eng Lagerunterbringung und Stigmatisierung mit der Vorstellung eines ethnisch homogenen Nationalstaates verbunden sind.

▶ Zunächst wurde in solchen Nationalstaaten versucht, eine Identität zwischen völkischer Struktur und nationaler Souveränität herzustellen. Das funktionierte in manchen Bereichen ganz gut, in den meisten, vor allem mittel- und osteuropäischen Regionen aber nicht. Der Begriff der »Volksgruppen« bürgerte sich ein, so als gäbe es jenseits der Nationalstaaten so etwas wie ein objektives Volk. Gerade in den ungefestigten Nationalstaaten entstand hier ein völkischer Nationalismus, der sich in Umsiedlungen, Vertreibungen und Deportationen praktisch umsetzte und versuchte, Staaten nach dem Ideal ethnischer Homogenität zu schaffen. In dem mehrere hundert Kilometer breiten Landstrich zwischen Ostsee und Schwarzem Meer hielten sich die Menschen aber nicht an die Prinzipien des Nationalstaats, sondern lebten einfach bunt gemischt durcheinander – Dan Diner hat das die ›ethnische Schütterzone‹ genannt.

Aber worin liegt die Verbindung zur Errichtung von Lagern?

▶ In dieser Region kam es immer wieder zu Konflikten zwischen Minderheitsgruppen und Mehrheitsgesellschaft. Das wiederum führt in vielen Fällen zu Versuchen, entweder die Grenzen zu verändern oder aber die Volksgruppen zu verschieben. Diese Zwangsmigration fand in der Sowjetunion unter Stalin in riesigem Ausmaß statt, aber auch in dem ersten Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei und dann natürlich exzessiv seit 1939 ausgehend vom nationalsozialistischen Deutschland. Die zu verschiebenden Minderheiten wurden zunächst in einem ersten und entscheidenden Schritt aus ihren angestammten Gebieten vertrieben, um dann irgendwo anders angesiedelt zu werden. Es entsteht dann ein Lagersystem, um diese Leute ›zwischenzulagern‹.

Heute ist weltweit zu beobachten, daß die Motive untrennbar vermischt sind. Daher zeigt meiner Meinung nach das Schlagwort vom ›Jahrhundert der Lager‹ nichts anderes als dieses Transitorische an. Es geht um das vorübergehende Unterbringen großer Menschenmassen zu irgendwelchen Zwecken aus irgendwelchen Motiven. Schaut man sich die Konflikte genauer an, findet man meistens Mischformen. Gegenüber den Juden wird das besonders deutlich: Man wollte sie loswerden; man steckt sie in Ghettos; will sie aber nicht hier behalten und nicht ernähren, weil das Geld kostet. Läßt man sie arbeiten, fällt das Vorübergehende ihres Aufenthalts weg. In der Folge bilden sich Hunger, Schwarzmarkt, Seuchen. Das wiederum wirkt als Bestätigung für diejenigen Vorurteile, die am Beginn der rassistischen Diskriminierung standen: »Die Juden verbreiten Krankheiten und sind Schwarzhändler«.



»Lagergesellschaft ist Mangelgesellschaft«

Ein weiteres wichtiges Motiv für die Internierung in Lagern ist die politische Repression, gerade in den totalitären Gesellschaften.

▶ So sind ja auch die NS-Konzentrationslager entstanden, deren Größe man für die Vorkriegszeit aber oft überschätzt: Ende 1935 gab es weniger als 6000 KZ-Häftlinge in Deutschland. Das größte Beispiel ist wahrscheinlich der GULAG, jenes System organisierter Zwangsarbeitslager, dessen Fläche man sich etwa halb so groß wie die neue Bundesrepublik vorstellen darf – vielleicht sogar noch größer. Dieses Lagersystem war nicht durch Stacheldraht gekennzeichnet, sondern durch die riesigen Flächen und die dadurch entstehende Unmöglichkeit der Flucht. Das ist ein wichtiger Unterschied und führt auch zu anderen Repressionsformen. Das dichte Drängen von Menschen auf engstem Raum führte zunächst zur Herausbildung einer Wolfsgesellschaft innerhalb der Lager sowie zu immer schärferen Formen der Repression, Kontrolle und Organisierung dieser Menschen. Das Kennzeichen des GULAG ist die vollständige Ausweglosigkeit der Menschen, die immer weiter verwahrlosen. Das Fehlen einer Infrastruktur, die Hungersnöte, die Auszehrung und die Seuchen sind die Hauptkennzeichen, nicht so sehr die direkte Repression mit Gewehr und Gewehrkolben.

Aber die Entwicklung des GULAG-Systems war auch von ökonomischen Zielvorstellun-

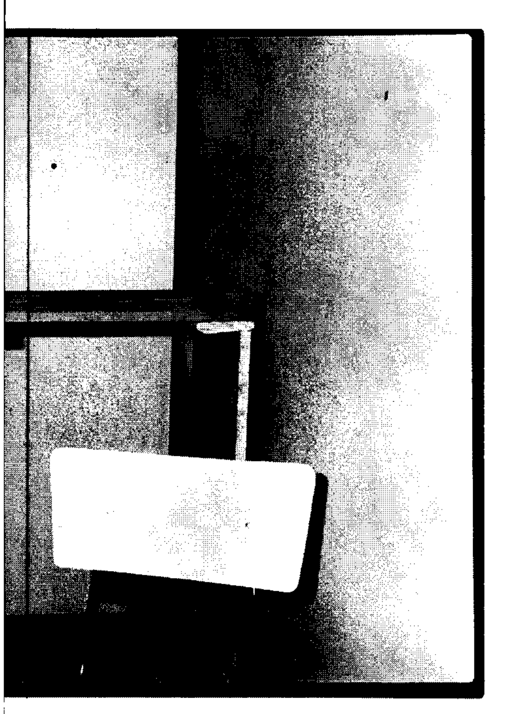


Foto: R. Maro/version

gen geprägt. Die nachholende Modernisierung der Sowjetunion sollte durch brutale Repression und Zwangsarbeit durchgezogen werden.

► Ja, bei diesem riesigen Lagersystem überkreuzen sich die stalinistische Paranoia und die Vorstellung der brachialen ökonomischen Modernisierung. Ab Ende der 30er Jahre war auch die Konjunktur der großen staatlichen Projekte ausschlaggebend für die Rekrutierung der Zwangsarbeiter. Die riesigen Projekte – Kanalbauten, Staudämme, Eisenbahnen – wurden auf niedrigem technischem Niveau mithilfe von jederzeit ergänzbaren Arbeiterheeren erbaut. Die Begründungen für die Einweisungen ins Lager wurden dann immer beliebiger. Das chinesische Lagersystem weist starke Parallelen zum GULAG auf, teilweise offenbar auch die Lager in Kambodscha. In den chinesischen Lagern drückt sich ähnlich wie im GULAG einerseits die vollständige Unterdrückung der Gesellschaft aus, andererseits stellen sie eine Art von Zwangswirtschaft als Nebenökonomie dar.

Warum ist die ökonomische Modernisierung gerade in den sich selbst als sozialistisch verstehenden Ländern mit so unglaublicher Gewalt vollzogen worden? Auch die kapitalistische Modernisierung und Durchdringung der USA wurde ja mit brutaler Gewalt erzwungen, aber sie kam ohne Lager aus.

► Im strengen Sinne trifft das nicht zu; die Eisenbahnbauten in den USA wurden zu einem Teil mithilfe chinesischer »Kulis« bewerkstelligt, die in Arbeiterunterkünften und unter Bedingungen lebten, die offenbar so unterschiedlich von denen in Zwangsarbeiterlagern nicht waren. Aber für die UdSSR waren andere Aspekte durchschlagend: Die Revolutionierung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Individuen war für die Protagonisten der Weltanschauungs-Diktaturen erheblich einfacher zu bewerkstelligen, wenn sie aus der Hülle der tradierten bürgerlichen Verkehrsformen gelöst wurde. Das Lager bot sich als Paradigma der Gleichheit, allerdings der entrechteten Gleichheit, förmlich an; und die Symbiose von Hierarchie und Egalitarismus im Lager bot eine Widerspiegelung des Verhältnisses von Partei und Gesellschaft, der Diktatur des Proletariats, das ja auch totale Herrschaft und Gleichheitspostulat miteinander verknüpfte. Die extremsten Beispiele für diese Tendenz finden sich in den kommunistischen Diktaturen in Asien; insbesondere in Kambodscha. Der Versuch der vollständigen Neustrukturierung der Gesellschaft basierte auf der Lagerisierung und Umerziehung mehr als der Hälfte, der Ermordung von fast einem Drittel der Bevölkerung. Das Kennzeichen des Lagers ist hier die Abschirmung gegenüber außen – auch hier wieder das Transitorische, also der ideologische Übergang von der alten in die neue Gesellschaft.

Transitorisch meint dann nicht nur die Migration, die Bewegung von Menschen im Raum, sondern auch eine ideologische Bewegung?

► Die verschiedenen Formen sind ja nur idealtypisch voneinander zu trennen. Gemeinsam ist ihnen die Bewegung von großen Menschenmassen, ihr Herausreißen aus tradierten Bedingungen. Das Transitorische entwickelt sich zum Kennzeichen der Epoche. In den vergangenen 80 bis 100 Jahren haben sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in den meisten Ländern der Welt mehr geändert – stärker und schneller und für mehr Leute – als in der gesamten Geschichte zuvor. Nationalistische Eruptionen können dabei als stabilisierende Identifikationsangebote angesehen werden. Ich sehe den Nationalismus nicht in erster Linie als selbständige Entwicklung aus einer fixen Idee heraus, sondern als abgeleitetes Phänomen der Bewältigung dieser gewaltigen Veränderungen der sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in so kurzer Zeit.

Ein weiterer Aspekt wäre das Verhältnis der Lager zum Rest der Gesellschaft. Man könnte vielleicht sagen, daß in Deutschland die ›Volksfremden‹ ins Lager kamen, bis hin zur Vernichtung der ›jüdischen Gegenrasse‹. In diesem Prozeß der Ausgrenzung und Vernichtung formierte sich die deutsche Volksgemeinschaft. Dagegen erscheint das GULAG-System als Zuspitzung dessen, was die sowjetische Gesellschaft während der stalinistischen Periode insgesamt prägte: Repression und Arbeitszwang. Armanski nennt das eine osmotischen Beziehung.

► Ich bin etwas skeptisch, was solche Einordnungen angeht. Aus der Perspektive eines Moskauer Bürgers war der Unterschied zwischen GULAG und Nicht-GULAG der Unterschied zwischen Leben und Tod, kann also keine Kategorie zweiten Ranges sein. Andererseits scheint mir die sowjetische Gesellschaft durch den GULAG richtig gekennzeichnet zu sein, weil sie im Grunde keine Systeme des eigenen Antriebs, wie beispielsweise Profit, entwickelt. Deswegen greift sie zum Prinzip der Kampagne. Es gibt Zielsetzungen von oben, die ganze Gesellschaft wird darauf orientiert, und damit wird neben die herkömmliche Ökonomie noch eine zweite gesetzt. Man darf nicht vergessen, daß die großen Eisenbahnprojekte nicht nur mit GULAG-Häftlingen gebaut worden sind. Auch die großen chinesischen Staudämme wurden durch gigantische Kampagnen der Studenten und nicht nur durch Lagerhäftlinge verwirklicht. Diese Studenten lebten übrigens auch in Lagern, das war dann das soziale Experiment. Wenn eine Gesellschaft nicht aus sich heraus über ökonomische oder soziale Anreize genügend Antriebe hat, um sich selbst zu reproduzieren, dann braucht sie ein zweites System, den Zwang, die Angst vor dem Terror.

Wenn das westliche Modell die nötigen Anreize bietet – geht mit dem Jahrhundert dann auch das Jahrhundert der Lager zu Ende? Oder benötigt die Gesellschaft jetzt Lager für diejenigen, die »überflüssig« sind, aber kontrolliert werden müssen?

In dem Maße, wie es weiterhin Anlaß gibt, große Menschengruppen zu enthausen und transitorisch unterzubringen, solange wird es auch Lager geben. In bestimmten Regionen Afrikas beispielsweise finden gigantische soziale und Erwerbsmigrationen statt, weil die Bevölkerung in Städte oder sichere Zonen geht, um dort Arbeit zu suchen. Dadurch werden riesige Bevölkerungsgruppen destabilisiert, vertrieben oder geraten aus sozialen Gründen auf die Flucht. Und häufig ist es den einzelnen gar nicht klar, ob sie nun aus ethnischen oder aus sozialen Gründen verfolgt werden. Die genaue Motivation der Verfolger ist nicht präzise definierbar. Ob eine bestimmte Bevölkerungsgruppe als die Ärmsten und als überflüssige Esser oder weil sie einem Volksstamm angehören, vertrieben werden, ist zum Teil nur eine Frage der Definition.

Das Interview führten Tina Goethe und Jörg Später.

► **Ulrich Herbert** ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg und Herausgeber u.a. von: *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik, 1939 bis 1945. Neue Forschungen und Kontroversen*, Frankfurt am Main 1998. *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager 1933 bis 1945. Entwicklung und Struktur*, 2 Bände, Göttingen 1998. *Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter*, Berlin/Bonn 1986.

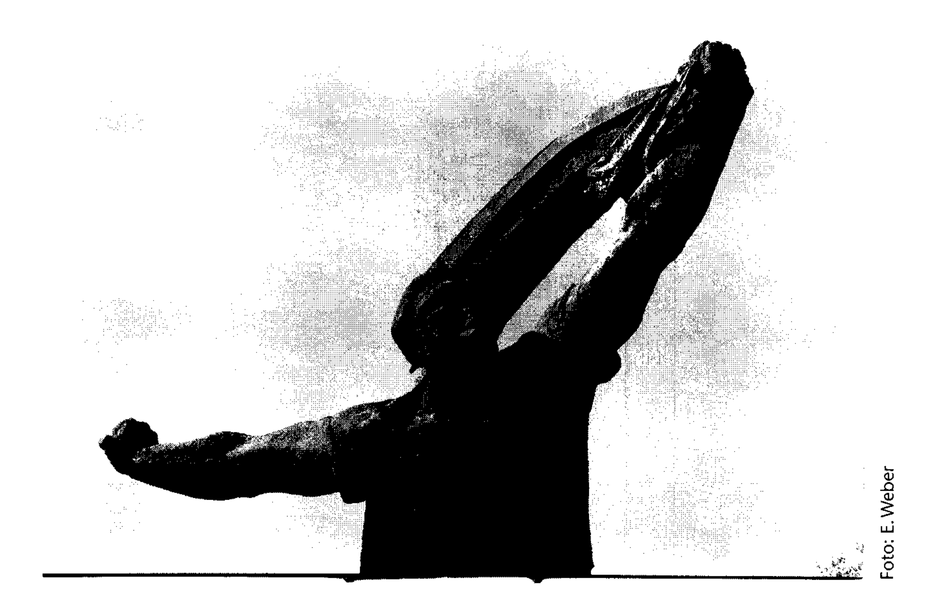


Foto: E. Weber

Neue Arbeit, neues Denken
Das chinesische Lagersystem der Laogai

von **Roland Lew**

Die Laogai sind in China gefürchtet und allgegenwärtig, dennoch ist nur sehr wenig über die Lager bekannt. Das erklärt sich zum einen durch ein nahezu perfektes Repressionssystem, zum anderen durch die Strategie der Geheimhaltung und Abschottung. Denn nach der »Umerziehung« werden die Gefangenen nicht etwa in das soziale Leben entlassen, sondern bleiben als »freie Gefangene« auch weiterhin unter staatlicher Kontrolle.

► Das chinesische Lagersystem der Laogai wird häufig mit dem sowjetischen GULag verglichen. Doch es weist unbestreibare Besonderheiten auf, die sich im Prinzip der »Umerziehung durch Arbeit« zusammenfassen lassen. Dieser geht eine Periode der Gefängnishaft voraus, welche der »Umerziehung durch das Denken« dient. Die eine wie die andere sind schreckliche Prüfungen, die Millionen Unschuldiger gebrochen haben. Zumindest aber ist das chinesische System weniger tödlich als das der UdSSR: Der Maoismus will seine Gegner nicht vernichten (auch wenn ein Teil der Grundbesitzer als Racheakt umgebracht wurden). Vielmehr will er sie dazu bringen, sich zu beugen (die »Umerziehung durch das Denken«) und sie sollten nach der »Umerziehung durch Arbeit« (die Laogai) in die Gesellschaft zurückgeführt werden – als neue Menschen für eine neue Gesellschaft. Jedoch: Die Funktionsweise der Laogai zeigt, daß man hinein-, aber nicht wirklich wieder hinauskommt. Nachdem man seine Strafperiode verbüßt hat, wird man als »freier Gefangener« festgehalten. Ein seltsames System, das auf eine starke Legitimität setzt und dennoch seine Lager nicht oder nur in begrenztem Maße leert und es nicht wagt, die »umerzogenen« Gefangenen wieder in das soziale Leben einzugliedern.

Atomisierte Bevölkerung

► Anders als in der stalinistischen UdSSR schien in China die Legitimität des Regimes lange Zeit kaum in Frage gestellt worden zu sein. Möglicherweise trifft die Repression im China der Mao-Ära die sozialen Unterschichten nur wenig. Wir verfügen nicht über gleichwertige Informationen aus den Archiven wie im Fall der Sowjetunion, was zu Vorsicht in der Bewertung zwingt. Doch die verfügbaren Daten zeigen, daß während der Mao-Ära die Repression durch das Lagersystem weder die Bauern noch die Arbeiter trifft (sondern, während der ersten Jahre der VR China, die Großgrundbesitzer). Doch genauso, oder sogar noch mehr als in der UdSSR, wird die Bevölkerung außerhalb der Lager atomisiert, jede autonome Ausdrucksmöglichkeit zerstört: Jede Autonomie der sozialen Sphäre wird von der Regierung stets als schwere Bedrohung wahrgenommen, selbst in den Hochphasen ihrer Stärke und Legitimität. Auf dem Land beinhaltet die Kollektivierung von 1955/56 sowie die Zusammenfassung der Volkskommunen 1958 gleichzeitig eine Rationalisierung der landwirtschaftlichen Aktivität und eine fortdauernde Fragmentierung des gesellschaftlichen und politischen Raumes.

In den Städten bilden die »Arbeitseinheiten«, die berühmten »Danwei«, welche die Arbeiter, die Angestellten der Industriebetriebe, aber auch die Beamten der Städte eingliedern (also die Gesamtheit der Stadtbevölkerung), eine Art Kleinststaat, die den größten Teil des täglichen Lebens der Städter – und nicht nur ihre Arbeitsaktivität – reglementieren. Den städtischen Betrieben, welche die gesamte soziale Absicherung und den Zugang zu Wohnraum verwalten, kommen sogar manche repressiven Funktionen zu. Sie erlauben – oder verweigern – den Ortswechsel oder das Reisen von einem Ort zum anderen, also auch die Vereinigung von Familien, die in verschiedenen Städten arbeiten sie greifen die politischen und Produktivitäts-Kampagnen auf und erlegen ihren Mitgliedern deren Ziele auf. Kurz: Sie üben eine Funktion der Kontrolle, der Mobilisierung, der Disziplinierung der Arbeiterschaft aus. Statt – wie ihr Anspruch lautet – den Arbeitern die Werte des Sozialismus nahezubringen, führen sie einen Druck zur Einhaltung der Norm und zum Gehorsam ein, eine Kultur der Abhängigkeit, eine Atomisierung der städtischen Sozialsphäre. Wahrscheinlich liegt es daran, daß diese Kontrolle wirksamer war als im Fall der Sowjetunion, daß im chinesischen Fall weniger Repression gegenüber den sozialen Unterschichten ausgeübt wird, zumindest nach unserem aktuellen Kenntnisstand.

Die Laogai sind daher als Teil dieses Systems zu verstehen. Sie bedeuten, wie auch die »Umerziehung durch das Denken«, vor allem Repression, eine Gewalt, welche auf die gesamte Gesellschaft ausgeübt wird – durch eine Regierung, die vom Volk inzwischen isolierter ist, als sie zugeben will. Dies ist in gewisser Weise ein Eingeständnis der Schwäche. Die Nach-Mao-Ära leert 1979 die Laogai zwar teilweise, doch in geringerem Ausmaß werden die Lager mit Angehörigen sozial »tieferer« Schichten wieder gefüllt – mit »Asozialen«, mit den ihrem sozialen Schicksal Überlassenen des Deng'schen »Reformkommunismus«, zuzüglich einer bestimmten Anzahl erklärter politischer Dissidenten. Die repressivste Periode des chinesischen Lagersystems endet mit dem Machtantritt von Deng Xiao Ping 1978/79. Im Jahr 1979 wird das System der Klassenetikette abgeschafft, das für einen jeden seine soziale Kategorie festlegte, die an seine Kinder (oder zumindest an seine Söhne) übertragen

wurde. Das Laogai leerte sich von den zahlreichen »inneren Feinden«, die das Regime gekennzeichnet hatte: die Verurteilten aus der Anfangszeit des Regimes nach 1949, die noch immer inhaftiert waren, darunter eine Anzahl von Trotzkisten; die »rechtslastigen« (oder : »rechtsabweichlerischen«) Intellektuellen von 1957 sowie die Opfer der diversen Kampagnen des Regimes, und – nicht zu vergessen – jene der Kulturrevolution.

Lager der Vernachlässigten

► Das Laogai, das Lagersystem, ist aber nicht aufgelöst; es existiert heute noch, aber seine Natur hat sich verändert. Zwar sind noch immer politische Regimegegner eingesperrt, oftmals unter sehr harten Bedingungen, aber sie stellen nur eine kleine Gruppen – von einigen tausend, vielleicht einigen zehntausend Personen – unter mehreren Millionen Gefangenen dar. Es handelt sich oft um erklärte Opponenten des Regimes, offene Dissidenten, welche ein nach wie vor diktatorisch herrschendes Regime verfolgt und zum Schweigen zu bringen versucht. Der prominenteste Fall ist jener von Wei Jingsheng, der 1979 in einem Schauprozeß verurteilt worden ist, weil er an der »Mauer der Demokratie« einen Aufruf für die Demokratie angeklebt hatte. In diesem wurde die »fünfte Modernisierung« als notwendige Ergänzung zu den vom Regime verfochtenen »vier Demokratisierungen« dargestellt. Wei wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt, die er bis zum letzten Tag absitzen mußte, da er es ablehnte, seinen Überzeugungen abzuschwören; er wurde kurze Zeit nach seiner Freilassung erneut verhaftet und schließlich 1997 in die USA abgeschoben. Die Verfolger legen grosse Verbissenheit an den Tag angesichts der Tatsache, daß er allein Demokratisierung eingefordert hatte, ohne das KP-Regime als solches zerstören zu wollen.

Auf gleiche Weise war und ist die Repression sehr streng im Umgang mit jenen, die unabhängige Gewerkschaften begründen wollen oder die das Recht der Arbeiter verteidigen, vom Staat und der Regierung autonome Organisationen zu bilden. Dies war anläßlich der Gründung der ersten unabhängigen Gewerkschaft während der Erhebung im Frühjahr 1989 der Fall. Die Machthaber werden tatsächlich von der Schreckensvorstellung heimgesucht, wonach eine unabhängige Aktivität der Arbeiter ihrer Kontrolle entgleiten und ihren Anspruch – der freilich nicht mehr großen Eindruck auf allzu viele Leute macht –, die Vertreter der Arbeiterklasse zu sein, in Zweifel ziehen könnte.

In weiten Teilen jedoch hat das Regime aufgehört, seine Feinde in großangelegten politischen Kampagnen zu kennzeichnen, wie es dies während der Mao-Periode tat. In dieser Hinsicht muß die Bevölkerung heute nicht mehr ihre Loyalität, ihre Unterordnung unter die Regierung und ihre politisch-ideologischen Ziele demonstrieren, sondern kann ihren persönlichen Belangen nachgehen, solange sie nicht offen das Regime in Frage stellt. Der Großteil der Lagerbevölkerung heute besteht aus den »Vernachlässigten« der Ära der Deng-Reformen, unter den zahlreichen Opfern der ökonomischen Veränderungen. Diese produzieren, mit der Armut und in den an den Rand gedrängten Bevölkerungsteilen, eine immer mehr ansteigende und immer gewaltförmigere »soziale« Kriminalität, auf die das Regime mit einer strengen Repression und zahlreichen Todesurteilen in (buchstäblich) kurzen Prozessen antwortet. Das Laogai wird so zum Spiegelbild des neuen sozio-ökonomischen Systems, das im Entstehen ist. Also eines extrem autoritären Staatskapitalismus, der versucht, eine ungehorsame und bisweilen aufsässige Bevölkerung zu disziplinieren und der sein Lagersystem auf »Rentabilität« ausrichten will, indem er es als Potential extrem billiger Arbeitskräfte nutzt, welche Waren für den Export produzieren müssen. Was wiederum zu einem Aufschrei unter den internationalen Konkurrenten führt – freilich weniger wegen der Abscheulichkeit der Methode, sondern vielmehr wegen unlauterer Wettbewerbsvorteile.

► **Roland Lew** lehrt an der Université Libre de Bruxelles über die ehemaligen sozialistischen Länder und ist assoziiertes Mitglied am Centre Chine der Ecole des Hautes Etudes en Siences sociales (CNRS) in Paris. In deutsch erschienen ist sein Aufsatz »Hat sich der chinesische Kommunismus nicht gewandelt?« in: Jens Mecklenburg, Wolfgang Wippermann (Hg.): Roter Holocaust? – Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1998.

Übersetzung: Bernhard Schmid

Geschichte des Lagers Yindge

► Die Adresse des Lagers war in den siebziger Jahren »Postfach 201, Bahnhof Hetou, Bahnlinie Kanton-Beijing«. Tatsächlich befindet sich das Lager mehr als hundert Kilometer nördlich der Hauptstadt von Guangdong, unweit dieser kleinen Station, an einer Linie, die Millionen Reisende befahren haben. Berichten zufolge wurde das Lager 1949 gegründet oder aber 1952, als die Agrarreform in Guangdong besonders gewaltsam war. Die ersten Häftlingskontingente mußten Straßen anlegen, die Gebäude errichten und nebenher noch für ihre Ernährung sorgen. Nachschub brachten die heftigen Säuberungskampagnen, die in der Provinz stattfanden: 1954 soll das Lager 20.000 Insassen gehabt haben und im Jahre 1957 30.000. Auf jeden Fall war Yingde schon Mitte der fünfziger Jahre das berüchtigste Lager in Guangdong, und seine Erwähnung genügte, um die Bevölkerung in Furcht und Schrecken zu versetzen.

In den 60er Jahren herrschten furchtbare Zustände. In einer Bergbaubrigade von tausend Gefangenen starben 1961 bis zu drei pro Tag! 80 Prozent der Häftlinge einer Arbeitsgruppe litten an Hungerödemen, 10 Prozent an Typhus und 5 Prozent an Tuberkulose. Dieses Drama spielte sich in einem Lager ab, das als regelrechte Stadt bezeichnet wurde: zahlreiche Baracken, Verwaltungsbüros, Silos, Schulen, Werkstätten, Fabriken, ein Kalkofen, ein Krankenhaus und die Kaserne für die Aufseher. Das Ganze umgab ein Netz von Reisfarmen, Plantagen, Bergwerken und Industrieanlagen. Einem ehemaligen Häftling zufolge hatte das Lager 1961 eine Ausdehnung von hundert Quadratkilometern und vierzigtausend Arbeiter, darunter fünftausend »freie Gefangene«. Viele Häftlinge trugen Ketten an den Knöcheln, Widerspenstige sperrte man in winzige Disziplinarzellen, wo häufig gefoltert wurde. Diese Zellen waren noch in den siebziger Jahren zu sehen, sie hatten nur eine vergitterte Öffnung.

Gerüchten zufolge soll das Lager eine Zeitlang geschlossen gewesen sein. Es gab Häftlingstransfers, doch offenbar blieben fünf Brigaden an Ort und Stelle, die hauptsächlich auf einer Teeplantage namens »Roter Stern« arbeiteten. Verschiedene Zeugen bestätigten den Fortbestand von Yingde in den siebziger Jahren, ihre Schätzungen reichten von 13.000 bis zu 40.000 Gefangenen. Seit dieser Zeit ist die Entwicklung in Yingde weniger bekannt. Aber in den 80er Jahren fand seine Teeplantage Erwähnung. Am Ende des Jahrzehnts wurde der »rote Tee von Yingde« bis in die Vereinigten Staaten exportiert.

aus: Jean-Luc Domenach: Der vergessene Archipel. Gefängnisse und Lager in der Volksrepublik China. Hamburger Edition. Hamburg, 1995. 637 S.

Die Stadt am Lager

GULag: Aufgelöst, doch nicht geschlossen

von **Julia Landau**

Im »Siblag«, dem Lagersystem in Sibirien, das lange Jahre Teil des schier endlosen sowjetischen Lagersystems, des »GULag«, war, verrichten auch heute noch Häftlinge unter menschenunwürdigen Bedingungen Zwangsarbeit. Viele ehemalige Häftlinge und Aufseher wohnen nebeneinander in den benachbarten Orten, die zum großen Teil vom und mit dem Lager, das heute Gefängnis heißt, leben.

► Im Kuzbassbecken, einem in den 30er Jahren weit hinter dem Ural in Sibirien aus dem Boden gestampften Kohleförderungs- und Chemieareal, wechseln sich unrentable und ökologisch gefährliche Fabriken mit noch immer großen Gefängnis- und Lagerarealen ab, im Jargon die »Zonen« oder die »Kolonien« genannt. Um diese Lager herum wurden schon früh Städte und Kolchosen – größtenteils durch Zwangsarbeit – aufgebaut. Opfer wie Täter und ihre Nachkommen haben sich hier angesiedelt. Dieses Nebeneinander führt den ehemaligen Häftlingen nicht nur täglich vor Augen, daß ihre Peiniger straffrei bleiben. Sie selbst leben häufig am Existenzminimum und können nicht auf staatliche Hilfen bauen.

Die Opfer der Repression können sich allenfalls um eine politische Rehabilitierung bemühen, eine materielle Entschädigung ist nur in symbolischen Größen vorgesehen. Und die späte Durchsetzung des Rechts erfordert viel Durchhaltevermögen: den Gang zum Archiv und zu verschieden Ämtern schaffen viele der schon älteren ehemaligen Häftlinge gar nicht mehr. Die HistorikerInnen in der Region an der Universität und anderen Forschungsinstituten, die mit viel Enthusiasmus, aber fast ohne Lohn arbeiten, verstehen sich daher auch in erster Linie als Anwälte der noch lebenden Opfer. Aber nicht nur bei der Rehabilitierung ist die staatliche Hilfe mager. Auch die Erforschung der stalinistischen Repression wird – nach wie vor – nicht gerne gesehen. Dem Erinnerungs- und Aufarbeitungsboom während der Perestroijka folgte eine neue Eiszeit: Heute sind viele Archivmaterialien nur gegen teures Geld zu sehen. Dazu kommt, daß die Mittel für Forschungsreisen und Publikationen fehlen; Filme, Bücher und Dokumentensammlungen liegen auf Halde, ausgegrabene Überreste von Lagergefängnissen stürzen in sich zusammen und geraten in Vergessenheit. Es gibt keine Stätten öffentlichen Erinnerns, kein » GULag-Museum« und auch keine GULag-eigene Abteilung im Stadtmuseum. Nur die Erinnerungen der wenigen alten Menschen, die überlebt haben, geben ein Bild vom Leben im und um den GULag. Die HistorikerInnen versuchen mit Hilfe eines Netzwerks engagierter SchülerInnen die Überlebendenberichte aufzuzeichnen. Die folgenden Beispiele, entstanden durch Interviews mit Gefangenen und Aufsehern, können dabei nur einen Teil der Erfahrungen ausdrücken.

Wanzenkeller ...

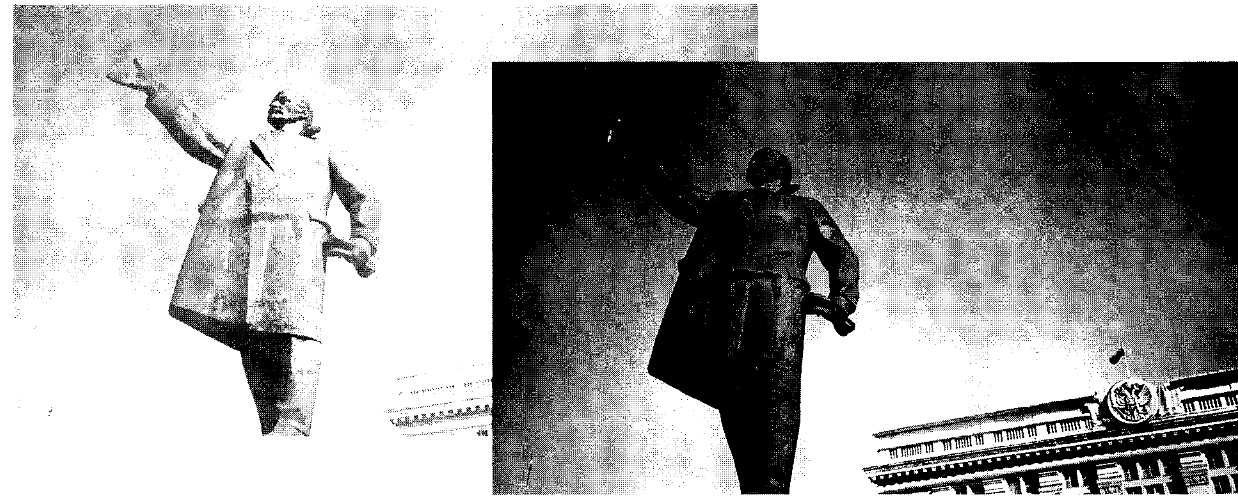
► Andrej Petrovitsch Baboschko, ein ehemaliger politischer Gefangener, hat fast sein ganzes Leben hier verbracht: 1941 wurde der junge Lehrer, Hobbyfotograf und Literat auf Anzeige seines Schuldirektors verhaftet – der ein bestimmtes Kontingent an Denunziationen erfüllen mußte, weil er sonst selbst Gefahr lief, angezeigt zu werden. Nach Monaten in Einzelhaft wurde er schließlich zu Kriegsbeginn auf endlosen Transporten nach Ost- Kasachstan verfrachtet, wo ein improvisiertes Gericht abgehalten wurde. In einer Ecke stand eine grüne, in der anderen eine gelbe Tafel: grün bedeutete Erschießung, gelb 10 Jahre Lager. Ohne Fragen wurden die 6000 Überlebenden des Transports den Farben zugeteilt – die meisten zur Erschießung. Andrej Petrovitsch wurde zu 10 Jahren Haft verurteilt. Dann, sagt er, begann die »Lagergeschichte«: Monate im unterirdischen Gefängnis, das einzige Eigentum ein kleines Stück Filz, das er sich mit seinem Nachbarn teilte. Jede Nacht mußte man Angst haben, zur Untersuchung herausgerufen zu werden, in den »Nichtraucherwagen« zu kommen, was im Jargon soviel hieß wie erschossen zu werden. Sein Nachbar wird plötzlich um 2 Uhr nachts gerufen, er gibt ihm das Stückchen Decke mit. Stunden später wirft ihm jemand die Decke zu – mit einem großen Fleck Blut in der Mitte. Noch während des Verhörs, den Filz unter dem Arm, muß der Nachbar erschossen worden sein. Schließlich begann für Andrej Petrovitsch eine Odyssee durch verschiedene Lager im Norden, bis er völlig entkräftet, nur noch 36 Kilogramm schwer, 1943 ins westsibirische »Siblag« – im Slang der Häftlinge »Kurort« genannt, weil man sich hier »nur« mit Landwirtschaft beschäftigen mußte – geschickt wird.

Als politischer Gefangener habe er auf der niedrigsten Stufe der Lagerhierarchie gestanden. Der Leiter der Erziehungs- und Kulturabteilung stellte ihn beispielsweise, nachdem er herausgefunden hatte, daß Andrej Petrovitsch gut zeichnen konnte, dazu ab, die Losungen in der Lagerkantine zu malen. Der Vorgesetzte des Lagers erfuhr davon, daß ein »Politischer« die Losungen gemalt hatte, und ließ ihn in den »Wanzenkeller« werfen. Die Nacht in dieser Gefängniszelle ohne Licht, in der Wanzen gezüchtet wurden, war die schlimmste seiner gesamten Haftzeit. Nach der Haft ist er, wie die meisten, am selben Ort geblieben – weil er an sein früheres Leben nicht mehr anknüpfen konnte, kein Geld und keine Papiere hatte, um woanders hinzugehen. Das erste Jahr hatte er kein Zimmer und mußte am Bahnhof schlafen, viele Jahre später noch wird er als ehemaliger »Politischer« öffentlich gemieden. Erst 1960 wird er rehabilitiert, Parteimitglied darf er allerdings nicht werden.

... und »Kurort«

► Andrej Pavlovitsch Tschernov dagegen hat trotz seiner Mittäterschaft keine negativen Konsequenzen zu fürchten. Der ehemalige Leiter des Kulturklubs im Lager »Siblag« erzählt mit Wehmut von der unverhofften kulturellen Blüte in Sibirien, von den Theaterstücken berühmter Schauspieler und Regisseure, die im Siblag gefangen waren. Während des Krieges wurde jede Woche für die Lager-Offiziere und ihre Frauen ein neues Theaterstück aufgeführt. Es gab einen Chor, ein Symphonieorchester, ein Blasorchester, Akrobaten, eine Pianistin, die Kindern Klavierunterricht gab, einen Ballettmeister. Manchmal kam es zu absurden Situationen: Raichel, ein berühmter Regisseur aus Moskau, inszenierte Othello und spielte selbst die Hauptrolle. Laut Regieanweisung sollte er plötzlich, fast unbemerkt auf der Bühne erscheinen. Stattdessen wurde er von mehreren Soldaten im Konvoi auf die Bühne eskortiert. Während der Vorstellungen saß die Wache auf den Vorhangstangen und bildete eine Kette um den Klub – schließlich gehörten die verhafteten Schauspieler zu der gefährlichsten Häftlingsgruppe, den sogenannten »Politischen«.

Als handelte es sich um ein gewöhnliches Provinztheaterensemble, berichtet Andrej Pavlovitsch Tschernov mit Bedauern, daß später viele der Künstler rehabilitiert wurden



Siblag 1999 Foto: J. Landau

und den Ort ihrer Verhaftung verließen. Der ehemalige Wanderkinovorführer, der voller Stolz aus dem Alltag sibirischer Lager erzählt, wohnt immer noch in der Holzhausanlage für Lageroffiziere aus den 30er Jahren. Schuldgefühle oder Vorsicht kennt dieser Mann, der einen Anzug mit allen wichtigen Orden der Sowjetunion im Schrank hängen hat, nicht. Zu seiner Zeit im Lager – als einer der Täter – zeigt er keine Distanz. Mit der Lagergeschichte fällt die Glanzzeit seines Lebens zusammen. Einen Bruch stellt in seiner Biographie eher die heutige »Demokratie« dar, der er eindeutig die Stalinzeit vorzieht.

Eine dritte Perspektive auf den Alltag der Lagergeschichte ergibt sich aus dem Blickwinkel einer alten Frau, die neben dem Lager aufgewachsen ist und in der Kolchose gearbeitet hat. Sie berichtet von einer nachts hell erleuchteten »Zone«, von Wachhunden und Erschießungen und von dem Tauschhandel, den die Kolchose mit dem Lager machte: Getreide gegen Tabak, Vodka, Eier und Fett. Das Lager produzierte mehr als die angrenzenden Kolchosen und versorgte die ganze Stadt. Nicht das Lager sei an der Stadt gelegen, sondern die Stadt an dem Lager.

Heute werden die Zeuginnen und Zeugen stalinistischer Repression immer seltener, die sichtbaren Zeugnisse verschwinden oder werden vergessen. Auf der anderen Seite lebt die Gefängnis- und Lagertradition weiter und hat auch den Systemwechsel überlebt. Am selben Ort, wo der größte Teil des Siblag 1961 geschlossen wurde, stehen immer noch Gefängnisse, spricht man von der »Zone«. Hierhin werden aus ganz Rußland Verurteilte transportiert. Jeder Häftling muß vollständig für seinen Unterhalt aufkommen, der Staat gibt im Monat nur eine halbe Kopeke, ungefähr einen halben Pfennig, für Nahrung, Kleidung und medizinische Versorgung eines Inhaftierten aus. Die Fabriken oder der Wohnungsbau, in denen sich die Gefangenen früher ihren Lebensunterhalt verdient haben, stehen großteils still. Die Häftlinge beschäftigen sich daher mit demselben, mit dem sich auch die übrige Bevölkerung Rußlands über Wasser hält: mit Landwirtschaft und Handel, allerdings in diesem Fall von Drogen aller Art sowie von Gold und Silber. Die Wachen bessern sich als Zwischenhändler ihren mageren Lohn auf.

Die Gräber der gestorbenen Häftlinge, direkt am Rand des Friedhofs aufgestellt, vergegenwärtigen, wie wenig sich der Umgang des Staates mit den Verurteilten gewandelt hat: Ein schief im Boden steckender Pfahl mit der Nummer »des Falles« auf einer Aluminiumplatte ist alles, was an die Toten erinnert.

▸ **Julia Landau** ist Historikerin mit dem Schwerpunkt Osteuropa.

Der GULag

▸ Kurz nach der Oktoberrevolution begann die Einrichtung von Lagern. Schon 1919 bestimmte der bolschewistische Parteikongreß »Besserungsarbeit« zu einer grundsätzlichen Strafform. Konterrevolutionärer Umtriebe verdächtige Personen wurden festgenommen, deportiert oder erschossen. 1923 wurde auf den Solowki-Inseln im Weißen Meer, die eine lange zaristische Deportationstradition aufwiesen, das erste große Lager installiert.

Anfangs ging es um die Internierung politischer Gegner, der stalinistische Kurs der Zwangskollektivierung und forcierten Industrialisierung wurde jedoch durch zunehmenden Terror begleitet. (Zur Struktur des GULag vergleiche auch das Interview mit Ulrich Herbert auf S. 25.) Die Liquidierung der Kulaken (Bauern mit Privateigentum) als Klasse fiel zusammen mit dem ersten 5-Jahres-Plan und der Einführung von Zwangsarbeit als Mittel zur industriellen Entwicklung. Das Land wurde »lagerisiert«, zu Arbeitspflicht und Residenzzwang traten nun die Anstalten der Zwangsarbeit. Das geflügelte Wort, das über allem stand, hieß Proiswol (Willkür), das in die Verdachts- und Handlungszwänge der Aburteilmaschinerie expandierte.

Es gab Arbeitskolonien, Massenarbeitslager und Straflager vielfach funktionell und geographisch unterteilt. Im Zentrum operierte GULag, die Hauptverwaltung der Lager in Moskau, eine Superbehörde mit Unterabteilungen nach Lagertypen, Wirtschaftszweigen und Regionen. Die Häftlingszahlen sind bis heute nicht genau ermittelt, die neuere Forschung geht von durchschnittlich 5 bis 10 Millionen Personen aus. Die »Zerstörung nach Kategorie« erfaßte nach Sollvorgaben ganze Personen-, Sozial- und Volksgruppen: In den 20er Jahren vor allem Mitglieder der zaristischen Oberschicht, dann die Kulaken, in den 30er Jahren waren es »Trotzkisten« und »Konterrevolutionäre«, worunter selbst viele Mitglieder des Herrschaftsapparates fielen. Ab 1939 wurden Angehörige feindlich angesehener Völkerschaften (Balten, Polen, Tataren, Deutsche) deportiert, ebenso feindliche Kriegsgefangene und aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte sowjetische Soldaten. Erst mit dem Tod Stalins begann der GULag zu schrumpfen. In Resten gibt es ihn indes noch heute.

nach: Gerhard Armanski: Der GULag – Zwangsjacke des Fortschritts. In: Robert Streibel, Hans Schafranek (Hg.): Strategie des Überlebens. Picus Verlag, Wien 1996.



Segregation ist das Prinzip des Lagers (Toilettenwagen für 120 Flüchtlinge) Foto: M. Rutkiewicz / transparent

Kategorie Mensch

Zur Funktion der Zwangsunterbringung von Flüchtlingen in Europa

von **Tina Goethe**

▶ »Ist das ein Mensch?« fragt Primo Levi in seinen Erinnerungen an Auschwitz. Er beschreibt die von den Deutschen und NationalsozialistInnen im Lager geschaffenen Bedingungen, die es (jüdischen) Menschen unmöglich machten und machen sollten, sich als Menschen zu fühlen und als solche zu handeln. Die nationalsozialistischen Lager waren Teil und Endpunkt eines gesellschaftlichen Prozesses, der jüdische Menschen Schritt für Schritt aus der »Kategorie Mensch« ausschloß, indem sie diskriminiert, selektiert, als überflüssig und unerwünscht schließlich zur Vernichtung bestimmt wurden.

Auschwitz ist nicht gleich GULag, nicht gleich Loagai und schon gar nicht mit heutigen Sammellagern für Flüchtlinge gleichzusetzen. Vergleichbar ist lediglich das Prinzip Lager. Dieses isoliert ganze Gruppen von der Gesellschaft, ist materieller Teil eines Prozesses, in dem Menschen – heute insbesondere Flüchtlinge und MigrantInnen – als »andere Menschen« definiert werden, für die nicht die gleichen Rechte und Maßstäbe gelten, wie für die in der deutschen und europäischen Gesellschaft akzeptierten Menschen.

Damit ist es legitim, auch heute die Frage Primo Levis zu stellen. Denn erst wenn Menschen von anderen Menschen nicht als ihnen prinzipiell gleich wahrgenommen werden, wird es möglich, daß sie ungleich behandelt werden. Wenn Politik und Gesellschaft sie dann zwingen, unter menschenunwürdigen Bedingungen zu leben, verstärkt das diese Dynamik noch, an deren Ende Menschen nicht mehr als gleiche Menschen gelten. Dieses sich gegenseitig bestätigende Wechselspiel aus materiellen Bedingungen wie der Lagerunterbringung und den sich daraus ergebenden Wahrnehmungen seitens der Mehrheitsbevölkerung, aus denen zusätzlich verschärfte materielle Bedingungen abgeleitet und legitimiert werden, läßt sich im Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland und Europa feststellen.

Die Unterbringung von Flüchtlingen in (Sammel-)Lagern ist ein zentraler Bestandteil innerhalb eines rassistischen Prozesses, mit dem nicht-deutschen Menschen – sofern sie aus den ärmeren Regionen Afrikas, Asiens und Osteuropas kommen – gezeigt wird, daß sie nicht (dauerhaft) nach Deutschland gehören. Und schon gar nicht in die deutsche Gesellschaft. Um das sich selbst, den Flüchtlingen und dem Rest der Welt mitzuteilen und durchzusetzen, wird die deutsche Asylgesetzgebung und -politik in harmonischer Abstimmung mit den anderen europäischen Schengen-Staaten mehr und mehr verschärft. Ein Stützpfeiler dieser Gesetzgebung und Politik ist die Errichtung eines ausdifferenzierten Systems von Zwangsunterbringung für Flüchtlinge. Objekt der Zwangsunterbringung werden alle Menschen, die sich als Nicht-Deutsche ohne »richtigen Papiere« in Deutschland aufhalten und/oder Asyl beantragen.

Flüchtlinge wohnen nicht, sie werden übergangsweise »untergebracht«. Die Unterbringung in Sammellagern, Internierungslagern (Flughafen), Zentralen Anlaufstellen (ZAST) oder in Abschiebegefängnissen erfolgt zwangsweise und ist jeweils verbunden mit einem unterschiedlichen Grad an Kontrolle, Freiheitsentzug und Isolation. Kasernen, Baracken und Container bieten sich als Gebäudestruktur für diese Unterbringung besonders an.

Ihnen ist als Bauform gemeinsam, daß sie in großem Umfang als normiertes Massenprodukt industriell gefertigt wurden bzw. werden, schnell aufzubauen und flexibel zu verwenden sind. Das Spektrum ihrer Verwendung reicht von Heimen, Militärunterkünften, Schlafunterkünften von Bauarbeitern bis hin zum planmäßigen Auf- bzw. Ausbau von Internierungslagern und Gefängnissen. Die Baracken und Container signalisieren Außenstehenden und den BewohnerInnen selbst ihren entsprechenden Status: bar jeder Individualität, austauschbar, verschiebbar, reduziert auf Objekte der Machtausübung. Signalisiert wird auch, daß der Aufenthalt – meist unabhängig von seiner tatsächlichen Dauer – provisorisch ist. Die Dauerhaftigkeit des provisorischen Status zeigt sich auch

dadurch, daß die BewohnerInnen nicht zur Wohnbevölkerung gezählt werden. Da Baracken und Container keine Wohnungen sind, ist ihre Aufstellung in Gebieten zulässig, die baurechtlich keine Wohngebiete sind, z.B. in Gewerbegebieten oder auf Flächen, die sich wegen hoher Lärmbelastung nicht zum Wohnen eignen. Aus der Zusammenfassung mehrerer Baracken oder Container entsteht kein Wohngebiet, sondern ein Lager, häufig eingezäunt (vgl. off limits,17, Feb./März 97).

Diese räumliche Isolation wird ergänzt durch unzählige, den Alltag bestimmende Vorschriften und Verbote, die auf eine soziale Isolation abzielen. Das Arbeitsverbot zwingt Flüchtlinge in den Status von BittstellerInnen, in die Abhängigkeit von staatlichen »Zuwendungen«. Diese werden in Form von Eßpaketen und/oder Einkaufsgutscheinen verabreicht. Damit ist ihnen verwehrt, Essen und Kleider selber zu wählen, nach eigenen Bedürfnissen und Vorlieben. Das beengte Wohnen, der fremdbestimmte Tagesablauf mit festen Essens- und Freizeiten, die Kontrolle durch Zäune und Wachpersonal – bis in die kleinsten und elementarsten Alltagshandlungen wird versucht, den hier Zuflucht suchenden Menschen ihren Status als selbstbestimmte Subjekte abzusprechen.

Flüchtlinge wohnen nicht, sie werden »untergebracht«

Die Lagerunterbringung hat sich in fast allen europäischen Staaten durchgesetzt, obwohl sie teurer ist als dezentrale Unterbringung. Die räumlichen und sozialen Strukturen der Zwangsunterbringung, die für viele Flüchtlinge eine traumatische Erfahrung darstellt, sind politisch gewollt. Sie führen dazu, daß den Menschen innerhalb der Lager ihr Selbstwertgefühl abhanden kommt. Außerhalb der Lager bestätigt die Existenz von Lagern das abwertende Bild von Flüchtlingen. Weder von den Medien, noch von Behörden oder einem Großteil der Bevölkerung werden sie als Individuen wahrgenommen. Sie haben weder Beruf, Qualifikation noch Biographien. Flüchtlinge haben in dieser Wahrnehmung nur Hunger, Ansprüche, Probleme und Familie, sie werden als die fordernden Armen dargestellt, die mit Sozialhilfe versorgt werden wollen. Als handelnde Subjekte, die bereits in ihrem Herkunftsland entweder aufgrund ihrer Taten in Gefahr geraten sind oder aufgrund aktiver Auseinandersetzung mit ihrer Situation die Entscheidung zur Flucht oder Ausreise getroffen haben, werden sie nicht wahrgenommen. Damit dient die Zwangsunterbringung zum einen ganz konkret und materiell der Abschreckung und Abwehr der »bedrohlichen Massen«, die Europa um seinen Wohlstand bringen könnten. Komplementär dazu ermöglicht das so produzierte Bild von Flüchtlingen der Gesellschaft, sich abzugrenzen und ihrerseits die Anfänge einer europäischen Identität zu konstruieren.

Bezirkssammellager, Abschiebegefängnisse und Internierungslager tragen zu einem Prozeß der Ent-Menschlichung bei, in dem Flüchtlingen über einen langen Zeitraum hinweg Schritt für Schritt ihre politischen, juristischen und moralischen Eigenständigkeiten und Rechte entzogen werden. In seinem Verlauf gewinnen rassistische und menschenverachtende Diskurse immer mehr an Selbstverständlichkeit. Sie trennen Flüchtlinge und MigrantInnen als Kategorie von anderen Menschen und ermöglichen es, daß für sie andere Maßstäbe gelten. Sie sind die Überflüssigen und Unerwünschten – Menschen zweiter Klasse, denen deutsche Beamte bei der Abschiebung zur Ruhigstellung auch mal ein Kissen ins Gesicht drücken dürfen. Vor einigen Wochen ist der Sudanese Aamir Ageeb daran gestorben.

▶ **Tina Goethe** ist Mitarbeiterin im **iz3w**.

Krieg der Metaphern
Wie KZs zu Lagern werden

von **Günther Jacob**

▶ Der Vergleich von Milošević mit Hitler und die Aussage Rudolf Scharpings, »der Holocaust wiederholt sich im Kosovo«, sind vom deutschen Publikum dankend angenommen worden. »Faschismus« und »Holocaust« konnten so symbolisch an »die Serben« weitergereicht und Deutschland in die »antifaschistische Koalition« eingereiht werden.

Solche Metaphern und Vergleiche bilden einen Bereich des uneigentlichen Sprechens. Sie stellen eine Bedeutungsübertragung zwischen ganz entfernten Sachverhalten dar: Etwa zwischen den Ereignissen im Kosovo und dem Holocaust über die Worte »Massengrab«, »Vertreibung« und »Massenmord«. Nun sind Praktiken des Metaphorisierens zunächst unvermeidlich. Unsere ganze Sprache und Theoriebildung können ohne Metaphern und ohne soziales Bildgedächtnis überhaupt nicht funktionieren. Wir sind auf Metaphern angewiesen, weil erst sie die Beschreibung von Gegenständen und Verhältnissen in verschiedenen Formen des indirekten, bildlich-symbolischen Diskurses möglich machen. Ohne Metaphern würden wir das, was wir mitteilen wollen, nur sehr dinghaft verstehen, nicht als Vorgestelltes oder Erinnertes. »Ein Wort an die Stelle des anderen setzen«, sagt daher Pierre Bourdieu, »heißt, die Sicht der sozialen Welt zu verändern und dadurch zu deren Veränderung beizutragen.«

Notwendiges Vergleichen

▶ Nicht jeder beliebige Diskurs kann einer bislang gültigen Bedeutung einer Sache einen anderen Sinn verleihen. Dazu bedarf es einer gewissen Macht. Deshalb konnte Kriegskanzler Schröder auf eine Interviewfrage des Spiegel – »Wenn ihr Verteidigungsminister von Konzentrationslagern redet, muß

er doch Beweise dafür haben!« – lapidar entgegnen: »Es kommt darauf an, was man dem Begriff unterlegt. Wir wissen, daß Menschen zusammengefaßt werden und unglaublicher Brutalität ausgesetzt sind. Das reicht, um zu handeln.« Man verschiebt dabei einen Inhalt, der bisher festzustehen schien, in ein anderes Register. Wie sehr sich dabei Vergleich und Gleichsetzung bedingen, beweist auch Joseph Fischer: »Es war ein wirklicher Schock, daß Milošević bereit war zu handeln wie Stalin und Hitler: einen Krieg gegen die Existenz eines ganzen Volkes zu führen.«

Abgesehen davon, daß Fischer die Macht hat, neue Tatsachen zu schaffen, gelingt ihm dies auch deshalb in einem relevanten Umfang, weil die Metaphern des Holocaust in den letzten 50 Jahren in die Sprache eingegangen und damit Teil einer größeren Erfahrungssphäre im Gedächtnis geworden sind. Vor allem aber ist der Holocaust – wie James Young beschrieben hat – selbst zur Metapher geworden. Als US-amerikanische Juden in den 50er Jahren gegen den Antisemitismus demonstriert haben, haben sie sich Fußketten angelegt. Sie haben sich als afrikanische Sklaven imaginiert. Inzwischen ist es umgekehrt so, daß Afroamerikaner vom »black holocaust« sprechen.

In Deutschland gelten inzwischen auch ehemalige Wehrmachtssoldaten als »Zeitzeugen« und »Überlebende des 2. Weltkrieges«. Die deutsche Tätergeneration beruft sich in demagogischer Absicht auf die Metaphern des Holocaust, aber sie ist auch in gewissem Maße dazu gezwungen, wenn sie sich Gehör verschaffen will. Damit ist eine ganz neue Situation entstanden, weil sich der Kampf um die Bedeutung der »Kriegsereignisse« (inklusive »Fluchtundvertreibung«) heute über weite Strecken als Kampf um die Metaphern des Holocaust darstellt.

Das Erinnern des Holocaust ist grundsätzlich von Vergleichen geprägt. Sie sind weder zu verhindern noch grundsätzlich abzulehnen. Denn erst im Vergleich wird die Nicht-Gleichheit des Holocaust deutlich. Die Metaphern des Rudolf Scharping halten aber einer historischen Überprüfung nicht stand. Sie nutzen die beschriebene Funktion der Metapher aus und lassen sich auf eine wahrheitsgemäße Beschreibung der nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager nicht ein. Dabei nutzen sie aber auch einige Schwächen von Antifaschisten aus, die mit Metaphern wie »Wehret den Anfängen«, den Eindruck erwecken, als könne es klar ableitbare »Lehren aus der Geschichte« geben, die genauere Handlungsanweisungen zulassen, als den Imperativ, daß Auschwitz sich nicht wiederholen darf. Auch Linke, Kriegsgegner und Antifaschisten arbeiten permanent mit historischen Metaphern: die wiederholte Zerstörung der Donaubrücken, die deutschen Bomber, die erneut Belgrad zerstören, die Bundeswehr, die in Priština die Tradition der Wehrmacht fortsetzt.

Aber auch der linke Wunsch, der Vergleich mit dem Holocaust möge einen Schrecken hervorrufen, wird im Medium der politischen Agitation schnell fragwürdig und unangemessen. Wer allzu demonstrativ in der Geschichte des Holocaust Parallelen zum aktuellen Geschehen sucht, verfolgt ebenfalls eine Vereinnahmung eines fremden Leidens für den eigenen politischen Ansatz. Besonders der linke Versuch, eine widerspruchsfreie geschichtsphilosophische, historisch-materialistische oder kausal-logische und damit beruhigende Ableitung aufzubauen, zum Beispiel: »Die Lager bringen die barbarische Potentialität der Wertvergesellschaftung zum Vorschein«, produziert einen unerklärbaren »Rest« und damit die Neigung, nur noch metaphorisch über den Holocaust zu sprechen. Die konkrete Tat des völkischen Kollektives erscheint dann als Tat ohne Täter bzw. diese als bewußtlose Vollstrecker einer »Struktur« oder als Opfer einer »Ideologie«. So kann sich die Theorie selbst als eine Form psychischer Verdrängung erweisen.

Linke Konkurrenz zu Fischer

▶ Wenn diese Art der Bezugnahme dann noch ohne jedes Bewußtsein von der Problematik der Metapher erfolgt, wenn auch von Linken die Ereignisse nicht konkret beschrieben werden, wenn »Lager« auch für sie nur eine Metapher ist, dann geraten sie in hoffnungslose Konkurrenz zu Fischer, der mit seiner Behauptung, Auschwitz wiederhole sich im Kosovo, die linke historische Metapher »Nie wieder deutsche Bomber über Belgrad!« überbieten konnte. So existieren ganz unterschiedliche »Lehren aus Auschwitz«, die sich dort, wo man sich bei aktuellen politischen Ereignissen auf sie berufen möchte, gegenseitig nicht ergänzen, sondern widersprechen können. Während der Nato-Angriffe auf Jugoslawien führte das zu einem regelrechten Krieg der Metaphern.

Ganz ähnliches gilt für die bekannten Photographien und Filmdokumentationen, die nach der Befreiung der Lager entstanden sind und die heute als Ikonen der Vernichtung das soziale Bildgedächtnis prägen. Rudolf Scharping profanisiert den Schrecken im Kosovo gerne mittels Fotos, deren Offenheit für Deutungen er durch seine erregte Kommentierung eingrenzen wollte. Dabei spielt er auf die ältere Bildtradition der KZ-Fotos an, die sich als Folie über die Aufnahmen aus dem Kosovo legen sollten. Mittels dieser Bilder versuchte er erfolgreich eine Eindeutigkeit zu erreichen, die argumentativ nicht zu leisten ist.

Aber auch viele Überlebende des Holocaust fühlten sich von den Bildern, die flüchtende Menschen in überfüllten Zügen zeigten, an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert. Auch ihnen drängen sich bei den Bildern Vergleiche auf. Und sie kommen dabei zu unterschiedlichen Ergebnissen. Es gibt eine dramatische Zerrissenheit unter den in den USA, Westeuropa und Israel lebenden Juden bezüglich der Kosovo-Frage. Gerade im Fall dieses Krieges zeigt sich, wie die Ereignisse des Holocaust im Lichte eines aktuellen Ereignisses neu interpretiert werden können. Es ist nicht zu vermeiden, daß wir heute jedes Bild von flüchtenden Menschen, die mit Koffern in der Hand in einer Schlange stehen, über die Folie der Holocaust-Fotos legen. Als kulturell allgemein verfügbare Ikonen der Vernichtung wird auch die Interpretation dieser Fotos mehr und mehr von den Anforderungen der Gegenwart strukturiert, d.h. von der Positionierung in der heutigen Welt. Allerdings ist es in einem zweiten Schritt möglich, diesen Vergleich für den konkreten Fall abzulehnen.

Es gibt in Deutschland eine Verschiebung in der Erinnerungskultur von der tendenziellen Leugnung des Holocaust zu der Frage nach der richtigen Lehre. Plötzlich ist umstritten, was eine Vertreibung von einer Deportation unterscheidet und ab wann und mit welchen Mitteln welcher Anfänge gewehrt werden muß. Der Kampf um Bedeutungen wird vor allem in Form einer bedeutungssuchenden und bedeutungsschaffenden Erinnerungskultur ausgetragen. Seit den 90er Jahren hat sich eine Erinnerungskultur etabliert, die sich um die Frage nach einem deutschen Staat nach Auschwitz dreht. Der Holocaust wird dabei zugleich integriert und gewendet. Diesen Kampf hat Deutschland nach vielen Debatten zwischen 1989 und 1999 erfolgreich abgeschlossen – nicht durch abschließende Worte, sondern durch eine Tat, durch einen Akt der Gewalt. Diese Tat, der Kriegseintritt, kann im Gegensatz zu einem Wort nicht mehr widerrufen werden. Sie ist mächtiger als jedes Wort. Deutschland ist real auf die Seite der »antifaschistischen Koalition« gewechselt. Durch diesen Vorgang verändert sich die Erzählung über den Holocaust selbst. Er wird integriert in die Jahrhundertgeschichte der Lager und der großen Vertreibungen, in die nach deutscher Lesart besonders die Vertreibungsgeschichte der Deutschen aus dem Osten gehören soll. Er wird integriert in die Geschichte des Kampfes von Humanität und Demokratie gegen den Totalitarismus. Nach diesem Krieg ist die Geschichte, die vor ihm stattfand, nicht mehr die unbeschädigte Vorgeschichte, sondern sie verändert sich durch diesen Zugriff selbst.

▶ **Günther Jacob** lebt als Publizist in Hamburg. Der Beitrag ist die überarbeitete Version eines Vortrags, den er Anfang Juli während des Kongresses *»Deutschland wiedergutgemacht«* in Berlin gehalten hat.



»Es ist erfreulich: Seit einiger Zeit sprechen wir wieder über Dokumentarfilme; wir sehen wieder Dokumentarfilme, dort, wo sie hingehören, nämlich im Kino, und, was noch besser ist: Wir streiten wieder über das Dokumentarische Kino.(...) Während im Spielfilm eine neue pseudo-dokumentarische Keuschheit aufscheint, in den dänischen Dogma-Filmen zum Beispiel, überschreiten die Dokumentarfilme entschlossen die Grenze zum Artifiziellen und Inszenierten.« (Georg Seeßlen, in: Jungle World 27 v. 20. Juni 1999)

Was Georg Seeßlen hier konstatiert, gilt auch und besonders für das *Cinéma du Sud* und das ethnologische Kino. Grenzüberschreitungen zwischen »reiner« Dokumentation, dokumentarischer Fiktion und Spielfilm waren so auch beim achten *freiburger filmforum – ethnologie und afrika / amerika / asien / ozeanien,* das Anfang Mai im Kommunalen Kino in Freiburg stattfand, Gegenstand der Diskussionen. Das lag nicht zuletzt an den Filmen des australischen Regisseurs Dennis O'Rourke, der zu einer Werkschau eingeladen war. Seine mittlerweile als Klassiker des Ethnofilms geltenden »dokumentarischen Spielfilme« heben die Trennung von Dokumentar- und Spielfilm auf und reflektieren so Wahrnehmungsweisen von Wirklichkeit und die strategische Funktion von Bildern.

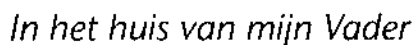
Im folgenden kleinen Themenschwerpunkt zum (ethnographischen) Dokumentarfilm berichtet Dennis O'Rourke über sein Selbstverständnis als Filmemacher und über die Entstehungsbedingungen und Rezeptionsweisen seiner Filme.

Ein weiterer Schwerpunkt des *filmforums* war das *Latino Cinema* in den USA. Paul Espinosa, der Pionier des *Chicano Cinema* und Michael van Wagenen geben Auskunft über den filmischen Umgang mit der Bürgerrechts- und Farmarbeiterbewegung der Mexican-Americans, in deren Zusammenhang Ende der sechziger Jahre das *Cine Chicano* entstand.

Der den Beiträgen vorangestellte Festivalbericht von Volker Kull gibt einen Überblick über die thematische Vielfalt des Festivals, das in diesem Jahr unter dem Motto 'Leben zwischen den Kulturen' stand.






In het huis van mijn Vader


Paulina

Dialog zwischen den (Film-)Kulturen

Das achte freiburger filmforum

von **Volker Kull**

► Was sind ethnologische Filme? Dies ist eine der zentralen Fragen, die sich alle zwei Jahre auf dem *freiburger filmforum – ethnologie und afrika/amerika/asien/ozeanien* stellt. Seit 1985 treffen sich auf diesem kleinen und feinen Filmfestival internationale DokumentarfilmemacherInnen, filmende Ethnologen und Anthropologen sowie Regisseure des *Cinema du Sud* zum gemeinsamen Dialog. Bis heute sind jedoch weder die Veranstalter noch die Gäste oder die Besucher zu einem Konsens gelangt. Wie sollten sie auch angesichts eines derart dynamischen Filmgenres.

Der Umgang der Veranstalter des *freiburger filmforums* mit dieser offenen Frage ist eindeutig. Ganz bewußt wählen sie Filme aus, die die konventionellen Gattungs- und Genregrenzen zwischen Spiel-, Dokumentar- und traditionell ethnographischen Filmen überschreiten. Doch nicht nur in filmästhetischer Hinsicht möchten die Festivalmacher Grenzen überwinden. Als ethnologisches Filmfestival haben sie sich darüber hinaus zum Ziel gesetzt, kulturelle Grenzen zu überwinden und stereotype Vorstellungen über uns fremde Kulturen zu hinterfragen. Gleichsam als Zugabe vermitteln die Filme daher interessante Einblicke in diese Kulturen und das dortige Filmschaffen.

Unter dem Motto 'Leben zwischen den Kulturen' wurden bei der achten Ausgabe des *freiburger filmforums* insgesamt 52 Filme gezeigt. Das thematisch breite Spektrum reichte von Filmreihen zum dokumentarfilmischen Schaffen in Israel, zum Latino-Cinema in den USA bis hin zu einer Reihe mit brasilianischen Dokumentar- und Ethnofilmen. Darüber hinaus widmete das *filmforum* eine ausführliche Hommage dem 1998 verstorbenen senegalesischen Filmemacher Djibril Diop Mambéty, der mit seinem Film *Touki Bouki* zu Beginn der 70er Jahre dem afrikanischen Filmschaffen wichtige Impulse verlieh. Besonderes Interesse wurde dem australischen Filmemacher Dennis O'Rourke zuteil. Eine umfangreiche Werkschau beleuchtete sein engagiertes Filmschaffen, mit dem er sich immer wieder für die Belange der indigenen Bevölkerung in Papua Neuguinea und in Australien einsetzt. Abgerundet wurde das Programm durch aktuelle internationale Filmproduktionen, wobei hier vor allem die Filme aus und über Afrika erwähnenswert sind. Filme wie *Woubi Chéri* von Philip Brooks und Laurent Bocahut über die Schwulen- und Transvestitenkultur in der Elfenbeinküste und *Zone Rap* des senegalesischen Filmemachers Bouna Medoune Seye über die Rapperbewegung in Dakar beweisen, daß die afrikanischen Kulturen nicht statisch in alten Traditionen verhaftet sind, sondern auf Globalisierungsprozesse dynamisch mit neuen Lebensformen reagieren.

Trennungsversuche

► Einen filmischen Höhepunkt stellte bereits der Auftakt des Festivals dar. In ihrem Film *In het huis van mijn Vader* (Im Haus meines Vaters) begibt sich die in den Niederlanden wohnende marokkanische Filmemacherin Fatima Jebli Ouazzani auf die Spurensuche nach ihrer Kindheit und Jugend. Im Alter von 18 Jahren hat sie aus Furcht, das selbe Schicksal wie ihre Mutter erleiden zu müssen, ihr Elternhaus verlassen. Diese wurde im Alter von vierzehn von ihrem Vater jungfräulich verheiratet und Jahre später zugunsten einer siebzehnjährigen verlassen. In ehrlichen und oftmals schmerzhaften Gesprächen mit ihren Großeltern und immer in Gefahr, von ihrer Familie verstoßen zu werden, geht die Filmemacherin der frauenfeindlichen, noch heute von patriarchaler Dominanz geprägten Gesellschaft Marokkos auf den Grund. Durch die abwechselnden Dokumentar- und Spielfilmszenen sowie die eindrucksvolle orientalische Bilderwelt entstand ein einfühlsamer, mutiger und sehr persönlicher Film mit hohem künstlerischem Wert.

Ein in Thema und Filmsprache ähnlicher, in seiner Atmosphäre jedoch völlig unterschiedlicher Film war *Paulina* von Vicky Funari. Der Film handelt über das Schicksal der Mexikanerin Paulina Cruz Suarez, die im Alter von 11 Jahren von einem reichen Großgrundbesitzer vergewaltigt und ihm daraufhin von ihren Eltern zur Frau gegeben wurde. Paulina aber rebellierte gegen die Unterdrückung durch ihren Mann, der sie gewaltsam ihrem Elternhaus entriß. Noch als kleines Mädchen floh sie nach Mexiko-City, wo sie als Haushälterin arbeitete. Fortan konnte sie vergleichsweise selbständig über ihr Leben bestimmen. Voller Zorn erzählt Paulina in dokumentarischen und gespielten Szenen, die Gegenwart und Vergangenheit geschickt miteinander verweben, über ihr Verhältnis zu ihren Eltern und den Dorfnachbarn, ihre Zeit im Haus ihres Ex-Mannes und ihr jetziges Leben.

Die Trennung der Frauen von ihren Ehemännern ist auch Thema des Films *Divorce Iranian Style* (Scheidung auf Iranisch) von der exiliranischen Ethnologin Ziba Mir-Hosseini und der britischen Filmemacherin Kim Longinotto. Sie begaben sich in den Imam Khomeini Gerichtskomplex in Teheran und begleiteten die erniedrigenden Gerichtsverfahren dreier Frauen. Im Unterschied zu Männern, die sich jederzeit problemlos scheiden lassen können, benötigen Frauen im Iran zu allererst die Zustimmung ihrer Ehemänner. Erhalten sie diese nicht, müssen sie handfeste Beweise über deren Unfruchtbarkeit, Geisteskrankheiten oder mangelnde finanzielle Zuwendung erbringen. Dieser eindrucksvolle, am Stil des *Direct Cinema* orientierte Film zeugt von den großen gesell-



Woubi Chérii



Zone Rap

schaftlichen Spannungen zwischen dem männlich dominierten öffentlichen Leben und der durch die Frauen beherrschten Privatsphäre in dem islamisch geprägten Staat. Obwohl der Film mit der Begründung, es sei nicht die richtige Zeit für solch einen Film, nicht für das Programm des iranischen Filmfestivals in Teheran ausgewählt wurde, unterstreichen zahlreiche positive Kritiken in iranischen Zeitungen und die Tatsache, daß er überhaupt entstehen konnte, die Tendenzen einer kulturellen Reform im Iran unter der Regierung Khatamis.

Werkschau

► Der insgesamt sowohl inhaltlich und filmästhetisch stärkste als auch publikumswirksamste Programmteil des diesjährigen *filmforums* beschäftigte sich mit Dennis O'Rourke.[1] Mit dem Werk des australischen Filmemachers (der es strikt ablehnt, als ethnologischer Filmemacher bezeichnet zu werden), führte die Filmschau die 1985 begonnene Programmreihe fort, die das Werk herausragender ethnologischer Filmemacher einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen möchte.

Die Weigerung O'Rourkes, sich von der Ethnologie vereinnemen zu lassen, geht auf eine überholte Vorstellung von ethnologischen Dokumentarfilmen zurück, die allerdings noch immer in den Köpfen so mancher Filmkritiker herumspukt. Noch 1995 hat Eliot Weinberger, einer der schärfsten Gegner sogenannter ethnographischer Filme, in *Lettre International* geschrieben, »ethnographische Filmemacher seien Angehörige eines Volkes, die sich für unsichtbar halten, ihre Informationen roh verschlingen und einer erschrekkenden Gottheit namens Realität frönen.« Der schlimmste Vorwurf, den man Ethnologen machen könne, sei, sie mit dem Begriff 'Ästhet' zu bezeichnen.

Was er und andere Kritiker an ethnographischen Filmen jedoch häufig übersehen, ist, daß es immer schon filmende Ethnologen gab, wie etwa Jean Rouch oder David MacDougall, die durch ihre innovative Filmarbeit die Entwicklung neuer künstlerischer Stilrichtungen der Kinoästhetik maßgeblich mitbeeinflußt haben. Selbstverständlich wird es immer die Stimmen von Ethnologen geben, die auf einer mimetischen Abbildung der Realität in Filmen insistieren. Filme wie die von Dennis O'Rourke und nicht zuletzt das Konzept des *freiburger filmforums* zeigen jedoch, daß die Ethnologie in stetigem Wandel begriffen ist und daß sich die Auffassung darüber, was ethnographische bzw. ethnologische Filme sind, in den vergangenen fünfzehn Jahren grundlegend verändert hat.[2]

Egal welchem Genre seine Filme zuzurechnen sind, immer wieder beweist Dennis O'Rourke, daß seine Filme entsprechend der 'teilnehmenden Beobachtung' sensibel zwischen Distanz und Nähe von Filmemacher, Gefilmten und/oder Publikum oszillieren. Zugleich zeugen sie von emotionaler Teilnahme des Filmemachers an den Schicksalen der Protagonisten und lassen so die Zuschauer auch am vorfilmischen Geschehen, das heißt an der dargestellten fremden Umgebung, teilhaben.

Für seinen ersten Film *Yumi Yet* (1976) beispielsweise hatte er von der australischen Kolonialregierung den Auftrag, die Unabhängigkeitsfeiern in Papua Neuguinea zu dokumentieren. Im Unterschied zu den Vorstellungen seiner Auftraggeber erzählte er aber die Geschichte aus der Perspektive der Einheimischen, was ihn seinen Job kostete.

Das persönliche Engagement drückt sich auch in der Filmsprache aus. Anstatt seine Anwesenheit als Abwesenheit zu konstruieren und so eine vermeintlich objektive Wirklichkeit zu präsentieren, bindet er sich immer auch selbst in die vorfilmischen Geschehnisse ein. So auch bei einem seiner umstrittensten Filme *The good woman of Bangkok* aus dem Jahre 1992. Anhand des Schicksals von Aoi führt der Film die Zuschauer in die Welt der Prostitution in Thailand. Kurz nach seiner eigenen Scheidung hat sich O'Rourke dorthin begeben, um, wie er im Vorspann mitteilt, dem Geheimnis der Liebe auf den Grund zu gehen. Er lernt Aoi kennen, verliebt sich und macht in den folgenden neun Monaten einen Film über sie und ihre gemeinsame Beziehung. Beinahe ausschließlich in Nahaufnahmen erzählt Aoi über ihr Leben, ihre Arbeit und ihre Beziehung zu Männern. Immer wieder kontrastiert O'Rourke diese Szenen mit Sequenzen aus den Animierlokalen Bangkoks und mit Interviewfetzen von Freiern aus aller Welt, die mit ihren sexuellen Abenteuern prahlen. Dies und die direkte Addressierungsweise des Films führen die Unmenschlichkeit der Ausbeutungssituation, in der sich die Prostituierten befinden, unmittelbar vor Augen. Abgesehen von aller Kritik am Produktionskontext und von dem insbesondere von feministischer Seite erhobenen Vorwurf, dem Film würde es an einer Analyse der Situation der Frauen ermangeln, liegt die Stärke des Films darin begründet, daß es dem Filmemacher einzig durch die persönlichen Stellungnahmen Aois gelingt, seinen Blick zur Perspektive der Zuschauer zu machen. Dadurch wird ihnen ihr eigener Voyeurismus unmittelbar bewußt gemacht.

Insgesamt hat das vielfältige Programm des *freiburger filmforums* auch dieses Jahr gezeigt, daß ethnologische Filme mehr sind als nur akademische Filme, die unterlegt durch einen wissenschaftlichen, autoritativen *Voice-Of-God*-Kommentar beispielsweise die Yatmül in Papua Neuguinea beim Bau eines Männerhauses oder der Durchführung eines Initiationsrituals filmen. Gleichgültig, ob es Filme von einheimischen oder auswärtigen Filmemachern sind, immer unternehmen sie den Versuch, die Binnenperspektive der Gefilmten einzunehmen und, wenn es sich um auswärtige Filmemacher handelt, den Einfluß eurozentristischer Weltbilder zu minimieren. Es sind Filme, die interessante Eindrücke aus fremden (Sub-)Kulturen vermitteln und versuchen, die Geschichten der Betroffenen mit deren eigenen Stimmen zu erzählen.

Anmerkungen:

1 Siehe auch den nachfolgenden Beitrag von Dennis O'Rourke

2 Zum ethnographischen Film siehe Volker Kull, Die Stimme der 'Anderen' – Anmerkungen zum ethnographischen Film, in iz3w 224, Oktober 1997, S. 40-42

► **Volker Kull** ist Ethnologe. Er beschäftigt sich u.a. mit ethnographischem Dokumentarfilm und mit lateinamerikanischem und schwarzafrikanischem Kino.





The good woman of Bangkok

»Der Film macht mich«

Über den Prozeß des Filmemachens

von **Dennis O'Rourke**

Das Kino ist ein Ritual, ein Traumzustand. Die Filmschaffenden und das Publikum müssen sich damit auseinandersetzen, sie müssen herausgefordert und verängstigt werden; sie müssen glücklich, wütend und traurig gemacht werden · man darf sie nicht nur angenehm erregen, neugierig machen oder an der Nase herumführen. Egal bei welcher Art von Kino, den Dokumentarfilm eingeschlossen, die Art des Erzählens ist wichtiger als die Geschichte selbst.

► Den Prozeß meines Filmemachens kann man mit einer Katze vergleichen, die nach ihrem Schwanz jagt. Für mich jedenfalls ist es ein komplettes Rätsel ist, wie ich meine Filme mache. Wir können zusammen einen Film anschauen, der meinen Namen trägt, und ich wundere mich über das, was sich da auf der Leinwand ereignet. Ich werde dann sicherlich nicht denken, daß ich selbst der Autor bin, der gerade seinen Film anschaut.

Es mag seltsam klingen, aber mein Wahlspruch ist: »Ich mache nicht den Film, der Film macht mich.« Lassen sie mich das erklären.

Filmen als Reise

► Einen Dokumentarfilm zu machen ist eine Abfolge von Synthesen, in der gleichen Weise, wie das Schreiben für den Autor hauptsächlich ein Umschreiben ist. Jede Stufe des Prozesses – von der Idee bis hin zur Veröffentlichung – wird zur Modifikation vorangegangener Stufen. Genauso muß der Prozeß des Filmens eine heftige Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit sein. Ich muß mich selber in der Realität, die ich zu filmen versuche, verorten. Dadurch kann ich die Authentizität der Menschen und Orte entdecken und meine emotionalen Perspektiven an soziale und politische und eben nicht an akademische Prozesse anknüpfen. Ein Film darf sich nicht außerhalb der Realität befinden, die er darstellen will.

Das bedeutet notwendigerweise, daß ich die Logik von Ursache und Wirkung der konventionellen Erzählweise ignorieren muß. Niemals darf ich annehmen, ich hätte ein sicheres Wissen von bestimmten Situationen und Umständen. Der Zauber des Dokumentarfilms liegt darin, daß man kreativ werden kann ohne jede Vorstellung davon, wohin sich der Film hinbewegen könnte. Man konzentriert sich voll und ganz auf die Gegenwart. Beim Filmemachen ist es wichtig, nicht rational vorzugehen, sondern seinen Gefühlen und der Intuition zu vertrauen. Man muß irrational vorgehen, denn sonst entwischen einem wahre Bedeutungen und die Schönheit einer jeden Idee. Ich denke, daß die *story* weitaus unwichtiger ist als die Ideen und Gefühle, die diese umgeben.

Das Entscheidende am Kino ist seine Fähigkeit, den Zuschauer auf eine andere Ebene zu bringen. Und der Zauber des Kinos liegt im Prozeß des Filmens. Im Akt des Filmens selbst liegt das Potential, das die Kunst erzeugt. Denn nur hier kann man die Beziehung des Filmemachers zum Gegenstand und zu den Zuschauenden artikulieren.

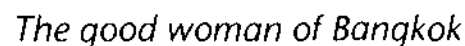
Dies alles wird durch die wunderbaren Hilfsmittel möglich – Kameras und Aufnahmegeräte –, die für mich beobachten und zuhören, während ich wie in Trance durch die Welt der Ideen stolpere. Wie der ideale Tourist bin ich auf einer Entdeckungsreise. Und ich reise nicht, um an meinen Ausgangspunkt zurückzukommen. Das geht nicht, da man sich während der Reise zu sehr verändert. Deswegen sage ich: »Nicht ich mache den Film, sondern der Film macht mich.«

Wirklichkeit als Kopfschmerztablette

► Die meisten Dokumentarfilme verursachen mir Schmerzen. Die Regisseure sind sich der Wahrheiten ihrer Aussagen viel zu sicher. Sie haben offensichtlich kein Bewußtsein von der Tatsache, daß die Vorstellung von Wahrheit eine Zeitbombe enthält (dies entspricht ihrer Ignoranz bezüglich des eigenen Ortes innerhalb der Interpretationen der Zuschauenden). In meinen Filmen der letzten Jahre habe ich stets versucht, diesen Verlockungen der Selbstbeweihräucherung und -vergewisserung zu widerstehen und sie zurückzuweisen. Mittlerweile denke ich, daß es im Film, wenn nicht sogar im Leben überhaupt, keine Wahrheiten, sondern nur Interpretationen gibt.

Das Problem der Repräsentation – die Frage, wie man die Beziehung des Autors zum Gegenstand und zu den Zuschauenden artikuliert – ist die fundamentale Herausforderung für jeden Geschichtenerzähler. Es ist ungemein wichtig, daß die Filmschaffenden und die Zuschauer sich von den Vorstellungen lösen, der Dokumentarfilm sei eine reine und unproblematische Darstellung der Wirk-





The good woman of Bangkok



Cannibal Tours

lichkeit, deren 'Wahrheit' bequem verteilt und empfangen werden könne – wie eine Kopfschmerztablette.

Abgesehen von anderen politischen und kulturellen Ansprüchen erfüllen viele Dokumentarfilme die Funktion, die Zuschauer sich als Teil einer aufgeklärten Elite fühlen zu lassen, gerade so, als ob diese allein durch das Zuschauen schon eine Absolution erreicht hätten. Und die Folge ist, daß sich die Zuschauer mit ihrem allwissenden Helden, dem Filmemacher, identifizieren.

In seiner öffentlichen Rolle wird der Filmemacher zum heldenhaften Protagonisten des eigenen Films, selbst dann, wenn er auf der Leinwand nicht direkt in Erscheinung tritt. Aber er ist natürlich der wirkliche Held seiner Filme. Dafür spricht die Aufmerksamkeit, die seinem Geschick, seiner Güte und dem Wert seiner Arbeit entgegengebracht wird. Und das folgt unmittelbar aus seiner theologischen Position als Lieferant der wichtigen und politisch korrekten Nachrichten. Er ist der Überbringer der 'guten Nachrichten', oder besser, der 'guten' Version der schlechten Nachrichten.

Wenn ein Filmemacher bewußt diesen bequemen und unausgesprochenen Vertrag zwischen ihm und den Zuschauenden lösen möchte – wie ich es in meinem Film *The Good Woman of Bangkok*[1] versuchte, welcher die aufrichtige Position einnimmt, daß der Filmemacher auf seine Art genauso schuldig und verstrickt in den Sextourismus ist wie der beschriebene Tourist –, wenn also die ehemals bewundernde Zuschauerschaft mit diesem Dilemma der Identifikation konfrontiert wird, dann wählt sie den einfachen Weg und bringt den Boten der Nachricht um.

Kino als Aufklärung

► Ich mache Dokumentarfilme (als Gegensatz zu Unterhaltungsfilmen) nicht, weil ich denke, daß diese näher an der Wahrheit sind, sondern weil ich davon überzeugt bin, daß mit einer neu erschaffenen Form der nichtfiktionalen Filme die Möglichkeit besteht, etwas von großem Wert zu produzieren – eine Art Ideen-Kino, das die Zuschauer in einer Weise berührt, wie es keiner der unterhaltenden Hollywood-Filme kann.

In meinen Dokumentarfilmen versuche ich all die Gerätschaften des Unterhaltungskinos zu nutzen. Ich möchte, daß meine Filme genauso wie große Unterhaltung einen Weg aufzeigen und nicht, daß sie gut geschnürte Bündel von Dogmen vergangenen Wissens liefern. Ich mache Dokumentarfilme, weil ich an ein Kino glaube, das der Enthüllung, der Zelebrierung und der Aufklärung über den *human spirit* dient, nicht nur der Trivialisierung oder der Erniedrigung. Ich mache es nicht, um die Menschen mit Informationen zu versorgen; ich mache es, um sie zu berühren, sie zu provozieren und sie zu verblüffen – um die Wahrheit, die wir *bereits schon* wissen, wirklicher zu machen. Ich versuche, meine Vorstellung von greifbarer 'Wahrheit' zu vermitteln, die aber einfach und kaum wahrnehmbar dargestellt wird, als Illusion. Ich versuche mich auf die kleinen vertrauten Details zu konzentrieren und gehe dabei reduktiv und zurückhaltend vor. Ich mag die Vorstellung, daß in meinen Filmen nicht wirklich etwas passiert, das dafür aber *sehr schnell.*

Cannibal Tours

► *Cannibal Tours*, ein Film, den ich 1988 in Papua Neu Guinea drehte, hat bis heute nichts an Bedeutung verloren. Die geschilderten Ereignisse und Begegnungen finden genau in diesem Moment in allen Zeitzonen dieser Welt statt. Der Drehort meines Filmes war der Sepik River. Er könnte aber genauso gut in Texas, Tahiti, Hokkaido, Zentralaustralien, Sevilla oder Bangkok spielen.



Foto: U. Rechenberger

► **Dennis O'Rourke** wurde 1945 in Brisbane, Australien geboren. Ende der 60er Jahre bereiste er den »Outback« Australiens, die pazifischen Inselwelt und einen Teil Südostasiens. Er arbeitete als Landarbeiter, als Viehhirte, auf Ölfeldern und als Seemann, aber auch als autodidaktischer Fotojournalist. 1970 zog er nach Sidney und über den Umweg als Gärtner für ABC (Australian Broadcasting Company) wurde er zum Filmemacher. Von 1975 bis 1979 lebte er in Papua-Neuguinea und erlebte den Prozeß der Dekolonisierung mit. Im Auftrag der neuen Regierung bildete er Einheimische als Filmemacher aus. Danach gründete er, zurückgekehrt nach Australien, seine eigene Produktionsfirma. 1984/85 und 1990/91 war er als »Visiting Fellow« an der »Research School of Pacific Studies« an der »Australian National University«.

YUMI YET (1976)
ILEKSEN - POLITICS IN PAPA NEW GUINEA (1978)
YAP ... HOW DID YOU KNOW WE'D LIKE TV (1980)
THE SHARK CALLERS OF KONTU (1982)
HALF LIFE: A PARABLE FOR THE NUCLEAR AGE (1988)
CANNIBAL TOURS (1988)
THE GOOD WOMAN OF BANGKOG (1991)
THE PAGODE DA TIA BETH (1993)

Cannibal Tours schildert die Begegnung europäischer Touristen mit der einheimischen Bevölkerung des Sekpi-Flusses in Papua-Neuguinea. Der Film will zwei Reisen nachzeichnen: Die Kreuzfahrt der Touristen auf dem Luxusboot, mit dem sie auf dem Fluß unterwegs sind, und eine Reise im metaphysischen Sinn des Wortes. In dieser zweiten Reise wird versucht, den Platz zu lokalisieren, den die »Anderen« in der Vorstellungswelt der breiten westlichen Bevölkerung einnehmen. Auf eindrückliche aber humoristische Art läßt der Film den Besuchern und den Besuchten Raum, ihre Eindrücke der jeweils anderen zu schildern.







The Shark Callers of Kontu

Es ist sicherlich ein Dokumentarfilm, aber es ist genauso ein fiktionaler Film, da er ein *Artefakt* in dem Sinne ist, daß er von jemandem gemacht worden ist. Die Produktion von Kunst ist in erster Linie nur ein Kunstgriff – das Spielen mit dem undifferenzierten Mischmasch des Lebens, um ein kleines Produkt herauszubekommen. Dies kann sich sowohl auf die Bedeutung als auch den Gegenstand des Films beziehen. Ebenso können der Zuschauer und das Subjekt im Film ein und dieselbe Person sein. Es kann uns dabei peinlich berühren sowohl innerhalb als auch außerhalb des Rahmens (und des Prozesses des Filmemachens) zu sein. Diese Erfahrung der Selbsterkenntnis und der Verlegenheit ist der eigentliche Gegenstand. In den westlichen Touristen können wir zweierlei erkennen: die Hoffnungslosigkeit ihrer Erfahrungen *und uns selbst*. Ebenso bringen wir (zumindest unbewußt) implizit Verständnis für die Touristen auf. Denn jeder, der sie im Film sieht, teilt angesichts der aussichtslosen Suche nach Utopie ihr Gefühl für diese Hoffnungslosigkeit.

Touristen finden immer jemanden anderen, der sich touristischer verhält

Cannibal Tours ist weniger ein Film über die Auswirkungen des Massentourismus auf fragile Kulturen, sondern eher eine philosophische Betrachtung, die im touristischen Milieu angesiedelt ist. In dem Film geht es vor allem um die Vorstellungen von dem 'Primitiven' und dem 'Anderem', um die westliche Faszination am »Primitiven« und der abwegigen Nostalgie einer paradiesischen Unschuld.



Diese Nostalgie speist den Mythos vom 'edlen Wilden'. Das kommt wohl von unserem Verlangen, einen ursprünglichen Zustand zu greifen und zu begreifen, von dem wir denken, wir hätten ihn einst besessen und nun verloren. Ich glaube, daß man diese Nostalgie nicht von unserem Pessimismus in sexueller, religiöser oder auch anderer Hinsicht trennen kann. Und ich glaube, daß wir alle ein bestimmtes Verlangen haben, irgendwo anders zu sein, in einer Art zeitlosen Vergangenheit zu leben.

Und der Film handelt genauso von Voyeurismus und dem eigentlichen Akt des Photographierens. Sowohl in den Handlungen der Touristen als auch in meiner Vorgehensweise zeigt sich dies – ich integriere all die selbstreflexiven Momente, die dann die oben beschriebenen Peinlichkeiten möglich machen.

Für die Touristen ist die Kamera schlicht ein Instrument, das die Distanz zwischen ihnen und den festgehaltenen Attraktionen verwischt und es ermöglicht, all die Erfahrungen in der Geborgenheit des eigenen Wohnzimmers wieder zu erleben. Die erworbenen Andenken haben in diesem Wohnzimmer nur ihren Wert, weil man zeitgleich die Geschichte einer 'authentischen' Transaktion dazu erzählen kann. Zu Begegnungen zwischen Touristen und den Dorfbewohnern kommt es also beim Photographieren und beim Feilschen. Kann man da von einem Prozeß sprechen, der die Kulturen einander näher bringt? Es müßte doch besser gehen.

Touristen als Schauspieler

► Ein Merkmal unserer Moderne ist, daß wir nicht mehr so richtig wissen, wer wir sind. Wie die meisten meiner Film bezieht sich *Cannibal Tours* auf den sich verändernden Begriff der Zivilisation. Moderne Massenkultur reibt sich an den ursprünglichen und essentiellen Aspekten von Humanität, wobei klar wird, daß das meiste, was in unserer westlichen Kultur als 'Wert' oder 'guter Geschmack' durchgeht, sich letztendlich nur als banal und falsch erweist. Die meisten Handlungen der Touristen, die so lächerlich in meinem Film wirken, würden zu Hause kaum auffallen.

Die Leute haben mich gefragt: »Wo haben sie diese ausdrucksstarken Charaktere aufgetrieben?« Sie dachten im Ernst, es würde sich um Schauspieler handeln, denn die Realität erschiene zu phantastisch. Aber es handelte sich nicht um Schauspieler im eigentlichen Sinne, sondern um reelle westliche Touristen. Ich habe sie jedenfalls nicht bei einer Casting Agentur aufgetrieben, und sie selbst sahen sich auch nie als ausdrucksstarke Charaktere. Dennoch stehen sie so offensichtlich für all jene Ignoranz und Gedankenlosigkeit, die unter der touristischen Oberfläche in uns schlummert. Aber es handelt sich keinesfalls um schlechte Menschen; sie sind nicht schlechter als Du oder ich, und jedem gehört meine Sympathie.

Ich hatte die Möglichkeit, den Film den meisten Leuten zu zeigen, die darin mitspielten. Bis auf eine oder zwei Ausnahmen genossen sie alle meinen Film und das Wiedererkennen ihrer Personen. Aufschlußreich ist jedoch, daß sich ihre Reaktionen geändert haben, nachdem sie in den Zeitungen Kommentare über oder Besprechungen meines Films gelesen haben, in welchen sie als 'häßliche Touristen' beschrieben wurden. Ich bin mir sicher, daß die Verfasser dieser Artikel in einer Art 'kognitiver Dissonanz' schwelgten, als sie für sich die 'häßlichen Touristen' entdeckten (und dabei dachten: »Ich würde mich wahrscheinlich nie so verhalten!«). Ein Tourist zu sein bedeutet eigentlich fast immer, Touristen nicht zu mögen. Die Touristen finden immer irgend jemand anderen, der sich touristischer als man selbst verhält und über den man Witze machen kann.

Im Zusammenhang meines Films sind diese reellen Touristen zum Teil zumindest erfundene Charaktere und man sollte sie nicht verunglimpfen wegen dem, was sie *über uns* ans Tageslicht bringen. Meine Filme sind nämlich nicht so sehr 'dokumentarisch', sondern vielmehr 'fiktional', denn sie haben keinen Wahrheitsanspruch.

Wenn ihnen dies alles vielleicht zu persönlich ist, dann tut es mir leid. Aber ich kann nur über Dinge reden, die in der Welt meiner Vorstellungskraft und Erfahrung liegen. Auch befinde ich mich sicherlich nicht außerhalb dieser von mir beschriebenen problematischen Situation. Wir sind alle Gefangene unserer Wünsche und deshalb immer in irgendeiner Weise verstrickt.

Anmerkung:

1 Eine kurze Inhaltsangabe des Films ist im Beitrag von Volker Kull in diesem Heft zu finden.

Der von Dominik Bloedner übersetzte Text ist die gekürzte Fassung einer Rede, gehalten beim Südpazifischen Dokumentarfilmfestival in Luxemburg – Oktober 1998.





Mexico-Fotos: J. Holst

Identitätenschwindel

Gespräche zum Chicano-Film mit den Regisseuren Paul Espinosa und Michael van Wagenen

► **iz3w:** *Viele Ihrer Filme, Paul Espinosa, handeln von der mexikanisch-amerikanischen Geschichte. Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach die historische Erfahrung für das heutige Leben und die heutige Gesellschaft?*
► **Espinosa:** Ich mache Filme über die Chicano-Gemeinschaft in den USA. Wenn man sich mit zeitgenössischen Problemen befaßt, merkt man sehr schnell, daß sie auf historischen Erfahrungen beruhen. In den USA hat man sich viel zu wenig mit der Geschichte der Chicanos beschäftigt. Ich war daran interessiert, diese Geschichte zu retten und wieder zu beleben und wollte die Erfahrungen von Chicanos in den USA sichtbar machen. Diese Geschichte ist für das Verständnis unserer heutigen Beziehungen sehr wichtig. Ein Beispiel dafür ist der Krieg zwischen Mexiko und den USA.[1] Auf der mexikanischen Seite beispielsweise gibt es wegen des Krieges noch immer eine ganze Menge Ärger oder Wut. Wenn wir nicht wissen, was geschehen ist, verstehen wir auch nicht unsere gegenseitigen Beziehungen. Die Dynamik der Machtbeziehungen und die Dynamik der Geschichte sind sehr wichtig, wenn man die Gegenwart verstehen will.

Sie haben zu einem Zeitpunkt angefangen zu filmen, als sich die soziale Bewegung der Chicanos im Aufbruch befand. Welche Beziehung gibt es zwischen der cineastischen und der sozialen Bewegung?
► Die Chicano-Bewegung erlebte Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre einen Aufschwung. Sie war Teil einer größeren sozialen Bewegung. Die Generation, die Ende der sechziger Jahre erwachsen wurde, stand zu vielem, was in der Gesellschaft vor sich ging, in Gegnerschaft. Sie war gegen den Vietnamkrieg und unterstützte die Bürgerrechtsbewegung. Es ging im Grunde darum, gleiche Rechte für alle durchzusetzen. Die USA haben zwar eine lange Tradition als Verfechter gleicher Rechte, aber Ende der sechziger Jahre wurde vielen der große Gegensatz zwischen Anspruch und Realität bewußt. Die Bürgerrechtsbewegung entstand als eine Bewegung der Schwarzen, breitete sich aber sehr schnell auf andere ethnische Minderheiten aus. Viele Studierende nahmen an der Chicano-Bewegung teil. Dabei entdeckten sie schnell die Bedeutung der Medien. Sie sahen, daß sie selbst und die Chicanos in den Fernsehbildern zwar vorkamen, aber nur als Stereotype und Klischees. Der Bewegung ging es darum, die Kontrolle über die Darstellungen in den Medien zu bekommen, sich selbst darzustellen, anstatt von anderen Leuten dargestellt zu werden. So machte sich eine junge Generation von Chicanos daran, im Fernsehen und beim Film zu arbeiten.

Welche Bedeutung hat in diesem Kontext das US-amerikanische System der Filmproduktion? Welche Beziehungen gibt es zwischen diesem Produktionssystem und der dortigen Machtkonzentration auf der einen und der Chicano-Bewegung auf der anderen Seite?
► Historisch waren die Chicanos von diesem System ziemlich isoliert und hatten mit der Filmproduktion wenig zu tun. Weil sich das öffentliche Fernsehen (zumindest theoretisch) an die gesamte Bevölkerung richtet, egal ob diese schwarz, weiß oder braun ist, engagierten sich die Chicanos vor allem in öffentlichen Fernsehanstalten. Dort gab es Möglichkeiten, die es in dieser Form in den kommerziellen Medien nicht gab. Das Fernsehen fungierte so als Übungsfeld, auf dem viele Chicanos die Techniken der Medienarbeit erlernt haben. Von da aus ging man über zum Film. Aber selbst heute, zwanzig oder dreißig Jahre nach dem Beginn der Chicano-Bewegung, sind die Chicanos in den Medien unterrepräsentiert. Es handelt sich um 10% der Bevölkerung der USA, aber sie müssen immer noch darum kämpfen, Zugang zu den Medien des Mainstream zu erhalten.

Die Chicano-Bewegung hat ihre besten Zeiten hinter sich. Es gibt ein wachsendes kommerzielles Interesse an den Chicanos, aber die soziale Bewegung ist eher im Niedergang. Inwieweit beeinflußt das die Bedingungen, unter denen Sie Ihre Filme machen?
► Ja, es stimmt, daß die Bewegung zurückgegangen ist. Aber die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und gleichen Rechten gibt es nach wie vor, ob man das jetzt als Chicano-Bewegung bezeichnet oder nicht. Viele Menschen meiner Generation, d.h. diejenigen, die zwischen Mitte dreißig und fünfzig sind, sind inzwischen beruflich sehr erfolgreich. Ich denke, viele dieser Leute werden nach wie vor sehr stark von sozialen Fragen und dem Wunsch nach gleichen Rechten motiviert, auch wenn wir heute in einer anderen Situation leben. Hinzu kommt, daß die vielen neuen Immigranten großes Interesse an sozialer Gleichheit, sozialer Mobilität und an gleichen Rechten haben. Man kann vielleicht sogar sagen, daß die Bewegung heute stärker ist als früher, weil sie sich auf die gesamte Gesellschaft ausgebreitet hat. Bestimmte Lebens- oder Arbeitsbedingungen gibt es heute nicht mehr bzw. können heute nicht mehr durchgesetzt werden, weil es diese Bewegung gegeben hat und weil es Forderungen nach Bildung gegeben hat. Das heißt nicht, daß heute nicht um diese Dinge gekämpft werden muß. Das geschieht nach wie vor.

Ein anderes Thema Ihrer Filme ist die Grenze und deren unterschiedlicher Verlauf in der






Geschichte. Auf welche Art beeinflußt diese Grenze das heutige Leben der Chicano-Gemeinschaft?

► Die Grenze ist die Demarkationslinie zwischen den USA und Mexiko und drückt die politische Trennung dieser beiden Länder aus. Für mich war das Grenzgebiet ein sehr produktives Gebiet, denn hier sind viele Dinge geschehen (und geschehen noch), die mit den Beziehungen dieser beiden Länder zu tun haben. Die Chicanos sagen: »Wir haben nicht die Grenze überschritten, sondern die Grenze hat uns überschritten.« Es gibt zum Beispiel Leute wie mich oder meine Familie, die immer schon in diesem südwestlichen Teil der USA gelebt haben und die sagen können, daß ihre Wurzeln in dieser Region länger zurückreichen als die gesamte Geschichte der USA. Wichtig an der Grenze ist, daß sie von jeder Generation neu überwunden werden muß. Jede Generation bringt neue Immigranten hervor. Mexiko hat nicht die Möglichkeit, die Bevölkerung in dem Maße zu beschäftigen, wie es nötig wäre, zumindest heute noch nicht. Die USA brauchen die Arbeitskräfte, die Mexiko bereitstellt. Die USA wirken als eine Art Magnet, der die Menschen anzieht. Die Löhne sind oft sehr niedrig, aber es gibt eine Nachfrage nach Arbeitsplätzen, für die sich in den USA niemand finden würde. Es gibt also eine Art von gegenseitiger Abhängigkeit.

Wie sieht es mit der Identität der Chicanos aus? Fühlen sie sich eher als Mexikaner, als US-Amerikaner oder als etwas ganz anderes?

► Die Frage der Identität ist sehr wichtig, und da gibt es viele Zweideutigkeiten. Es ist auch eine Generationenfrage. Es hängt von dem Zeitpunkt ab, zu dem deine Eltern oder Großeltern in die USA gekommen sind. Die Leute, die die Chicano-Bewegung gegründet haben waren sich bewußt, daß sie Amerikaner mexikanischen Ursprungs sind. Die Idee einer Chicano-Identität entstand in den sechziger Jahren. Der Begriff ist schon älter, aber er wurde nicht sehr häufig gebraucht und hatte oft einen sehr negativen Beigeschmack. Junge Studierende mexikanischer Herkunft haben diesen Begriff in den sechziger Jahren für sich selbst gebraucht und fingen an, stolz darauf zu sein. Dadurch demonstrierten sie, daß sie sich darüber klar waren, weder Mexikaner noch US-Amerikaner, sondern beides zu sein. Diese Frage der Identität spielt in unserer künstlerischen Arbeit, in den Medien und im Film eine große Rolle. Es gibt hier ein großes Kommunikationsbedürfnis. Und für jede neue Generation, die in die USA kommt, stellt sich diese Frage wieder ganz neu. Viele Neuankömmlinge kommen mit ihren Kindern, und für diese Kinder ist die Frage, wer sie sind, sehr wichtig. Sie wachsen in den USA auf, sie werden in den USA sozialisiert, aber sie werden sich bewußt, daß die Gesellschaft sie hinsichtlich 'rassischer' Kriterien, ihrem Aussehen, der Sprache oder hinsichtlich kultureller Wertvorstellungen beurteilt. Jede heranwachsende Generation muß sich somit mit der Frage der Identität auseinandersetzen: »Wer sind wir und wo gehören wir hin?«

► **iz3w:** *Michael van Wagenen, Sie sind nicht mexikanischer Abstammung und haben von sich gesagt, daß Sie nicht in dieses Identitätsschema passen. Wie nehmen Sie Ihre persönliche Beziehung zur mexikanisch-amerikanischen Kultur wahr? Und wie diesen Unterschied zwischen Ihrem background und dem der anderen?*

► **van Wagenen:** Das ist eine schwierige Frage. Ich mache manchmal Witze darüber, daß meine Familie schon im Südwesten gelebt hat bevor dieser zu den USA gehörte. Aber das ändert natürlich nichts daran, daß sie Nordamerikaner waren. Aber dieser Witz zeigt den Unsinn, der oft damit verbunden ist, wenn wir für uns eine Identität suchen. Das ist vielleicht ein spezifisch amerikanisches Phänomen, und es ist wohl eine Reaktion auf die Tatsache, daß wir aus vielen verschiedenen Gegenden stammen. Ich bin kein Latino, sondern ein 'reinrassiger Barbar' nordwesteuropäischer Herkunft und geniere mich deswegen nicht.

Welche persönlichen Konsequenzen ergeben sich hieraus angesichts Ihrer Filme?

► Manche Leute erwarten, daß ich aufgrund meiner Filme ein von Selbsthaß erfüllter Weißer sein müßte. Das bin ich aber nicht. Ich bin stolz auf meine Vorfahren und mein Erbe, ohne dabei irgend jemand anderes schlechter machen zu wollen. Aber das ist eine persönliche Angelegenheit. Ich werde oft mit Situationen konfrontiert, wo Leute auf die Weißen schimpfen wollen. Das ist mir nicht nur bei Filmen über Chicanos passiert, sondern auch bei Filmen über die amerikanischen Ureinwohner. In solchen Situation kann ich schlecht an mich halten. Ich habe viele Leute überrascht, wenn ich gesagt habe: »Halt mal, das kannst Du nicht sagen. Du schaffst selber Klischees.« Es gibt viele Weiße, die sich mit den Angelegenheiten der Minderheiten befassen und die Schuldgefühle wegen ihrer Herkunft haben. Sie fühlen sich in gewisser Weise verantwortlich für Greueltaten, die in der Vergangenheit begangen worden sind. Das macht keinen Sinn, denn sie haben nichts damit zu tun. Ich empfinde keine persönlichen Schuldgefühle wegen irgend etwas, das in der Vergangenheit geschehen ist.

Identitätspolitik spielt jedoch eine große Rolle in den USA, gerade auch auf Seiten der Marginalisierten. Kann man sich denn so einfach davon lösen?

► Das stimmt leider, und man kann dies auch nicht ignorieren. Die Amerikaner sind ganz versessen darauf, sich ein Etikett zu verpassen. Ich bin weiß, anglo, gringo, Euroamerikaner welcher Herkunft auch immer, usw. Meine Frau Monica muß sich damit leider immer wieder auseinandersetzen. Als sie in der Schule war, gab es Stipendien für Hispanics, also mußte sie hispanic sein. Als wir Geld für Filme beantragt haben und die Geldgeber Chicano-Filme wollten, war sie eben eine Chicana. Wenn es um etwas weniger Politisches ging, dann war sie mexican-american. Es ist eine traurige Angelegenheit. Wir hoffen, daß der Tag kommen möge, wo wir einfach nur Menschen sein können. Das wird aber wohl noch eine Weile dauern. Es ist fast so, als ob jeder eine Identitätskrise hätte. Es ist zwar wichtig zu wissen, woher man kommt, aber das ist auch nur die Vergangenheit. Ich schaue nicht nur zurück, sondern nach vorne und auf das, was ich jetzt bin.

Als Sie begannen, Filme zu machen, gab es schon Filme über Chicanos. Sie haben nicht bei Null angefangen. In wieweit hat diese Bewegung Ihre Arbeit beeinflußt?

► Das ist richtig. Monica und ich können unsere Filme nur machen, weil es vor uns Pioniere gegeben hat, die den Weg für uns freigeräumt haben. Dazu gehören Regisseure wie Paul Espinosa. Aus dieser Bewegung ist eine ganze Generation von Filmemachern hervorgegangen. Wir sind später dazugekommen und profitieren von deren Arbeit. Die anderen hatten mit einer Menge Schwierigkeiten zu kämpfen, was die Arbeitsbedingungen anbelangt und auch damit, die Ge-





schäftsleute zu überzeugen, daß es einen Markt für diese Art von Filmen gibt. Auch wenn wir mit den Themen anders umgehen, respektieren wir die Filmemacher vor uns, die diese Arbeit geleistet haben. Wir machen uns keine Illusionen darüber, daß wir es heute so einfach haben würden, wenn sie diese Arbeit nicht geleistet hätten. Sie haben nicht einfach nur Filme gemacht, sondern sie mußten sich gegen die Gesellschaft stellen, um das tun zu können, was sie taten. Das ist ein harter Kampf gewesen. Für uns heute ist er weniger hart, auch wenn wir uns immer noch mit ähnlichen Schwierigkeiten auseinandersetzen müssen. Die ältere Generation unterstützt uns. Sie erwarten nicht, daß wir Jüngeren einfach das duplizieren, was sie selbst vor zehn oder zwanzig Jahren gemacht haben. Wir machen die Dinge etwas anders.

Worin besteht denn der Unterschied zwischen Ihrer Arbeit und der der »Pioniere«?

► Einer meiner Freunde, der Filmemacher Jeff Reina, der in Los Angeles arbeitet, wurde letzthin auf einer Podiumsdiskussion mit anderen Filmemachern gefragt, was es denn bedeutet, ein Latino-Filmemacher zu sein. Nachdem die anderen ihre statements abgegeben hatten, sagte er: »Ich bin eigentlich kein Latino-Filmemacher. Meine Wurzeln liegen zwar in Mexiko, aber ich bin kein Latino-Filmemacher, sondern nur ein Filmemacher. Ich freue mich auf den Tag, an dem wir nicht länger Latino-Filmemacher sind oder auch afro-amerikanische Filmemacher, sondern einfach nur Filmemacher.« Es wurde ziemlich ruhig im Raum. Er konfrontierte die meisten dieser Leute mit einer für sie komplett neuen Art zu denken. Ich war ziemlich beeindruckt. Denn Jeff möchte zwar mehr dunkelhäutige Gesichter auf der Leinwand sehen und Themen aus seinem eigenen background behandeln. Zugleich will er aber frei und offen für neue Erkenntnisse sein.

Auch ein angloamerikanischer Filmemacher wie ich kann die Chicano-Kultur entdecken oder feministische Themen oder was auch immer. Es gibt eine neue Generation, die die Fackel von der älteren Generation übernimmt und sich anderen, vielleicht politischeren Themen zuwendet. Aber zur gleichen Zeit sieht man Latino-Filmemacher, die sich von dieser Identität lösen, für die also ihre Herkunft kein besonderes Thema ist. Sicherlich spielen beim Filmemachen Elemente dieser Kultur eine Rolle, aber darauf wird nicht mehr so sehr geachtet. Das finde ich sehr gut. Jeff, meine Frau und ich, wir wollen uns in diesem Sinne als Filmemacher entwickeln.

Die Gespräche führte Olaf Berg, freischaffender Journalist und Mitorganisator der Hamburger Lateinamerika-Filmtage, im Rahmen des freiburger filmforums. Übersetzung: Christian Neven-du-Mont

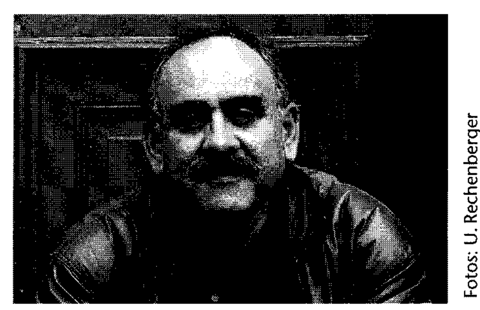
Anmerkung:

1 Der Krieg zwischen den USA und Mexiko dauerte von 1845 bis 1848. Die siegreichen USA kauften Mexiko für einen symbolischen Preis das dünn besiedelte Nord-Mexiko ab, ein Gebiet, das die heutigen US-Bundesstaaten California, Nevada, Utah, Arizona, New Mexico, Texas und die Hälfte von Colorado umfaßt. Mexiko wurde auf diese Weise halbiert, und von Teilen der mexikanischen Linken wird heute noch die Forderung nach einer territorialen Wiedervereinigung erhoben (d. Red.).

Ende der sechziger Jahre entstand in den USA im Zusammenhang mit der Bürgerrechts- und Farmarbeiterbewegung das »Cine Chicano«, in dem die soziale Diskriminierung und die stereotypen Darstellungen der Menschen mexikanischer oder puertorikanischer Herkunft in den Medien des Mainstream kritisiert wurden. Es ging in erster Linie darum, eigene Bilder und Diskurse zu entwerfen und sich gleichzeitig einen Platz innerhalb der Film- und Medienindustrie zu verschaffen, jenseits einer Assimilierung an die dominante Kultur. Einerseits wollte man den vorherrschenden Klischees wie denen des Machos, des Gangsters, der Jungfrau und der Hure etwas entgegensetzen, zum anderen aber auch die Idee eines politisch und ästhetisch alternativen Kinos entwikkeln, das die vergessene Geschichte und die alltägliche Lebensrealität der mexikanischen Bevölkerung in den USA aufgreift. Stand zu Beginn die Suche nach einer eigenen, festumrissenen Identität im Zentrum der Bemühungen, so sind die Themen heute weitaus vielfältiger und komplexer geworden, genauso wie die Erfahrungen und Lebensumstände der Latinos und Latinas in den USA sich niemals nur auf die Herkunft reduzieren lassen konnten.



Michael van Wagenen



Paul Espinosa



Fotos: U. Rechenberger

► **Paul Espinosa** gilt als ein Wegbereiter des Chicano-Films. Er wuchs im mexikanisch-US-amerikanischen Grenzgebiet auf und arbeitet seit über zwanzig Jahren als unabhängiger Produzent, Dokumentarfilmer und Autor. Für das öffentliche Fernsehen realisierte er zahlreiche Beiträge rund um die Beziehungen zwischen Mexiko und den USA und insbesondere um das Thema der Immigration. Filme u.a. : BALLAD OF AN UNSUNG HERO (1984), THE NEW TIJUANA (1990), 1492 REVISITED (1992), AND THE EARTH DID NOT SWALLOW HIM (1996).

► **Monica Delgado** und **Michael van Wagenen** gehören zur jüngeren Generation ethnographischer Filmschaffender. Bei zahlreichen Projekten in den USA und in Lateinamerika sind sie als Regisseure, Produzenten, Kameraleute und Autoren beteiligt. Filme: MUNDO MILAGROSO (1995), SPIRIT DOCTORS (1996), LOW AND SLOW (1997).

Waldzerstörung durch die DSW

▸ »Bevölkerungswachstum: Hauptursache des weltweiten Waldverlusts« – mit dieser knalligen Parole machte Anfang Juli die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) auf sich aufmerksam. Anlaß war die Veröffentlichung der Studie »Mensch, Wald«, die im Auftrag der US-amerikanischen Organisation Population Action International erstellt und nun von der DSW ins Deutsche übersetzt wurde. War das Vorgehen der DSW und ihrer befreundeten Organisationen schon immer äußerst fragwürdig, weil sie das Bevölkerungswachstum in finsteren malthusianischen Szenarien zur Hauptgeißel der Menschheit stilisierte, ist mit der aktuellen Kampagne ein neuer Höhepunkt erreicht. Denn mittlerweile schreckt die DSW nicht mehr vor der offenen Instrumentalisierung ökologischer Krisen wie der Waldzerstörung zurück, um dem eigentlichen Ziel – der »menschenwürdigen Verlangsamung des Weltbevölkerungswachstums« – näher zu kommen (vgl. zur DSW auch iz3w 237, S. 16).

Dieses Vorgehen ist umso perfider, als auf den ersten Blick tatsächlich ein eindeutiger direkter Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Waldzerstörung besteht. So hebt die DSW hervor, daß der weltweite Holzverbrauch – einschließlich Brenn- und Industrieholz – zwischen 1960 und 1995 um 60% und im gleichen Zeitraum die Weltbevölkerung um 90% gestiegen ist. Doch die umstandslose kausale Verknüpfung beider Zahlen ist unzulässig, weil es sich um einen sog. »ökologischen Fehlschluß« handelt. Dies ist der Fall, wenn zwei Sachverhalte statistisch miteinander in Zusammenhang gebracht werden, obwohl sie sich sachlich nicht bedingen müssen. Klassisches Beispiel in jedem Statistikgrundkurs ist jenes fiktive Dorf, dessen Steigerung der Geburtenrate statistisch damit begründet wird, daß die Zahl der Störche im gleichen Zeitraum gestiegen sei.

Wenn jedoch schon Waldzerstörung mit anderen Variablen in Verbindung gebracht wird, wäre es sinnvoller, sie mit dem Wachstum der Weltwirtschaft (die sich von 1960 bis 1995 verdreifacht hat) oder mit dem rasant zunehmenden Ressourcenbedarf des vorherrschenden industriellen Entwicklungsmodells zu korrelieren. Doch dies geschieht in der von der DSW ausgeschlachteten Studie nur am Rande. Nur wer sich die Mühe macht, das Kleingedruckte zu lesen, erfährt zum Beispiel, daß der durchschnittliche US-Amerikaner 15 mal soviel Industrieholz verbraucht wie der durchschnittliche Bewohner eines ‚Entwicklungslandes'. Seriöse WissenschaftlerInnen weisen seit Jahrzehnten – offensichtlich erfolglos – darauf hin, wie komplex die Ursachenkette für die Waldzerstörung ist und wie unterschiedlich sie von Land zu Land sein kann. Simplifizierende Teufelskreise à la »Bevölkerungswachstum = Waldzerstörung = Armut = Bevölkerungswachstum« werden von ihnen zurückgewiesen.

Doch das hält die DSW nicht davon ab, zu proklamieren: »Für die globalen Waldbestände stellt das rapide Weltbevölkerungswachstum eine ernste Bedrohung dar«. Den Hauptverursacher dafür sieht die DSW in den Entwicklungsländern, deren Wälder sich »buchstäblich unter den Kochtöpfen in Rauch auf(lösen)«. Man möchte der DSW ob dieser erschreckenden Einseitigkeit am liebsten verbieten, weiterhin Papier für ihre aufwendig produzierten Materialien zu verschwenden.

cst

Arabisch für Menschenrechte

▸ Zum ersten Mal in der noch jungen Geschichte der »Arabischen Menschenrechtsbewegung« trafen sich Ende April über hundert Mitglieder von rund dreißig NGOs zu einer internationalen Konferenz, um über die Probleme der Menschenrechte in der arabischen Welt zu diskutieren. Die arabische Menschenrechtsbewegung, die unter dem Druck undemokratischer Regime leidet, hat an vielen verschiedenen Fronten zu kämpfen: Ihre Organisationen müssen entweder aus dem Exil heraus agieren, ihre Mitglieder werden verfolgt oder verhaftet oder stehen unter Hausarrest. In Syrien zum Beispiel sind sechs Personen allein aufgrund ihres Einsatzes für die Menschenrechte seit acht Jahren in Haft; ähnlich ist die Situation in Tunesien, das sich mit wachsender Geschwindigkeit in Richtung eines Polizeistaates entwickelt.

Seit Beginn der 90er Jahre hat sich die Lage der Menschenrechte in der gesamten arabischen Welt enorm verschlechtert. Nicht nur in Bürgerkriegsländern wie Sudan oder Algerien, auch in Staaten wie Ägypten, Jemen oder Jordanien, von denen man sich die Errichtung demokratischer Systeme erhofft hatte, erfolgten Rückschläge. Ein Zeichen dafür ist nicht zuletzt, daß die Konferenz infolge der Behinderungen durch die ägyptische Regierung vom ursprünglich geplanten Konferenzort Kairo nach Casablanca verlegt werden mußte. Die Gastgeberrolle Marokkos ist ein Zeichen dafür, daß dort noch am ehesten relative Fortschritte in Sachen Menschenrechte zu verzeichnen sind.

Die von der Konferenz verabschiedete »Erklärung von Casablanca« diskutierte und kritisierte jedoch nicht nur die zahlreichen Verstöße gegen die Menschenrechte und deren mangelnde rechtsstaatliche Absicherung, sondern leistete auch einen wichtigen Beitrag zur Klärung des Begriffs ‚Menschenrechte' in der arabischen Welt. Nach ausführlichen Diskussionen zwischen einer Mehrheit, die an die Universalität der Menschenrechte appellierte, und einer Minderheit, die in den islamischen Dokumenten und in der Scharia ihre Autoritäten sah, wurde beschlossen: »Die einzige Autorität (...) ist die ‚Allgemeine Deklaration der Menschenrechte' der Vereinten Nationen«. Diese Aussage gehört zu den wichtigsten Erfolgen der Konferenz, denn sowohl die islamische als auch die arabische Menschenrechtscharta reichen nicht an das Niveau der UN-Erklärung aus dem Jahr 1948 heran. Zu deren Mitverfassern gehörte übrigens einer der wichtigsten arabischen Juristen, der Libanese Charles Malik.

Weitere Forderungen der Erklärung betreffen den Schutz von Minderheiten, die Respektierung der allgemeinen Grundrechte, die Würde der Völker, die Rechte der Kinder und die Stellung der Frau in der arabischen Welt. »Der Kultur der Diskriminierung von Frauen muß Widerstand geleistet und die unter dem Deckmantel der Religion legitimierte Abwertung der Frau entlarvt werden«, heißt es in der Erklärung. Die arabischen Staaten, die das Abkommen für die Abschaffung aller Formen von Diskriminierung der Frau bisher nicht unterzeichnet haben, wurden aufgefordert, dies so schnell wie möglich nachzuholen.

Mit dieser Konferenz tat die arabische Menschenrechtsbewegung einen wichtigen Schritt in die Zukunft. Sie gab den Institutionen der Zivilgesellschaft in den arabischen Ländern einen starken Impuls. Offen blieb jedoch am Ende die Frage, wie diese Bewegung unter den schwierigen gegenwärtigen Bedingungen ihre Worte in Taten umsetzen kann.

Ahmad Hissou
(Übersetzung aus dem Arabischen: Larissa Bender)

Gift für Lateinamerika

▸ Agrarmesse AGROEXPO in Bogotá, Kolumbien: Die deutschen Unternehmen BAYER und DESOWAG präsentieren gemeinsam das Holzschutzmittel Xyladecor. Der gesamte lateinamerikanische Markt soll von Kolumbien aus beliefert werden. Bunte Prospekte zeigen prachtvolle Holzhäuser und tropische Blumenrabatten und versprechen eine einfache und sichere Handhabung.

In Deutschland hat Xyladecor eine lange Geschichte. Seit Anfang der 70er Jahre wurde das Mittel millionenfach eingesetzt. Die Wirkstoffe Pentachlorphenol (PCP) und Lindan sowie Dioxinverunreinigungen ließen bis zu 200.000 Menschen erkranken. Zahlreiche mit Xyladecor behandelte Häuser mußten abgerissen werden. Inhaltsstoff des jetzt in Lateinamerika vertriebenen Xyladecor ist das umstrittene Pyrethroid Cyfluthrin, dessen Gefährlichkeit vergleichbar ist mit Lindan. Cyfluthurin wird von der US-amerikanischen

Umweltbehörde EPA als »eindeutig giftig« bezeichnet und daher in der Liste der 50 gefährlichsten Pestizide geführt. Bereits winzige Konzentrationen können Störungen des Nervensystems, Hautausschläge und Nierenschäden bewirken. Zudem gibt es Hinweise auf eine Schädigung von Embryonen.

Xyladecor wird bis heute auch in Deutschland vertrieben, mittlerweile ohne die Inhaltsstoffe PCP und Lindan. Auch das risikoreiche Cyfluthurin, das in Lateinamerika verwendet wird, ist im deutschen Xyladecor nicht enthalten – ein typischer Fall für doppelte Sicherheitsstandards. Offensichtlich rechnen die Hersteller in Südamerika mit einer weniger scharfen Kontrolle durch Aufsichtsbehörden und Öffentlichkeit. Umso problematischer ist die massive Werbung für den Einsatz im Hausbau – exakt der Bereich, der in Deutschland die hohe Zahl von Erkrankungen verursachte.

Philipp Mimkes
(Coordination gegen BAYER-Gefahren)

Peruanischer Fisch im Ei

▶ Wer in deutschen Supermärkten Eier kauft, kennt ihren oftmals fischigen Geschmack. Dieser geht nicht (nur) auf mangelnde Frische zurück, sondern auf die Beimengung von Fischmehl in das Futter der Legehennen. Auch Rinder und Schweine werden häufig mit dieser billigen Proteinbombe – ihr Preis beträgt auf dem Weltmarkt rund 1 DM pro Kilo – gefüttert. Ein erheblicher Teil des in Deutschland zur Herstellung von Tierfutter verwendeten Fischmehls stammt aus peruanischer Produktion. Welche Auswirkungen dies für die Fischgründe vor Peru und die Umweltsituation in den Küstenstädten hat, zeigt eine jüngst von Brot für die Welt und der Informationsstelle Peru e.V. herausgegebene Studie.

90% des gefangenen Fisches werden in Peru mittlerweile zu Fischmehl verarbeitet. Angesichts der immer knapper werdenden Ressource Fisch und der Tatsache, daß zur Herstellung eines Kilogramms Fischmehl fünf Kilo Frischfisch benötigt werden, hält es das Autorenteam der Studie für eine »unglaubliche Verschwendung«, das in den Fischen enthaltene Protein erst über den Umweg Tierzucht dem menschlichen Konsum zuzuführen. Zwar sind die hauptsächlich zur Produktion von Fischmehl verwendeten Anchovis nur bedingt für den menschlichen Verzehr geeignet. Da sie jedoch größeren Fischarten zur Nahrung dienen, beeinträchtigt ihr Schwund die Versorgung der peruanischen Bevölkerung mit Speisefischen. Auch wirtschaftlich ist die Produktion von Fischmehl wenige sinnvoll, erzielen doch Frischfisch, Dosenfisch oder getrocknete Fische erheblich höhere Preise auf dem Weltmarkt.

Hinzu kommt die schlechte ökologische Bilanz der Fischmehlproduktion in Peru. Die Fischmehlfabriken verschmutzen mit ihren jährlich rund 25 Mio. Tonnen Abwasser die Küstengewässer. Der unangenehme Geruch der Abgase, der Staub aus Fischmehlpartikeln sowie der Dieselruß (pro Tonne Frischfisch werden 225 Liter Diesel benötigt) führen zur Belästigung und gesundheitlichen Schädigung der Anwohner. Abgesehen davon stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, Fischmehl 12.000 km weit zu transportieren, um damit in Deutschland Tiere zu füttern.

Die Studie will jedoch nicht nur über dieses traurige Kapitel deutsch-peruanischer (Handels-)Beziehungen informieren, sondern auch den Auftakt bilden für eine Kampagne zugunsten einer nachhaltigen, fairen Fischwirtschaft. Dabei sollen der Ernährungsstil der deutschen Bevölkerung und die Massentierhaltung kritisiert werden. *Bezug der Studie und weitere Informationen bei der Informationsstelle Peru e.V., Postfach 1014, 79010 Freiburg, Tel. 0761/7070840.* *cst*

Staudammbau im Mapuche-Land

▶ Der unendlichen Geschichte von Zerstörung und Vertreibung durch Staudammbau wird derzeit in Chile ein neues Kapitel hinzugefügt. Diesmal ist das Gebiet Alto Bio Bio, das vor allem von den indigenen Gemeinschaften der Mapuche und Pewenche bewohnt wird, betroffen. Die Nationalen Elektrizitätswerke (Endesa) wollen die Region mit einem Netz von Wasserkraftwerken und Staudämmen überziehen. Zusätzlich zu dem bereits bestehenden Staudamm und Wasserkraftwerk Pangue wurde nun mit dem Bau des Ralco-Dammes begonnen. Er soll eine Höhe von 155 Metern haben, 570 Megawatt Leistung erbringen und 622 Mio. US-Dollar kosten. Durch das Gesamtprojekt werden rund 22.000 Hektar Land überflutet (zum Vergleich: der Bodensee hat 25.200 Hektar). Mehr als 4000 Pewenche-Familien wären gezwungen, ihr traditionelles Siedlungsgebiet zu verlassen. Auch die einzigartige einheimische Flora und Fauna, darunter gefährdete Arten, würden zerstört.

Seit Beginn der Planungen im Jahr 1986 leisten die Pewenche Widerstand gegen das Staudammprojekt, weil sie Vertreibungen und Landzerstörung befürchteten. Die bisherige Praxis der chilenischen Regierung und der Endesa gibt ihnen Recht: Schadensersatzforderungen für die Verluste von landwirtschaftlichen Flächen und Nutztieren wurden bislang nicht zur Kenntnis genommen, geschweige denn Zahlungen geleistet. Die Regierung steht klar auf Seiten der Endesa und ihrer ausländischen Kapitalgeber.

Eine im Auftrag der Nationalen Umweltkommission erstellte Studie der Universität Frontera über die Auswirkungen des Staudammprojektes, die sich gegen den Bau aussprach, wurde verworfen und stattdessen einer im Auftrag von Endesa erstellten positiven Studie gefolgt.

Die Endesa wurde 1989 im letzten Jahr der Diktatur Pinochets privatisiert. Sie hat das Monopol der Wasserwirtschaft inne, kontrolliert 60% des Marktes für Elektrizität in Chile und ist im Besitz aller Stromleitungen im Gebiet der Mapuche. Obgleich formal voneinander unabhängig, sind die Interessen von Endesa und jenen der Spitzen des Staates eng miteinander verquickt. So ist Eduardo Frei, Präsident der Republik Chile, Mitinhaber der Baufirma Sigdo Koppers, die schon die Arbeiten am Pangue-Staudamm durchgeführt hat. Er betonte bei dessen Inbetriebnahme, daß sich »der Fortschritt Chiles nicht durch den Druck einiger weniger« aufhalten lasse. Die Mapuche hingegen weisen darauf hin, daß sich keinesfalls nur die von den Vertreibungen betroffen Familien zur Wehr setzen, sondern die gesamte Bevölkerung des Alto Bio Bio. Sie befürchten, daß die einheimischen Pewenche nur die schlecht bezahlten Arbeitsplätze während der Bauzeit bekommen, die langfristigen und besser bezahlten Arbeitsstellen hingegen an hoch qualifizierte Techniker von außerhalb vergeben werden. Sie berufen sich auf das Indigena-Gesetz, das den Schutz indigener Gemeinschaften und ihrer Lebensgrundlagen fordert und das laut chilenischer Verfassung einen höheren Stellenwert als das Elektrizitätsgesetz hat. *Rayen Kuyeh/ cst*

Deutsch-türkische Kontinuitäten

► »Die Bundesregierung verfügt über keine Erkenntnisse, daß aus Deutschland gelieferte Waffen von den türkischen Streitkräften gegen die kurdische Zivilbevölkerung oder bei grenzüberschreitenden Operationen eingesetzt wurden.« Mit diesen lapidaren Worten beantwortete die rotgrüne Bundesregierung eine parlamentarische Anfrage der PDS bezüglich einer geplanten Panzerlieferung an die Türkei. Offensichtlich macht der zuständige Staatsekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. von Ploetz, genau da weiter, wo er unter seinem Dienstherren Kinkel aufgehört hat: Er täuscht die Öffentlichkeit mit Standardformulierungen über die tatsächlichen Verhältnisse hinweg. Denn Beweise für den Einsatz deutscher Waffen gegen die kurdische Bevölkerung gibt es auch in jüngster Zeit genug. So speiste ein Istanbuler Rechtsanwaltsbüro Fotos eines türkischen Soldaten ins Internet ein, die einen aus deutschen Beständen gelieferten Panzer vom Typ MTW 113 zeigen, wie er ein kurdisches Dorf beschießt (www.asrinhuk.com/pictures/asker.html).

Die Verneinung des Einsatzes deutscher Waffen in der Türkei durch die rotgrüne Bundesregierung ist umso dreister, als SPD- und bündnisgrüne Parlamentarier in der Vergangenheit die Kohl-Regierung mit guten Gründen der Lüge bezichtigten, wenn sie gleiches tat. Für Bündnis 90/ Die Grünen waren die immensen Waffenlieferungen der BRD an die Türkei und der vertragswidrige Einsatz dieser Waffen sogar Grund genug, die Bundesregierung gemeinsam mit Menschenrechts- und Friedensorganisationen wegen »Beihilfe zum Völkermord« anzuklagen. Doch mittlerweile geht die von Außenminister Joseph Fischer vielbeschworene »Kontinuität deutscher Außenpolitik« soweit, daß die kurdische Bevölkerung als »terroristisch« diffamiert wird. So antwortete die Bundesregierung auf die Frage nach Menschenrechtsverletzungen und die fortwährende Repression durch den türkischen Staat folgendermaßen: »Im Einklang mit den europäischen Partnern ist sie der Auffassung, daß die Türkei die Bekämpfung des Terrorismus unter Beachtung der Menschenrechte und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit führen muß«.

Die Fortführung der deutschen Türkei- und Kurdistanpolitik spielt sich vor dem Hintergrund zahlreicher geplanter Waffenlieferungen an die Türkei ab. So fragten deutsche Rüstungsfirmen die Bundesregierung im Januar an, ob sie 120 Panzer vom Typ »Fuchs« in die Türkei liefern sowie Lizenzen für die Produktion von weiteren 1.800 Stück vergeben dürften. Eine Antwort steht noch aus. Scheint das Auswärtige Amt diesem Deal eher ablehnend gegenüberzustehen, befürworten ihn Verteidigungs- und Wirtschaftsministerium. Das BMWi ließ verlauten, daß es ein generelles Übergewicht des Menschenrechtskriteriums gegenüber deutschen Export- und Wirtschaftsinteressen nicht geben werde. Diese Linie wird von der Entscheidung des Bundessicherheitsrates, vier U-Boote an die Türkei zu liefern, bestätigt. Ins Bild paßt auch die voraussichtlich bald beginnende Lizenzproduktion von G36-Gewehren der Firma Heckler&Koch in der Türkei.

Weitere Informationen zu deutschen Waffenlieferungen an die Türkei bei:

► *BUKO-Kampagne »Stoppt den Rüstungsexport«, Buchtstr. 14/15, D-28195 Bremen, Tel. 0421/ 326045, Fax 3379177, email: rexbuko@oln.comlink.apc.org (hier ist eine aktuelle Broschüre zu Türkei/ Kurdistan erhältlich, Preis 6.- DM)*

► *Kampagne gegen Rüstungsexport, Bismarckring 3, D-65183 Wiesbaden, Tel. 0611/ 9102350, Fax 371838, email: antiexpo@t-online.de*

Nord-Süd-Klima

▸ Bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro schien sich in den Beziehungen zwischen Nord und Süd ein deutlicher Klimaumschwung anzukündigen. Im Begriff der nachhaltigen Entwicklung wurde zum einen die Generalisierbarkeit des industriellen Wachstumsmodells des Nordens prinzipiell in Frage gestellt und zum anderen den Entwicklungsländern ein Ökobonus eingeräumt.

Doch die Interdependenzen globaler Umweltprobleme führten nicht zu den erforderlichen, international koordinierten Gegenmaßnahmen und auch nicht zu einem neuen Verhältnis zwischen Nord und Süd. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls der Schweizer Historiker und Soziologe Andreas Missbach in seiner Studie zur internationalen Klimapolitik: »Im Verhandlungsstil und im Kräfteverhältnis zwischen Nord und Süd konnte kein struktureller Wandel festgestellt werden«. In seiner historisch-empirisch angeleiteten Untersuchung geht er nicht von der Globalität der Probleme aus, die, so der funktionalistische mainstream-Diskurs, zwangsläufig zu gemeinsamen Lösungsanstrengungen führen müßten, sondern durchleuchtet das alte Verhältnis des Nord-Süd-Konflikts. Erst auf der Grundlage der Einblicke, die er auf diese Weise über die gewachsenen Grundkonstellationen zwischen Nord und Süd gewinnt, zeichnet er die Realitäten in der internationalen Klimapolitik nach. Da der eigentliche Kern der Treibhausgasproblematik im Industrialisierungsmodell des Nordens gesucht werden muß, setzt er außerdem voraus, daß die internationale Klimapolitik nicht losgelöst von wirtschaftlichen Prozessen betrachtet werden kann.

Dabei wendet er die Regulationstheorie, obgleich sie für die Analyse nationaler Ökonomien konzipiert wurde, auf die internationale Arena an. Er fragt nach der Art und Weise, wie die Konflikte und Widersprüchlichkeiten der kapitalistischen Ökonomie in der internationalen Klimapolitik reguliert werden. Der Ausgang seines Projektes bleibt damit im Gegensatz zur oftmals angewandten Regimeanalyse offen, die seiner Meinung nach die ökonomische Basis der Probleme vernachlässige, von formalen, modellhaften Annahmen ausgehe und unterstelle, daß aus den globalen Problemen zwangsläufig die erfolgreiche internationale Kooperation folge. Strukturelle Aspekte der Macht würden so aus dem Blickfeld geraten.

Aber gerade die Interessen der machtvollen Akteure, allen voran diejenigen der USA, hätten sich in den Verhandlungen durchgesetzt. So taucht das anfänglich erwähnte »Recht auf Entwicklung« bei der UNCED-Konferenz 1992 ebensowenig auf wie die »Vorleistungspflicht der Industrieländer«. Auch die vielfach geäußerten Forderungen der Entwicklungsländer nach einem verbesserten weltwirtschaftlichen Umfeld und der Thematisierung der Verschuldungsproblematik hätten keine Realisierungschancen gehabt. Ein wesentlicher Unterschied zu den Debatten über eine Neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO) der 70er Jahre seien die weniger homogenen Positionen der Entwicklungsländer; es sei nicht zu einer Neuauflage des offensiv-konfrontativen Klimas gekommen. Darüber hinaus hätten zum ersten Mal Länder des Südens die Marktsteuerung gegenüber der internationalen Regulation vorgezogen. Den Grund für die gemäßigtere Haltung der Entwicklungsländer sieht Andreas Missbach darin, daß die Entwicklungsländer keinesfalls über eine »Umweltwaffe« verfügten. Den Entwicklungsländern sei es während der Ölpreiskrise durch die »Ölwaffe« gelungen, die NWWO zu einem dominierenden Thema zu machen. Der Klimawandel aber habe (noch) keine direkten ökonomischen Auswirkungen auf die Marktwirtschaften der Industrieländer.

Die empirisch fundierte Arbeit von Andreas Missbach liefert wichtige Erkenntnisse, wenn er die Klimapolitik einerseits im historischen Kontext des Nord-Süd-Konfliktes betrachtet und andererseits den konfliktiven Verhandlungsprozeß analysiert, in dem die Klimadokumente zustande kamen. Die internationalen Verhandlungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Industrieländer, die OPEC-Staaten oder die Erdölindustrie weitreichenden Klimaschutzmaßnahmen auch weiterhin verschließen werden. Und dies – so wird in der Studie von Andreas Missbach deutlich – ist eine ökologische Katastrophe. *Achim Brunnengräber*

▸ *Andreas Missbach: Das Klima zwischen Nord und Süd. Eine regulationstheoretische Untersuchung des Nord-Süd-Konflikts in der Klimapolitik der Vereinten Nationen, Westfälisches Dampfboot, Münster 1999. 377 S., 48 DM.*

▸ Im Archiv des **iz3w** finden sich über 200 aktuelle Zeitschriften und zahllose Materialien zu Nord-Süd-Beziehungen, Entwicklungshilfe, Flucht und Migration, Weltwirtschaft, einzelnen Ländern des Trikonts, Internationalismus, Tourismus, UNO u.v.a.m. aus den letzten 30 Jahren. *Rechercheanfragen unter: Archiv des iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg. Tel.: 0761-74003. Das Archiv ist öffentlich zugänglich.*

Von kolonialen Lehrern und guten Schülern

▸ Assimilation war das Zauberwort der französischen Kolonialzeit, der französische Sprachunterricht ihr wichtigstes Mittel. Was dabei von den Kolonisatoren als Herrschaftmittel eingesetzt wurde, enthielt zugleich die Möglichkeit der (beschränkten) Teilhabe an der Macht für die Kolonisierten. In seiner literaturwissenschaftlichen Arbeit **Französisch in Afrika – Herrschaft durch Sprache** untersucht der Romanist János Riesz diesen Prozeß der Aufzwingung und Aneignung der französischen Sprache in den afrikanischen Kolonien.

Ohne eine herrschaftssoziologische Studie liefern zu wollen (wie Riesz bereits in der Einleitung klarstellt), verortet er doch die Sprachenfrage im Kontext von Macht und Herrschaft. In drei großen Teilen schildert der Autor zunächst den »Kampf um die französische Sprache«, dann den »Kampf um eine afrikanische Literatur« und schließlich den »europäisch-afrikanischen ‚Papierkrieg'«. In allen Kapiteln steht die detaillierte Untersuchung von frankophonen Werken afrikanischer Autoren im Vordergrund. In den Texten wie auch den Biographien der Autoren, bei denen es sich meist um »Grenzgänger« zwischen einer afrikanischen und einer französischen oder kolonialen Gesellschaft handelt, werden die Konflikte greifbar, die für die einzelnen in der Schule, im Leben in der Kolonialgesellschaft und im Kampf um die Teilhabe an literarischer Produktion und politischer Macht entstanden.

Bereits aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammen die *Esquisses Sénégalaises* (Senegalesische Skizzen) des Métis David Boilat, der als Junge zur Schulausbildung nach Frankreich geschickt wurde, später im Senegal mit der Errichtung einer Jungenschule betreut wird und nach deren Scheitern frustriert als Dorfpfarrer nach Frankreich zurückkehrt. Fast hundert Jahre später erzählen Memoiren von einem anderen senegalesischen Schriftsteller: Der Veterinär Birago Diop, der einen Posten in der Kolonialverwaltung erhält und überdies mit einer Französin verheiratet ist, die Grenzen der segregierten Gesellschaft aufsprengt und im eigenen Alltag weiter erfährt. Die Darstellung des Werkes von Bakary Diallo nutzt Riesz zu einer Untersuchung der Situation der Tireurs Sénégalais, jener afrikanischen Männer, die von den Franzosen zunächst auf dem afrikanischen Kontinent, im ersten Weltkrieg aber auch in Europa als Soldaten eingesetzt wurden.

Doch das Buch beschreibt nicht nur die afrikanische Seite der Verarbeitung der Kolonialzeit. Ein Kapitel beschäftigt sich mit dem Streit um die »richtige« Kolonialliteratur, der um die Jahrhundertwende stattfand und in dem exotistische Werke und »wissenschaftliche« Kolonialliteratur – beides zunächst von französischen Autoren verfaßt – gegenüber standen. Außerdem widmet Riesz sich, wieder anhand konkreter Beispiele, einem besonderen Umgang mit afrikanischer Literatur: Um die Autoren zu diskreditieren, erhoben europäische Literaten gegen sie den Vorwurf des Plagiats – was von afrikanischer Seite als literarisches Thema wiederaufgenommen wurde. Im letzten Kapitel aber vollzieht der Autor bei seinem Aufspüren kolonialer Realitäten in literarischen Zeugnissen einen großen Sprung – Riesz findet den europäisch-afrikanischen Papierkrieg, die Machtausübung der Europäer in ihren Forderungen nach »rechtmäßigen« Identitäts-Papieren auch in der Auseinandersetzung um die Sans-Papiers 1996 in Frankreich. Anhand zweier Werke von Sans-Papiers wird die Kontinuität der Herrschaft durch Sprache und Papiere deutlich. Leider bleibt die Frage nach dem Weiterbestehen der Herrschaftsverhältnisse in der Arbeit Jánus Riesz' isoliert stehen. Ganz abgesehen von der Frankophonie-Politik der alten Kolonialmacht ist sie ja auch heute im Umgang mit afrikanischer Literatur zu beobachten.

Anne Françoise Weber

▸ *János Riesz: Französisch in Afrika – Herrschaft durch Sprache. Europäische Literaturbeziehungen II. »Studien zu den frankophonen Literaturen außerhalb Europas« Band 17. Iko-Verlag, Frankfurt 1998, 436 S., 49,80 DM.*

Grenzen machen Staat

▸ Transnationale Migration macht zwar nach wie vor den weitaus geringeren Teil der weltweiten Fluchtbewegungen aus, die Mehrzahl der Flüchtlinge und MigrantInnen überschreitet keine Grenze. Dennoch scheint die Staatsgrenze gerade in Zeiten ökonomischer Globalisierung ein unverzichtbares Instrument von Kontrolle und Abgrenzung zu bleiben.

Nach Norden zieht es die weitaus meisten Menschen. In dem von Dario Azzellini und Boris Kanzleiter herausgegebenen Sammelband werden die Lebensbedingungen im neoliberal umstrukturierten Mexiko und die in den lateinamerikanischen Stadtvierteln der USA beschrieben. Danach sind es heute in erster Linie ökonomische Ursachen, Armut und Arbeitslosigkeit, die die Menschen zur Ausreise zwingen. Die Grenze, so wird in den teils wissenschaftlich, teils essayistisch geschriebenen Aufsätzen deutlich, wird dabei zum Ort und Symbol des Kampfes zwischen Staat und Armutsbevölkerung. »Weit mehr als eine Million Menschen versuchten 1998 die Grenze 'illegal' von Süd nach Nord zu überqueren, 1,2 Millionen illegalisierte EinwanderInnen schoben die US-Behörden nach Mexiko ab.« Während in den USA die Frage, wer Staatsbürger ist und wer nicht, weitgehend geklärt scheint, ist sie in Südafrika noch neu. Hier verliefen die Konfliktlinien und Identifikationsmuster lange Zeit fast ausschließlich nach rassistischen Kriterien. Der Apartheid-Staat unterschied mehr zwischen weiß und schwarz als zwischen In- und Ausländer. Mit der Konstituierung des neuen Südafrika und der »Rainbow-Nation«, der multikulturellen Gesellschaft, bedurfte es zunehmend der Abgrenzung nach außen – heute scheint das **Ende des Regenbogens** erreicht. Christian Goebel zeichnet in seinem so betitelten Buch das Verhältnis von Einwanderung – vor allem aus den armen nördlichen Nachbarstaaten –, Fremdenfeindlichkeit und Nation-Building in Südafrika nach: »Es ist ein Merkmal solcher Gesellschaften im Umbruch, daß auf der Suche nach einem gemeinsamen Nenner, unter dem sich ehedem antagonistische Teile der Gesellschaft wiederfinden können, das alte Konzept der In- und Outsiders auf neue Gruppen übertragen wird.« Die Diskursverschiebung findet dabei ihren sprachlichen Niederschlag in der Umbenennung der Flüchtlinge in »aliens«, ihren gesetzlichen in verschärften Einwanderungsgesetzen und ihren ganz konkret fremdenfeindlichen in der »Jagd auf mutmaßliche 'Ausländer'«, wie sie 1995 in einem Township in der Nähe von Johannesburg stattfand. Der Autor beschreibt diese gesellschaftlichen Veränderungen sehr ausführlich, untersucht die Berichterstattung zum Thema und die ambivalente Haltung des ANC. Zumindest bei einem Teil der südafrikanischen Bevölkerung sei, so das Resultat seiner Analysen, der Versuch erkennbar, das »Bild der Rainbow Nation als exklusives Symbol im Sinne des Slogans »Südafrikaner zuerst!« umzudenken.

Stephan Günther

▸ *Dario Azzellini und Boris Kanzleiter (Hg.): Nach Norden. Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Strasse. Berlin, Göttingen 1999, 272 S., 20 DM.*

▸ *Christian Goebel: Am Ende des Regenbogens. IKO-Verlag, Frankfurt 1999, 360 S., 46,80 DM.*

Dangerous Crossroads

▸ Der fortschreitende globale Neoliberalismus hat verheerende Folgen für die Bewohner der sogenannten Dritten Welt und die 'ethnischen Minderheiten' in den Großstädten der westlichen Metropolen, gerade auch auf kultureller Ebene. Jedoch, so argumentiert George Lipsitz, US-amerikanischer Professor für 'Ethnic Studies' an der Universität von San Diego, in seinem kürzlich ins Deutsche übersetzten Buch *Dangerous Crossroads. Popmusik, Postmoderne und die Poesie des Lokalen*, bietet diese Konstellation nicht nur Gefahren, sondern auch Chancen. Die Ironie hierbei ist, daß die »Rastlosigkeit des Kapitals bei der Suche nach neuen Investitionsmöglichkeiten (...) zu unerwarteten Erscheinungen und Begegnungen auf dem Feld der Kultur geführt (hat). Reichweite und Breite der kommerziellen Massenmedien vereinen die Leute, die vorher getrennt waren.« Repressive Kanäle können also zugleich auch verbindende Kanäle sein.

In Zeiten, in der sich eine progressive Politik nicht mehr auf den Nationalstaat, Parteien oder Gewerkschaften beziehen könne, entstehe eine Neue Soziale Bewegung: Die diasporische Kultur all derer, die durch jahrhundertelang ähnliche, aber keinesfalls identische Erfahrungen mit Vertreibung, Arbeitsmigration, Kulturimperialismus und politischer Unterwerfung ein gemeinsames transnationales Bewußtsein entwickelt hätten. Leid verbindet, und die eigentlich lokalen Themen finden sich dank der Massenmedien nun verstärkt in einem internationalen Zusammenhang wieder. Die kulturelle Politik des Postkolonialismus zeichne sich durch die Fähigkeit aus, innerhalb des Systems der Unterdrückung zu operieren, sich des vorgegebenen Materials zu bedienen und dort aktiv zu werden, wo entsprechende Räume zur Verfügung stehen. Lipsitz untersucht in seinem Buch so unterschiedliche musikalische Bewegungen wie HipHop, westafrikanischen Pop, Rai, Reggae und Beispiele aus Kino und Literatur. All diesen Artikulationen ist gemeinsam, daß sie nicht der Logik eines reinen und absoluten Ursprungs folgen, sondern vielmehr durch beständigen Austausch, Synkretismus und Hybridität gekennzeichnet sind.

Wieso ist das nun politisch, mag man sich fragen. Für Lipsitz »spielen kulturelle Produktionen eine vitale Rolle dabei, die Selbstorganisation unterdrückter Menschen zu nähren und zu fördern.« Das stimmt sicherlich, denn Pop ist trotz seines Warencharakters stets mehr als nur eine Ware und viel zu wichtig, als daß man dieses Feld den politischen Gegnern oder gänzlich der Kulturindustrie überlassen sollte. Aber kann dies schon alles sein, oder, anders gefragt, muß man immer gleich übertreiben? Denn trotz der Warnungen, diese Kämpfe nicht als bedingungslosen Ersatz für die konkreten sozialen und politischen Kämpfe vor Ort zu sehen und trotz seiner Kritik an den Zwängen und Vereinnahmungstendenzen kapitalistischer Kulturproduktion drängt sich nur allzu leicht der Eindruck auf, für Lipsitz sei diasporische Kultur per se widerständig und damit die Lösung für alles Übel dieser Welt. Cultural Studies also wieder einmal in der Sackgasse der subversiven Selbstvergewisserung? Topoi wie Hybridität, interkulturelle Dialoge und transnationale Migration können allzu leicht zu einem reinen Selbstzweck verkommen und damit inhaltsleer werden, sie müssen dies aber nicht notwendigerweise. Lipsitz' Buch nimmt – trotz der Tendenz zur Überbewertung der diasporischen Kultur – jedoch nicht für sich in Anspruch, fertige Antworten zu geben, denn es befindet sich inmitten dieses Spannungsfeldes zwischen grenzüberschreitender, verbindender Kultur und der kapitalistischen Ausbeutung von Differenz. Und dabei versorgt es uns mit einer spannend geschriebenen und äußerst materialreichen Lektüre.

Dominik Bloedner

▸ *George Lipsitz: Dangerous Crossroads. Popmusik, Postmoderne und die Poesie des Lokalen. Deutsch von Diedrich Diederichsen, Hannibal Verlag, St. Andrä-Wördern, 1999, 262 Seiten, 38 DM.*

Bücher

▸ **Daniela Ingruber: Friedensarbeit in El Salvador. Eine kritische Bestandsaufnahme.** *Brandes & Apsel/Südwind, Frankfurt, Wien 1999, 216 S., DM 29,80/öS 218/sFr 29,80.*

▸ **Anna Isabella Streissler: Jugendliche in Bogotá. Eine ethnologische Studie zu Lebenswelt und Zukunftsangst.** *Brandes & Apsel, Frankfurt 1999, 224 S., DM 36,80/öS 273/sFr 35,80.*

▸ **Elke Mader / Maria Dabringer (Hrsg.): Von der realen Magie zum Magischen Realismus. Weltbild und Gesellschaft in Lateinamerika.** *Brandes & Apsel/Südwind, Frankfurt, Wien 1999, 208 S., DM 24,80/öS 181/sFr 24,80.*

▸ **Christel und Hendrik Bussiek: Mandelas Erben. Notizen aus dem neuen Südafrika.** *Dietz Taschenbuch, Bonn 1999, 255 S., DM/sFr 24,80/öS 181.*

▸ **Landesarbeitsgemeinschaft von Dritte-Welt-Zentren in NRW (Hg.): Entwicklungsland D – steuert um!? Impulse der 5. Landeskonferenz von Eine-Welt-Initiativen in NRW.** *LIT Verlag, Münster 1999, 126 S., DM 19,80.*

▸ **Irmbert Schenk (Hg.): Dschungel Großstadt. Kino und Modernisierung.** *Schüren Verlag, Marburg 1999, 208 S., DM 29/öS 212/sFr 28,10.*

▸ **Jochen Kast, Bernd Siegler, Peter Zinke (Hrsg.): Das Tagebuch der Partisanin Justyna. Jüdischer Widerstand in Krakau.** *Elefanten Press, Berlin 1999, 320 S., DM 39,90/öS 291/sFr 38,90.*

▸ **Sighard Neckel, Michael Schwab-Trapp (Hrsg.): Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges.** *Leske + Budrich, Opladen 1999, 182 S., DM 39.*

Contraste Nr. 177

▸ Schwerpunkt der »Monatszeitung für Selbstorganisation« ist diesmal die Kritik der Arbeit. Norbert Trenkle und die Krisis-Gruppe üben Fundamentalkritik an der Arbeit als gesellschaftliches Zwangsprinzip. Aus dieser Perspektive erscheint die Krise der Arbeitsgesellschaft als notwendige Voraussetzung ihrer Abschaffung. Gegen diese Sichtweise haben jene einen schweren Stand, die versuchen, »Arbeit« als Naturnotwendigkeit zu verkaufen, die im Kapitalismus bloß entfremdet und ausgebeutet wird. Das »Berliner Frühlingspapier« der Konferenz »Anders arbeiten – oder gar nicht?« dokumentiert, wie nahe am Reformismus diese Position gebaut ist. Staatliche Beschäftigungsprogramme sollen »selbstbestimmte und gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten« finanzieren und parallel dazu Tauschringe das Geld überflüssig machen. Weitere Themen: Krieg, Kommunen, Ökobank.

▸ *Die Contraste erscheint monatlich und kostet 8 DM. Abos (80 DM/Jahr): Postfach 104520, 69035 Hamburg*

Lateinamerika Nachrichten Nr. 300

▸ Die Jubiläumsausgabe der LN analysiert die Auswirkungen neoliberaler Globalisierung in verschiedenen Ländern Lateinamerikas. Anhand der mexikanischen Entwicklung seit dem Beitritt zur NAFTA wird detailliert nachgezeichnet, wie der Boom der exportorientierten maquilas zwar Arbeitsplätze schafft, gleichzeitig aber die Landflucht beschleunigt. Die Exportgewinne müssen daher teilweise für den Import von Mais aufgewendet werden. Am Beispiel einer Garnelenfarm in Ecuador wird anschaulich, daß die Einbindung in den Weltmarkt unausweichlich erscheint. Als im vergangenen Jahr Stürme und Überschwemmungen die Zuchtfarmen zerstörten, waren die ehemaligen Fischer, Bauern und Handwerker jeglicher Existenzmittel beraubt. Trotzdem war der Wiedereinstieg ins Exportgeschäft die einzige Überlebensmöglichkeit. Proteste gegen die Zerstörung der Mangrovenwälder gibt es nicht, denn im laboratorio zu arbeiten ist der Traum aller – »die Garnelen haben sich tief ins Denken der Menschen hineingefressen.« Weitere Themen: Politik & Kultur in Panama, Venezuela, Kolumbien, Guatemala, Jamaica.

▸ *Die Lateinamerika Nachrichten erscheinen monatlich und kosten 7 DM. Abos (70 DM/Jahr) bei: LN, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin*

Bilanz der EU-Ratspräsidentschaft

▸ Eine gemischte Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 zog der Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) in seinem Anfang Juli veröffentlichten Bilanzpapier. So wird positiv hervorgehoben, daß Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul Initiativen für eine Reform der EU-Entwicklungspolitik gestartet und das Thema durch intensive Pressearbeit auch in der deutschen Öffentlichkeit stärker zu verankern versucht habe. Demgegenüber stehen beispielsweise das Klima wachsender Konkurrenz zwischen BMZ und Auswärtigen Amt bezüglich der Lomé-Verträge sowie das Versäumnis, die in Berlin verabschiedete »Agenda 2000« mit einem stärkeren entwicklungspolitischen Akzent zu versehen. Das Bilanzpapier sowie eine aktuelle Textsammlung über die VENRO-Kampagne Deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist erhältlich bei der *VENRO-Geschäftsstelle, Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn, Tel. 0228/ 94677-0, Fax -99, email: sekretariat@venro.org, Internet: www.venro.org*

Manifest gegen Arbeit

▸ Je offensichtlicher es wird, daß die »Arbeitsgesellschaft« an ihre historische Schranke stößt, desto schriller tönt der Ruf nach ihrer Rettung. Sozis, Unternehmer und Gewerkschafter, Neoliberale und Klerikale übertrumpfen sich gegenseitig damit, Rezepte gegen die »Arbeitslosigkeit« bereitzuhalten, die mittels Billiglohn oder Zwangsarbeit auf autoritäre Krisenverwaltung und soziale Apartheidregime hinauslaufen. Die »Krisis«-Gruppe will diesem arbeitsfetischistischen Zeitgeist mit ihrem lesenswerten »Manifest gegen die Arbeit« entgegentreten und eine breite gesellschaftskritische Debatte anzetteln, die auf einen kategorialen Bruch mit der (Lohn-) Arbeit und der warenproduzierenden Arbeitsgesellschaft zielt.
Bezug gegen DM 6,60 in Briefmarken über Krisis-Kreis Köln, Düsseldorferstr. 74, D-51063 Köln. Internet: www.magnet.at/krisis

Praktika bei Fernweh

▸ Seit Januar ´99 arbeitet im iz3w das Projekt FernWeh – Forum Tourismus und Kritik. Fernweh will in Kooperation mit Gruppen in Nord und Süd die Debatte über den Tourismus in die Dritte Welt vorantreiben und kritische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit leisten. Für Interessierte bieten wir während des Hauptstudiums, während einer Fortbildung oder nach dem Studium (mindestens) dreimonatige Praktika an. Je nach Interesse können Aufgaben in den Bereichen Archivarbeit, Redaktion, Öffentlichkeitsarbeit, Seminarvorbereitung, Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien oder Pflege einer website im Internet übernommen werden. *Infos und Bewerbungen bei Fernweh im iz3w, Kronenstr. 16a HH, D-79020 Freiburg, Tel. 0761/ 70751-25, Fax -23, email: fernweh-iz3w@t-online.de*

▶ Bei der vom 26. bis zum 28. August in Düsseldorf stattfindenden Tagung **Bürgerinnen und Bürger afrikanischer Herkunft in NRW** – Neue Wege zur interkulturellen Begegnung und Verständigung kommen neben MigrantInnen auch Wissenschaftler, Politiker und VertreterInnen der Solidaritätsbewegung zu Wort. *Infos: Landeszentrale für politische Bildung, Neanderstr. 6, D-40233 Düsseldorf, Tel. 0211/ 67977-0, Fax -33*

▶ Im Jahr 2000 werden Millionen Menschen das »Heilige Land« besuchen. Die Anstrengungen der Tourismusindustrie, die Reisen nach Israel und Palästina als friedensfördernd zu verkaufen, verschleiern die Realität von Gewalt, und Ungerechtigkeit. Das am 30. August in Bern stattfindende Tagesseminar **Pälästina/ Israel: fair reisen** will debattieren, ob Tourismus einen Beitrag zum Friedensprozeß leisten kann und wer vom Tourismus profitiert. *Infos: Ref. Kirchen Bern-Jura, Fachstelle OeME, Speichergasse 29, CH-3011 Bern oder beim Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung, Tel. 004161/ 2614742*

▶ **Dialog oder Ablenkungsstrategie?** Diese Frage möchte die BUKO Pharmakampagne in einem Workshop am 9.-10. September über die Chancen und Risiken von Gesprächen zwischen NROs und der Industrie diskutieren. Hintergrund ist die Beobachtung, daß Dritte-Welt-Initiativen oder Umweltgruppen immer häufiger von den kritisierten Firmen zum »Dialog« aufgefordert werden. *Info: BUKO-Pharma-Kampage, August-Bebel-Str. 62, D-33602 Bielefeld, Tel. 0521/ 60550, Fax 63789,*
email: bukopharma@compuserve.com

▶ **Mosambiks Wirtschaftspolitik – ein Modell für Afrika?** Das südafrikanische Land gilt bei IWF und Weltbank als Beispiel für den erfolgreichen Wandel von sozialistischer Planwirtschaft zur freien Marktwirtschaft. Andererseits ist Mosambik das neuntärmste Land der Welt. Die Tagung findet vom 17. – 19. September in Iserlohn statt. *Infos: Evangelische Akademie Iserlohn, Haus Ortlohn, Berliner Platz 12, D-58638 Iserlohn-Nußberg, Tel 0237/ 352-0, Fax -299*

▶ **(Un)Möglichkeiten im Kampf gegen Frauenhandel** lautet der Titel eines Tagesseminars, das am 24. September in Zürich stattfindet. Es will im Gegensatz zu den verkürzten kriminalpolitischen Vorstellungen von Frauenhandel, die vor allem auf den Kampf gegen illegale Migration setzen, auch die Strukturveränderungen globaler und regionaler Ökonomien in die Analyse miteinbeziehen. Es soll diskutiert werden, was in den letzten Jahren im Kampf gegen den Frauenhandel weltweit, in Europa und in der Schweiz geschehen ist und welche Strategien und Handlungsansätze daraus erwachsen. *Infos: Paulus-Akademie, Carl-Spitteler-Str. 38, CH-8053 Zürich, Tel. 0041/1/ 381- 3400, Fax -9501*

▶ Unter dem Motto **Der Hauptfeind ist das eigene Land** wird für den 2. Oktober eine antideutsche Konferenz in Berlin angekündigt. Veranstalter sind u.a. die Zeitschrift Bahamas, die Junge Linke und die Initiative Sozialistisches Forum. *Detaillierte Programminfos gibt es, sobald geklärt, bei: Morgentau, PF 350117, D-10210 Berlin, Internet: www.hauptfeind.de*

▶ Welche Perspektiven gibt es für die Länder des Südens angesichts der Krise in den bis 1998 hochgelobten südostasiatischen Wirtschaften? Diese Frage stellt sich das Seminar **Regionale Entwicklung und Finanzspekulation**, das von STUBE und KED vom 8. bis 10. Oktober im Haus am Schüberg (bei Hamburg) organisiert wird. *Infos: Haus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33, D-22949 Ammersbek, Tel. 040/ 605-0020, Fax -2538,*
email: Info@haus-am-schueberg.org
Internet: www.haus-am-schueberg.org

▶ Unter dem Schlagwort »**Nachhaltiger Tourismus**« hat sich die Entwicklungszusammenarbeit wieder explizit der Tourismusförderung zugewandt. Diese Entwicklung kann als Reflexion auf die Tourismuskritik der letzten Jahrzehnte verstanden werden. **Nachhaltiger Tourismus oder nachhaltige Tourismuskritik?** heißt daher die Fragestellung eines BUKO-Wochenendseminars, das vom Projekt Fern-Weh im iz3w und dem AKE-Bildungswerk Vlotho vom 12. bis zum 14. November in Vlotho durchgeführt wird. Themen sind u.a. ein Rückblick auf die Entwicklungen der tourismuskritischen Debatte, die Schlagworte umwelt- und sozialverträglicher Tourismus, Tourismusförderung in der Entwicklungszusammenarbeit sowie konkrete Projektbeispiele. *Infos bei Fern-Weh, Forum Tourismus und Kritik im iz3w, Postfach 5328, D-79020 Freiburg, Tel: 0761/ 70751-25, Fax -23,*
email: fernweh-iz3w@t-online.de

▶ Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Vorschau: iz3w Nr. 240
Schwerpunkt: »Kulturalisierung der Politik?«

▶ Kulturelle Erscheinungen haben innerhalb der politischen Theorien, die Gesellschaft unter der Perspektive emanzipatorischer Veränderung analysieren, einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren. Während die einen darin einen notwendigen Schritt hin zur populär-konkreten Praxis sehen, kritisieren die anderen die postmoderne Identitätspolitik als »Verneinung der Politik«. Unser Themenblock will verschiedene Kulturbegriffe analysieren, sich kritisch mit Multikulturalismus und cultural studies auseinandersetzen und am Beispiel der Medienrezeption im Süden die These vom Kulturimperialismus diskutieren.

Herausgeberin:
▶ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/740 03, Fax: 0761/7098 66, E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: http://www.iz3w.org

Redaktion:
▶ Martina Backes, Dominik Bloedner, Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Stephan Günther, Tina Goethe, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Heiko Wegmann, Jörg Zinn.

Vertrieb für den Buchhandel:
▶ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:
▶ Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
▶ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▶ Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▶ Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto/Jahr
▶ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
▶ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▶ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
▶ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Spenden:
▶ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 240:
▶ (Druckfertige Vorlagen) 15.8.1999

ISSN 0933-7733

▸ iz3w · Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
PVSt, Deutsche Post AG, »Entgelt bezahlt« E 3477